PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 2.12.1975, fertiggestellt.

4. Dezember 1975 Jg. 3 Nr. 48 50 Pfennig

Eine Niederlage der portugiesischen Revolution

Die Regierung betreibt die Entwaffnung des Volkes

Die Arbeiter, Bauern und Soldaten Portugals haben in der letzten Woche eine Schlacht verloren, aber der Krieg geht weiter. Der Ausnahmezustand hat den Organisationen der Arbeiter und des Volkes von einem Tag auf den anderen alle Kampfmittel und Rechte aus der Hand zu schlagen versucht. Fortschrittliche Offiziere und Soldaten sind verhaftet, einige Einheiten vorläufig aufgelöst. Die Führungsspitze der Armee ist mit eindeutigen Anhängern bürgerlicher Parteien und reaktionärer Politik besetzt. In der ersten wieder erschienenen Ausgabe der "Republica" nach Ausrufung des Ausnahmezustandes wird ein Arbeiter zitiert, der sagte: "Bis heute waren die Errungenschaften des Volkes alle sehr leicht zu erkämpfen. Wir sind auf keine Gegner gestoßen. Das jetzige Desaster kann zumindest dazu beitragen, die Arbeiterklasse über einen sich jetzt mit mehr Klarheit abzeichnenden Gegner zu einen."

Wie ist es zu dieser Niederlage gekommen? Die gesamte portugiesische und internationale bürgerliche Presse spricht von einem gescheiterten Putschversuch linksextremer Soldaten am 25. November. Soviel kann man heute sagen: Am 25. November haben die Soldaten einiger Einheiten rebelliert – einen Putsch oder Staatsstreich aber wollten die Soldaten nicht durchführen. Anstrengungen, die zentralen Stellen im Staatsapparat zu erobern, haben sie nicht unternommen.

Die Rebellion der Soldaten hatte begrenzte Ziele. Sie richtete sich gegen einige reaktionäre Kommandanten, die den Willen der Mehrheit der von ihnen Kommandierten nicht achteten. Vorangegangen war am 24. November die Sitzung des Revolutionsrates. Die reaktionäre Mehrheit des Rates zeigte sich entschlossen, mit der Demokratie in den Kasernen Schluß zu machen. Das Kommando der Militärregion Lissabon wurde entgegen dem bekundeten Willen der meisten Einheiten an Vasco Lourenco übergeben, der als Anhänger der Sozialisten und als Reaktionär gilt. Seit dem 19. November schon waren Vorbereitungen im Gang, die nationale Radioanstalt Emmissora Nacional nach Porto in den Norden zu verlegen.

Der Luftwaffengeneral Pinho Freire, dessen Absetzung die Soldaten seit einigen Wochen forderten, hatte die Verlegung wichtiger Geschwader in den Norden auf einen Nationalflugplatz angeordnet. Dazu waren noch kurz vor der Sitzung des Revolutionsrates einige Chefpiloten der Luftwaffe in den Regierungspalast beordert worden. Weiterhin verbarrikadierten nachts um 2.30 Uhr während der Sitzung des Revolutionsrates faschistische Banden, die einen Teil der Bevölkerung aufgewiegelt hatten, die Zufahrtswege aus dem Norden nach Lissabon. Kurz nach Sitzung des Revolutionsrats um 2.30 Uhr in der Nacht fuhren vor dem Regierungspalast Panzerwagen des reaktionären Regiments der "Kommandos" von Jaime Neves auf, die ebenfalls die Zufahrtsstraße zur nahegelegenen Militärpolizei versperrten.

Der Präsident Costa Gomes, von der Militärpolizei angerufen, ließ diese Panzerwagen dann allerdings wieder zurückbeordern und erklärte, es habe sich "um ein Mißverständnis" gehandelt. Aber da mit dem Schutz der Regierungsanlagen normalerweise die Militärpolizei beauftragt wird, war dieses Mißverständnis Grund genug für die Besorgnis der Soldaten, es könne ein reaktionärer Putsch in Vorbereitung sein. Diese provokatorische Bewegung der Reaktion veranlaßte sämtliche fortschrittlichen Einheiten in Lissabon, in erhöhte Bereitschaft zu treten.

Die Vorgänge am 25. November

Morgens um etwa fünf Uhr besetzten dann Soldaten der Fallschirmjäger von Tancos mehrere wichtige Luftstützpunkte als Protest gegen den Luftwaffengeneral Morais da Silva, dessen Absicht, diese fortschrittliche Einheit aufzulösen, vom Revolutions-

Forts. S. 3



Weg mit dem Staatskommissar! 10 000 Studenten demonstrieren in Marburg

Die Studenten kämpfen für ihre Rechte

Streiks und Protestaktionen an den Hochschulen

An nahezu allen westdeutschen Hochschulen streiken in dieser Woche die Studenten und führen Aktionstage durch. Bundesregierung, Länderregierungen und ihre Beamten an den Hochschulen sind in einiger Unruhe: Eben hatten sie sich noch bescheinigt, mit der Studentenbewegung ein Ende gemacht und die Hochschulen "befriedet" zu haben, da kommt eine neue, noch breitere Bewegung von Studenten auf sie zu.

Die Studenten fordern eine Erhöhung der Ausbildungsförderung auf 600 Mark monatlich für armer Leute Kinder. Bisher kann ein Student höchstens 500 Mark bekommen und auch das nur, wenn die Eltern mit weniger als 960 Mark durchkommen müssen. Regierung und Parlament haben beschlossen, das weiter zu kürzen und als Darlehen zu zahlen. Der Staatssekretär Glotz (SPD) aus dem Bildungsministerium erklärte in Bonn vor Studenten: "Ich rate Ihnen dringend davon ab, die Forderung nach Erhöhung der Ausbildungsförderung zu stellen." Das war kein Rat, das war eine Drohung: Die Regierung erwartet Ruhe an den Hochschulen. Und wenn die Studenten keine Ruhe geben, dann werde man es schon verstehen, die Leute gegen sie aufzubringen.

Das ist allerdings sehr zweifelhaft. Das "feine Leben der Studenten", über das die bürgerliche Presse zu berichten weiß, das gibt es nur für den Nachwuchs der Reichen. Die Masse der Studenten aber kommt heute aus den besitzlosen Klassen der Gesellschaft, und denen geht es schlecht genug. Sie können das Geld für ein Studium ihrer Kinder meistens gar nicht aufbringen. Warum sollten die Lohnabhängigen gegen eine ausreichende Ausbildungsförderung an arme Studenten sein?

Tatsächlich gilt die Sorge der Regierung weder den Studenten noch kümmert sie sich darum, was das Volk in dieser Frage denkt. Ihre Sorge gilt der Hochschule, gilt der Stätte, von wo die bürgerliche Klasse den Nachwuchs ziehen will für das Geschäft von Ausbeutung und Unterdrückung. Hunderttausend Studenten im Streik gegen die Politik der Regierung: Das ist eine tiefe Erschütterung. Das hinterläßt in einer ganzen nachwachsenden Generation von Hochschulbesuchern einen Riß im Vertrauen auf den Staat. Dagegen muß unbedingt etwas unternommen werden.

Und die Regierungen in Bund und Ländern unternehmen: Sie lösen Vertretungskörperschaften der Studenten auf, tragen die Polizeiverfolgung in die Hochschulen hinein, beschnüffeln die Hochschulabgänger auf ihre aktive Liebe zum Staat hin, quetschen sie zu Hunderten in Lehrveranstaltungen, ziehen die Schraube der Prüfungen an, lassen ihre Professoren als eine Art Hochschulpolizei wirken.

Die Studenten erhalten so wichtige Lehren. Den Staat lernen sie in seiner ganzen Erhabenheit kennen: als Polizeiknüppel. Und je mehr sich die Studenten gegen den Polizeiknüppel wehren, um so mehr wird die Staatsautorität zersetzt. Das ist eine gute Entwicklung.

Die Wissenschaft, der die Hochschulen dienen sollen, lernen die Studenten in Gestalt ihrer Professoren kennen. Je mehr sie eingesetzt werden als Gesinnungsschnüffler, als Prüfungsmaschinen, als beflissene Verfolger der Anordnungen von oben: um so eindrücklicher wird das Bild, das die Studenten von der Wissenschaft und Wahrheitsliebe dieser Beamten erhalten. Die Studenten lernen, daß man einer solchen Gestalt buchstäblich kein Wort glauben darf. Daß der überaus geschickte Geldschneider, der kein Geschäft ausläßt, unter den Professoren keine Ausnahme ist. Und indem sie gegen ihre Professoren angehen, nimmt die Autorität der bürgerlichen Wissenschaft Schaden. Das muß man ebenfalls sehr begrüßen.

Unruhe an den Hochschulen der bürgerlichen Klasse, das ist eine ausgezeichnete Sache vom Standpunkt des Volkes. Es verdirbt der herrschenden Klasse den Funktionärs-Nachwuchs. Und die Forderungen, welche die Studenten erheben, sind völlig gerecht: Neben der Forderung auf Erhöhung der Ausbildungsförderung sind das: Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen, Einspruchsrecht der Studentenvertreter gegen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen, sofortige Einstellung der Bespitzelungsverfahren, Rücknahme der politischen Entlassungen, keine politischen Verfolgungen, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Arbeitslosengeld für alle Studenten, die die Hochschule verlassen müssen und keine Arbeit finden. Der Kampf der westdeutschen Studenten verdient volle Unterstützung.

Burkhart Braunbehrens und Joscha Schmierer freigelassen ! Freilassung von Dietrich Hildebrandt und Jochen Noth !

Am Montag, den 1.12. und Dienstag, den 2.12. sind Burkhart Braunbehrens (Mitglied des Zentralen Komitees des KBW) und Joscha Schmierer (Sekretär des Zentralen Komitees des KBW) nach mehr als fünf Monaten Haft aus den Vollzugsanstalten Kehl und Waldshut entlassen worden. Sie wurden aufgrund des § 57 freigelassen, wonach Gefängnisstrafen nach zwei Dritteln der Haftzeit im allgemeinen für den Rest auf Bewährung ausgesetzt werden müssen. Jochen Noth (Mitglied des Zentralen Komitees des KBW) wird unter dem Vorwand eines noch laufenden Verfahrens weiter in Haft gehalten. Dietrich Hildebrandt ist zu einer 12-monatigen Haftstrafe verurteilt. Auch gegen ihn läuft noch ein weiteres Verfahren.

Alle vier Genossen wie auch Uwe Kräuter waren wegen Landfriedensbruch verurteilt worden, d. h., weil sie zusammen mit 2 000 Demonstranten trotz Polizeimaßnahmen das Demonstrationsrecht wahrgenommen hatten.

Wie sehr sich Justiz und Staatsapparat darüber im klaren sind, daß sie den Kampfwillen der Revolutionäre nicht brechen können, zeigt sich an verschiedenen Maßnahmen gegenüber den vier Genossen. Wurden sie von vorneherein auf vier Haftanstalten verteilt, so wurde Joscha Schmierer noch am ersten Tag aus der Haftanstalt Freiburg in das kleine Untersuchungsgefängnis Waldshut an der Schweizer Grenze verlegt. Dietrich Hildebrandt, der in Heilbronn in die Redaktion der Gefangenenzeitung gewählt worden war, ist nach einem vorübergehenden Verbot der Zeitung zusammen mit einem anderen Redakteur von der Anstaltsleitung aus der Redaktion entfernt worden. Jochen Noth war in Rottenburg in die Redaktion der Gefangenenzeitung gewählt worden. Zusammen mit den anderen Redakteuren hat ihn die Anstaltsleitung abgesetzt. Der Gefangenenrat in Rottenburg, in den Jochen Noth ebenfalls gewählt worden ist, hat gegen diese Unterdrückungsmaßnahme der Anstaltsleitung protestiert. Die Gefangenen in Rottenburg wie auch in Heilbronn kämpfen weiterhin um die Gefangenenzeitungen als Tribüne ihrer Meinungen und Forderungen. Burkhart Braunbehrens wurde aus der Haftanstalt Ludwigsburg in einer Blitzaktion des Justizministeriums nach Kehl verlegt, nachdem in Ludwigsburg Forderungen zu kursieren begonnen hatten und Genosse Braunbehrens auf Angriffe der Anstaltsleitung mit einem offenen Brief geantwortet hatte, der die Forderungen der Gefangenen unterstützte.

Der bürgerliche Staat und die Justiz wissen sehr gut, daß es die herrschenden Verhältnisse, daß es Ausbeutung und Unterdrückung sind, die den revolutionären Kampf hervorbringen und daß in ihren Gefängnissen diese Verhältnisse auf die Spitze getrieben sind. Um so mehr bemühen sie sich durch Zwangsmaßnahmen und Schikanen, jede Gegenwehr gegen diese Verhältnisse zu unterdrücken. Daß sie dabei ihr Augenmerk insbesondere auf die inhaftierten Revolutionäre richten, ist klar. Damit gestehen sie ein, daß die Verfolgung der Revolutionäre für sie eine politische Existenznotwendigkeit ist, weil die herrschenden Verhältnisse unhaltbar sind und überall den Widerstand der Massen hervorbringen, wie zersplittert und unorganisiert auch immer.

Zwei der inhaftierten Genossen des Cabora Bassa/Mc Namara-Prozesses sind inzwischen freigelassen worden. Es ist notwendig, für die Freilassung von Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt einzutreten. Dies kann geschehen durch Resolutionen an das Innenministerium von Baden-Württemberg und die Strafvollzugskammern Heilbronn und Rottenburg.

2.12.75

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Ständiger Ausschuß

Ermittlungsverfahren gegen Todesschuss-Polizisten eingestellt

Wer erschossen wird, ist selber schuld

Vor eineinhalb Jahren wurde in Mannheim-Käfertal der junge Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko von einer zivilen Polizeistreife erschossen. Das Ermittlungsverfahren gegen den Todesschützen, Polizeiobermeister J. Kastner, wurde jetzt eingestellt. Vorher schon hatte die Staatsanwaltschaft Mannheim die Ermittlungen niedergeschlagen. Die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, an welche der Einspruch der Mutter des Erschossenen weitergeleitet wurde, stellte das Verfahren im Juni 1975 ebenfalls ein.

Da von seiten des Staates kein Interesse an der Eröffnung eines Verfahrens gegen eines seiner schießenden Werkzeuge bestand, mußten die Angehörigen des Opfers in einem Klageerzwingungsverfahren das Landgericht Stuttgart dazu bringen, sich mit dem Fall zu befassen. Das Landgericht befand: "Die Anträge der Anzeigeerstatter Anita Remiszko, Lutz Sch. und K. Th. auf gerichtliche Entscheidung ... werden als unbegründet kostenpflichtig verworfen."

Als Gründe wurden angegeben: "Die Anträge sind sachlich nicht begründet. Nach dem Ergebnis der aktenkundigen Ermittlungen (geführt von der Polizei selbst, d.Verf.) sind die Handlungen des Polizeibeamten Kastner und die dadurch herbeigeführten Folgen (sprich: ein Toter, zwei Schwerverletzte, d.Verf.) durch Notwehr und Nothilfe (zugunsten des Polizeimeisters Scholl) gerechtfertigt." "Die schweren Mißhandlungen des Polizeimeisters Scholl u.a. durch den später getöteten H.J. Remiszko werden durch die Angaben Beteiligter sowie Unbeteiligter eindrucksvoll belegt." Das ist alles, was das Oberlandesgericht zur Rechtfertigung der Erschießung von H.J. Remiszko vorzubringen hat. Demgegenüber ist nach wie vor zu sagen: "– daß diejenigen Jugendlichen, die gegen den Polizisten Scholl tätlich vorgegangen sind, in Notwehr gehandelt haben ... da sie von mit Pistolen herumfuchtelnden und drohenden Personen, die nicht als Polizisten erkennbar oder ausgewiesen waren, bedroht wurden, was zweifellos rechtlich als Notwehrsituation zu qualifizieren ist, – daß insbesondere der Todesschuß auf H.J. Remiszko nicht als Notwehrhandlung gerechtfertigt, sondern als Totschlag strafbar ist". (Aus Presseerklärung des in Mannheim gebildeten Untersuchungsausschusses) Die von der Staatsanwaltschaft Mannheim zur Begründung der Notwehrsituation aufgestellte Behauptung, H.J. Remiszko hätte eine Fahrradkette in der Hand gehabt, wird nicht mehr erwähnt. Das war wohl eine "Angabe Beteiligter" Polizisten, die sich offenkundig als frei erfunden herausgestellt hat. Mit den anderen Angaben dieser "Beteiligten" steht es indes nicht besser:

Zu den beiden schwerverletzten K. Th. und Lutz Sch. schreibt das Oberlandesgericht: "Nach den Ermittlungen, die auch in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Mannheim vom 3. Dezember 1974 ihren Niederschlag gefunden haben, bewegte sich K. Th. mit erhobener Stahlrute auf POM Kastner zu." Diese Behauptung stützt sich alleine auf die Aussage des Todesschützen Kastner. Als "beweiserhebliche Angabe" wird genannt, daß K. Th. angeblich in der Nähe eines Tores stand, hinter dem der Todesschütze Kastner angeblich einen Tag später (!) eine Stahlrute fand. Tatsache jedoch ist: "daß kein einziges Instrument, das tatsächlich oder angeblich am Tatort gefunden worden ist, auch nur die geringsten Spuren von Blut, Haut oder Gewebeteilen ... noch irgendwelche Fingerabdrücke von beteiligten Personen aufweisen". So das gerichtsmedizinische Gutachten der Universität Heidelberg. Daß der Todesschütze Kastner einen Tag später die von ihm selbst gefundene Stahlrute vielleicht selbst hinter das Tor gelegt hat, um seine Angaben zu "erhärten", diese naheliegende Vermutung hat sich das Oberlandesgericht gespart.

Die Presseerklärung des Untersuchungsausschusses schildert diesen Vorgang so: "K. Th. wurde von Kastner angeschossen, als er ihm aus vier bis fünf Metern Entfernung zurief, er solle doch aufhören zu schießen, und daß sich Kastner sofort in Richtung des stehenden K. Th. wandte und auf ihn feuerte in einer Weise, die nur durch Zufall nicht zum Tode führte ... – daß Kastner bei Vorlage von Lichtbildern K. Th. und L. Sch. nicht als Angreifer identifizieren konnte. Es ist nicht einmal eine Gegenüberstellung von K. Th. und L. Sch. mit Kastner erfolgt."

Am offensichtlichsten werden die "gezinkten Karten" bei dem verletzten L. Sch., dem Beteiligung nachgewiesen werden soll. Das Oberlandesgericht schreibt: "Die Beteiligung von L. Sch. an der bedrohlichen Einkreisung der Polizeibeamten und das Vorrücken gegen Kastner wird ... u.a. durch Kastner und den festgestellten Verlauf der Schußverletzung bei Sch. (Oberschenkeldurchschuß von vorne) hinreichend belegt." Tatsache jedoch ist, daß der Schuß von der Seite kam, wie können sonst beide Oberschenkel mit einem Schuß durchschossen sein?

,Die Staatsanwaltschaft Mannheim hatte vorsorglich von vornherein alle Zeugen der Polizeiübergriffe unter Anklage gestellt. Damit war verhindert, daß sie als Zeugen aussagen konnten. Im Fall von L. Sch. war die Beschuldigung so offensichtlich erfunden, daß die Anklage am 16. Dezember 1974 bereits wieder fallengelassen werden mußte. Dennoch soll jetzt der Oberschenkeldurchschuß seitens des Polizeimeisters Kastner gerechtfertigt sein.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat damit zu Ende gebracht, was die ermittelnde Polizei mit Einschüchterungsversuchen und Drohungen gegen Augenzeugen begonnen hatte, was die Staatsanwaltschaften in Mannheim und Karlsruhe mit der Niederschlagung der Anklage fortgesetzt hatten: Das Verfahren gegen den Todesschützen Kastner wird eingestellt.

Damit ist juristisch der Weg frei dafür, daß der bei einer Untat ertappte Staatsapparat sich an seinen Anklägern rächen kann. Nach der Einstellung des Verfahrens gegen Kastner werden nun die Besucher des Jugendlokals Disco 88 (dort fand die Polizeischießerei statt) vor Gericht gezerrt. Ebenso werden die Verfahren eröffnet gegen alle, die die Vorgänge ans Licht zerrten.

In Mannheim stehen im Januar 1976 drei Prozesse gegen presserechtlich Verantwortliche an (Dieter Reichert für die Mannheimer Arbeiterzeitung, Willfried Maier für die Kommunistische Volkszeitung, M. Müllerschön für den Untersuchungsausschuß). Der Untersuchungsausschuß hat schon vor eineinhalb Jahren in seiner zweiten Dokumentation festgestellt: "Die Karten waren von Anfang an gezinkt, die Rollen verteilt, weil auf der einen Seite Polizisten standen, die es um jeden Preis zu decken galt." Und weiter: "Eine Polizeischießerei wie in Mannheim-Käfertal ist in den Villenvierteln und vor den Hotels der Reichen undenkbar. Mit derartiger Rücksichtslosigkeit bewegt sich die Polizei nur in den Wohnvierteln der Arbeiter." Kein Wunder ist es, daß diese zwei Zitate die Staatsanwaltschaft zum Anlaß nahm, Strafverfahren wegen "Verdachts der üblen Nachrede" einzuleiten, doch werden Strafverfahren Tatsachen nicht hinwegfegen können. – **(mz)**

Hamburg. Unter der Überschrift "Milde Strafe für Polizisten" meldete das Hamburger Abendblatt am 16.10., daß der Polizist Peter Presse "zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten wegen fahrlässiger Tötung, die zur Bewährung ausgesetzt wird, verurteilt wurde". Selbst die bürgerliche Presse gab sich überrascht "über die vergleichsweise milde Strafe". Der Polizist hatte einen 18-jährigen nach einer Verfolgungsjagd "mit einem Brust- und Genickschuß getötet". Der Junge hatte ohne Führerschein eine Verkehrskontrolle überfahren. "Peter Presse schlug das Fenster des Wagens ein – dabei lösten sich die beiden Schüsse aus seiner Dienstwaffe".

Stellt man sich diesen Vorgang konkret vor (ein Polizist schlägt eine Autoscheibe ein und trifft "fahrlässig" den Fahrer einmal von vorne in die Brust und einmal von hinten ins Genick), so kann man sich die Schwierigkeit des Richters bei der "Wahrheitsfindung" vorstellen. **(p)**

Krisengewinnler

Das Krisenjahr 1975 ist dabei, das fetteste Börsenjahr seit 1967 zu werden. Seinerzeit waren die westdeutschen Aktienbörsen im Durchschnitt um 43,5 % gestiegen. Etwa die gleiche Kurssteigerung trat seit dem 4. Oktober 1974, dem Tiefpunkt des letzten Börsenabschwungs auf. Seitdem sind Millionen von Arbeitern und Angestellten entlassen, auf Kurzarbeit gesetzt, zu höherem Arbeitstempo gezwungen worden. Die Reallöhne gingen zurück. Viele Kleinbetriebe gingen bankrott. Die Aktienkurse aber stiegen um fast die Hälfte. Die Eigentümer der großen Konzerne, der monopolistischen Handelshäuser und der Banken sind um etwa 50 % reicher geworden in der Krise. (Nach: Frankfurter Allgemeine, 26.11.75)

Die Reichen feiern

Im 3. Quartal 1975 bei 2 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern erreichte der Sektumsatz in der Bundesrepublik eine Rekordmarke und kletterte um 6,5 % über das entsprechende Vorjahresquartal. 55,4 Millionen Flaschen Sekt wurden abgesetzt. Je mehr die arbeitende Bevölkerung unter der Krise leiden muß, umso ausgelassener feiern die Reichen. (Nach: Frankfurter Allgemeine, 26.11.75) 26.11.1975)

Surinam unabhängig

Paramaribo. Seit dem 25. November ist Surinam unabhängig. Surinam war bis zu diesem Zeitpunkt eine niederländische Kolonie: Niederländisch Guayana. Es liegt an der Nordküste Südamerikas, an der Karibischen See im Norden von Brasilien. "Ein Volk, eine Nation, ein Schicksal", war der Ruf der 25 000 Surinamesen, in deren Gegenwart die Nationalflagge aufgezogen und die niederländische Flagge eingeholt wurde. Die Bevölkerung des neuen Staats setzt sich zusammen aus Kreolen und Indern. Die Regierung des neuen Staates hat erklärt, sie strebe enge Beziehungen zu den Nachbarn im Karibischen Raum an. 1976 soll der Beitritt zur Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft erfolgen. Ebenfalls wurde bereits der UNO-Beitritt beantragt. Surinam steht in der Bauxit-Förderung an dritter Stelle in der Welt. Dieses Erz wird von den US-amerikanischen Konzernen Suralco/Alcon und Billiton abgebaut. Die Regierung strebt eine größere nationale Verfügung über die Bauxitproduktion an, um auch wirtschaftlich unabhängig zu werden. Dem Bauxitkartell, das von den Bauxit-Förderländern gebildet wurde, ist sie bereits beigetreten. – (nach Le Monde vom 28.11.)

der Beitritt zur Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft erfolgen. Ebenfalls wurde bereits der UNO-Beitritt beantragt. Surinam steht in der Bauxit-Förderung an dritter Stelle in der Welt. Dieses Erz wird von den US-amerikanischen Konzernen Suralco/Alcon und Billiton abgebaut. Die Regierung strebt eine größere nationale Verfügung über die Bauxitproduktion an, um auch wirtschaftlich unabhängig zu werden. Dem Bauxitkartell, das von den Bauxit-Förderländern gebildet wurde, ist sie bereits beigetreten. – (nach Le Monde vom 28.11.)

Vorschlag zum Kampf gegen den Paragraphen 130 a

Gegenwärtig beraten die bürgerlichen Parteien in den Parlamentsausschüssen über eine gemeinsame Vorlage zur Verschärfung des politischen Strafrechts. Die bürgerlichen Parteien wollen sich hinter den Kulissen des Parlaments einigen und dann einheitlich zuschlagen. Sie wissen, daß jede öffentliche Diskussion über die geplante zügellose Entrechtung zur Verbreiterung der politischen Front gegen diese Paragrafen genutzt werden kann.

Zwischen dem KBW, der KPD sowie der KPD/ML finden gegenwärtig Beratungen über eine gemeinsame politische Erklärung gegen dieses Gesetzeswerk statt. Eine Einigung konnte bei dem ersten Treffen, an dem Vertreter des KBW, der KPD sowie der KPD/ML teilnahmen, nicht erreicht werden. Die Verhandlungen werden im Laufe der Woche fortgesetzt. Bedauerlich ist, daß der KABD, der ebenfalls zu diesen Beratungen eingeladen war, nicht teilnimmt.

Die folgende Stellungnahme enthält den Standpunkt des KBW, den wir hiermit veröffentlichen.

Vorschlag zum Kampf gegen den Paragraphen 130 a

Gegenwärtig beraten die bürgerlichen Parteien in den Parlamentsausschüssen über eine gemeinsame Vorlage zur Verschärfung des politischen Strafrechts. Die bürgerlichen Parteien wollen sich hinter den Kulissen des Parlaments einigen und dann einheitlich zuschlagen. Sie wissen, daß jede öffentliche Diskussion über die geplante zügellose Entrechtung zur Verbreiterung der politischen Front gegen diese Paragrafen genutzt werden kann.

Zwischen dem KBW, der KPD sowie der KPD/ML finden gegenwärtig Beratungen über eine gemeinsame politische Erklärung gegen dieses Gesetzeswerk statt. Eine Einigung konnte bei dem ersten Treffen, an dem Vertreter des KBW, der KPD sowie der KPD/ML teilnahmen, nicht erreicht werden. Die Verhandlungen werden im Laufe der Woche fortgesetzt. Bedauerlich ist, daß der KABD, der ebenfalls zu diesen Beratungen eingeladen war, nicht teilnimmt.

,Die folgende Stellungnahme enthält den Standpunkt des KBW, den wir hiermit veröffentlichen.

Zusammenschluss gegen die Reaktion ist notwendig!

Bundestag und Bundesregierung bereiten gegenwärtig Gesetzesänderungen vor, durch die das Demonstrationsrecht, die Meinungs- und Pressefreiheit weiter eingeschränkt werden sollen. Den entscheidenden Anschlag auf die Rechte des Volkes stellt der geplante Paragraf 130 a StGB dar, der die "Befürwortung von Gewalt" mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren bedroht. Verfolgt werden sollen selbst "Theoretische Abhandlungen über den Ablauf von Revolutionen und die dabei anzuwendenden Methoden". "Erfaßt werden soll insbesondere ein – häufig auch in theoretisierende Form gekleidetes – Eintreten für das Begehen der genannten Straftaten und Bedrohungen ('Landfriedensbruch' etc.)", wie es in der Begründung des Regierungsentwurfes heißt. Wie umfassend die "Befürwortung von Gewalt" verfolgt werden soll, zeigt, daß die Regierung in der Begründung ihres Entwurfs eigens versichert, Kriminalromane und Biertischgespräche seien aus der Verfolgung ausgenommen.

In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland heißt es: Alle Gewalt geht vom Volk aus. Tatsächlich gibt die Verfassung jedoch alle Gewalt an den bürgerlichen Staatsapparat. Die geplanten Gesetzesänderungen sind der bisher letzte und außerordentlich weitgehende Schritt der bürgerlichen Gesetzesmaschinerie, das Gewaltmonopol des staatlichen Unterdrückungsapparates im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse zu vollenden.

Regierung und Bundestag betonen, sie müßten durch den geplanten Paragraf 130 a eine "Lücke" schließen. Das bedeutet: nachdem dem Volk alle Gewalt genommen ist und dem bürgerlichen Staatsapparat alle Gewalt übertragen ist, soll dem Volk verboten werden, zu erörtern, wie es sich seiner Haut wehren kann gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Jede Massenbewegung, die sich zur Durchsetzung von Interessen und Forderungen des Volkes herauszubilden beginnt, muß sich über ihre Ziele klar werden und über die Mittel, mit denen sie sie erreichen kann.

Bevor Arbeiter einen selbständigen Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen die Verschärfung der Ausbeutung beschließen, müssen sie sich über Streikziel und Streikform verständigen. Selbständige Streiks, wie erst recht politische Streiks hat die bürgerliche Gesetzgebung und Rechtsprechung bereits für illegal erklärt. Durch den § 130 a soll schon ihre Erörterung unter Strafe gestellt werden.

Bevor die Bauern vom Kaiserstuhl den Bauplatz in Wyhl besetzten, mußten sie sich über die Notwendigkeit dieses Kampfmittels auseinandersetzen und einigen. Jedermann weiß, wie wirksam die Bauplatzbesetzung als Kampfmittel gewesen ist. Zweifellos handelt es sich dabei um Gewalt, um Gewalt der Volksmassen gegen die Gewalt des bürgerlichen Staates, der sich um Interesse und Willen des Volkes einen Dreck schert. Auf die Platzbesetzung durch die Massen sind Strafanzeigen des bürgerlichen Staates gefolgt. Mit Hilfe des § 130 a will er schon die Erörterung einer solchen Kampfmaßnahme unter Strafverfolgung stellen.

Dieser Paragraf soll Kampfaktionen der Volksmassen bereits im Ansatz verhindern. Er soll verhindern, daß sich Massenbewegungen überhaupt herausbilden, denn das können sie nur, wenn die Massen Zwecke und Mittel ihrer Bewegung breit erörtern. Dazu brauchen sie Versammlungen, Flugblätter, eine Presse, Ausschüsse und eine politische Führung. All diese Formen der Herausbildung des Volkswillens sollen zerschlagen werden, sofern sich der Volkswille nicht von vornherein dem bürgerlichen Staatsapparat und seinem Gewaltmonopol unterwirft.

Wo jede Massenbewegung im Keim erstickt werden soll, da muß erst recht verhindert werden, daß die Massen die Lösung ihrer grundlegenden Probleme – die Ausbeutung durch die Kapitalisten, die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat – erörtern und ihre Befreiung in Angriff nehmen. Die Kapitalistenklasse hat einen ungeheuren Gewaltapparat gegen die proletarische Revolution errichtet, die allein die grundlegenden Probleme der Massen lösen kann. Längst ist die Revolution zu einem Kapitalverbrechen erklärt. Ihre Vorbereitung wird als Hochverrat usw. verfolgt. Aber das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staats gegenüber den Volksmassen ist nicht vollständig, solange noch Raum bleibt, es theoretisch in Frage zu stellen und die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch das Volk zu erörtern. Diese "Lücke" soll der § 130 a schließen.

Das Vorhaben von Regierung und Parlament ist letztendlich lächerlich und kann nicht gelingen. Die Pläne der Regierung und des Parlaments sind für die gegenwärtige Entwicklung der demokratischen und revolutionären Bewegung jedoch außerordentlich gefährlich. Ihre Verwirklichung wird der Willkür des bürgerlichen Staatsapparates Tor und Tür öffnen und die demokratische und revolutionäre Bewegung vollständig der Illegalität preisgeben.

KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Ministerpräsidentenerlaß gegen Radikale im öffentlichen Dienst haben eine "streitbare Demokratie" geschaffen, deren Wesen in der ungezügelten Freiheit des Staatsapparates gegenüber den Volksmassen besteht. Die jetzt geplanten Gesetzesänderungen bedeuten einen weiteren Schritt der Reaktion in diese Richtung.

Alle bürgerlichen Parteien beschreiten diesen Weg. Wirkliche Demokratie jedoch kann nur bestehen in Volksgewalt, Volksmacht, Volksherrschaft. Sie gilt es gegen die herrschende Klasse und ihre Reaktion zu propagieren, zu verfechten und zu organisieren auf dem Weg zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

In der gegenwärtigen Lage, wo die Reaktion einen weiteren entscheidenden Anschlag gegen die Rechte des Volkes vorbereitet, wenden wir Marxisten-Leninisten uns an alle demokratischen und revolutionären Kräfte, wenden wir uns an die Arbeiterklasse und das Volk und schlagen vor:

Schließen wir uns gegen die Reaktion zusammen!

Kämpfen wir gemeinsam für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Schlagen wir die Angriffe auf die Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit zurück!

Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß!

Weg mit den geplanten Maulkorbgesetzen!

Mit diesem gemeinsamen Dokument wenden wir uns an alle Gruppen und Organisationen, die bereit sind, den Kampf gegen die Reaktion zu führen, und fordern sie auf, sich in diesem Kampf mit uns zusammenzuschließen.

29.11.75

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Ständiger Ausschuß

200 000 Tonnen Äpfel auf den Mist geschüttet

Die anhaltenden Proteste gegen die Vernichtung von französischen Qualitätsäpfeln hatten ersten Erfolg. Die Vernichtung wurde vorerst eingestellt. Mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft waren 200 000 Tonnen versandfertig verpackte Äpfel auf den Mist geschüttet worden; das ist ein Zehntel der Ernte! An Sozialeinrichtungen waren nur unwesentliche Mengen gegangen, weil so die Preise nicht genügend hoch gehalten werden können. (Nach: Agra-Europe) – **(en)**

Kranke sollen arbeiten

1,5 Millionen Lohnabhängige sind im Durchschnitt täglich krankgeschrieben. Ihnen muß weiter Lohn gezahlt werden, ohne daß sie ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten zur Verfügung stellen. Diese Verschwendung läßt die Kapitalisten nicht ruhen. Der Präsident der Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg, Professor Siegfried Häussler, ist ihnen jetzt zur Seite gesprungen: Der Professor hat vorgeschlagen, "das bisher praktizierte Krankschreibungsverfahren zu verbessern". Der Arzt soll künftig beispielsweise vermerken "teilarbeitsfähig" oder "stundenweise arbeitsfähig", wenn sich der Mensch noch oder wieder zur Arbeit schleppen kann. Der Professor versichert, ihn bewegten "weniger kommerzielle", sondern "vorwiegend" medizinische Gründe: Um die "Rehabilitation" gehe es ihm. Der Kranke soll nicht das Arbeiten verlernen (nach Frankfurter Rundschau, 1.12.).

Portugal

Forts. von S. 1

Regierung betreibt Entwaffnung des Volkes



Die aufgelöste Einheit der Militärpolizei Sept. 75 in Lissabon bei der Verweigerung der Einschiffung nach Angola

rat zwar nicht ausdrücklich bestätigt, aber auch nicht zurückgewiesen worden war. Diese Besetzungsaktion war kein Putsch gegen Regierung und Staatsspitze. Gefordert wurde die Absetzung der zwei obersten Generale der Luftwaffe. So sagen die Soldaten, die am 27. November in einer illegal verbreiteten Erklärung der Plenarversammlung in Tancos ihren Standpunkt noch einmal darstellen: "Wir stellen fest, daß es sich in keiner Weise um einen Militärputsch handelte, wie man uns heute vorwirft. Weil wir die Position des Oberkommandierenden der Luftwaffe, die den Interessen des portugiesischen Volkes entgegengesetzt sind, nicht mehr akzeptieren konnten, hatten wir beschlossen, unsere revolutionäre Disziplin in einer breit angelegten Besetzungsaktion und der Neutralisierung der wichtigsten Einheiten der Luftwaffe unter Beweis zu stellen, in direktem Protest gegen einen General, der sich in seinen Entscheidungen von den Zielen der revolutionären und sozialistischen Demokratie entfernt hatte."

Die Fallschirmjäger hatten die Solidarität der Mehrheit der Soldaten und Unteroffiziere der besetzten Luftstützpunkte. Die Besetzung lief vollkommen friedlich ab und es fiel kein einziger Schuß. Die fortschrittlichen Einheiten Lissabons, die selber gegen die Absetzung des fortschrittlichen Generals Otelo protestierten, waren solidarisch mit den Fallschirmjägern.

Für die Reaktion war der eher zögernde, unkoordinierte und unentschlossene Schritt der Fallschirmjäger indes der willkommene Anlaß, loszuschlagen. Mittags wurde der Ausnahmezustand verhängt, am späten Nachmittag der Angriff auf den Luftstützpunkt Monte Real durch die "Kommandos" von Jaime Neves beschlossen.

In dieser Lage haben einige Offiziere des COPCON dann beschlossen, den Gegenangriff zu starten. Sie forderten mehrere als fortschrittlich bekannte Einheiten auf, auszurücken. Die Soldaten verweigerten das. So gut ausgerüstete Einheiten wie die Militärpolizei, das RALIS-Regiment und CIAC blieben lediglich in erhöhter Bereitschaft. Auch die Interkommission der Soldaten hat noch am Abend einen Aufruf bekannt gemacht, daß alle Soldaten in ihren Kasernen bleiben, wachsam sein und sich auf keinerlei Bürgerkriegsmanöver einlassen sollten. Die Militärpolizei und RALIS unterstellten sich in der Nacht des 25. zusätzlich noch dem Kommando des Oberbefehlshabers der Streitkräfte Costa Gomes, unter der Bedingung, daß sie nicht angegriffen würden und keine nachträgliche Auflösung der Einheiten stattfindet.

Das wurde vom Oberkommando akzeptiert, und dennoch wurde die Militärpolizei von den Kommandos später provokatorisch und hinterhältig angegriffen, als die Soldaten gerade auf einer Plenarversammlung waren. Es kam hierbei zu einem Schußwechsel, und drei Soldaten kamen zu Tode.

Abenteuerliche Aufrufe zum Aufstand

Die Soldatenrebellion angeheizt und zum Aufstand aufgerufen haben die Organisation der FUR (Vereinigte revolutionäre Front), allen voran die spontaneistischen Revolutionären Brigaden (PRP/BR) und die MES. Beide gaben in den ersten Stunden des Dienstag ein Communique heraus, in dem es u.a. heißt:

"Es ist die Stunde gekommen, der Bourgeoisie definitiv eine Lehre zu erteilen. Der Wille der Arbeiter ist mehr als bestätigt. Jetzt ist die Stunde da, ihre Macht durchzusetzen. (...) Gegenüber diesen Angriffen (gemeint sind die Beschlüsse des Revolutionsrates und die Barrikaden der Faschisten im Norden von Lissabon, Anm. d. Verf.) der Bourgeoisie werden die Arbeiterklasse und die Bauern, die Soldaten und Matrosen mit der notwendigen Gewalt antworten, um mit den faschistischen Aktionen Schluß zu machen und zur Machtergreifung voranzuschreiten ... Arbeiter und Bauern, kommt massenhaft an den Arbeitsplätzen zusammen und bleibt organisiert und bereit für die notwendigen Bedingungen. Das Arbeitervolk muß darauf vorbereitet sein, in seine Hände die fundamentalen Organe an diesem Ort zu nehmen. Nieder mit der sechsten Regierung, nieder mit dem Konterrevolutionsrat, vorwärts zur Regierung der revolutionären Einheit, es lebe die bewaffnete Volksmacht ..."

Angesichts der Lage, der Tatsache, daß ein Aufstandsversuch in Lissabon politisch völlig unvorbereitet war und im ganzen Land dafür die Kräfte nicht reichten, angesichts des Fehlens auch jeder organisatorischen Vorbereitung war dieses Dokument ganz und gar abenteuerlich. Bei der ersten ernsten Gelegenheit erwiesen sich die spontaneistischen, trotzkistischen und halbtrotzkistischen Strömungen des kleinbürgerlichen Revolutionarismus als direkt schädlich.

Die Rolle der Revisionisten

,Man darf indes nicht meinen, daß diese Gruppen das politische Gewicht gehabt hätten, alleine alles in Bewegung zu setzen. Der treibende Faktor war die revisionistische PCP.

Es ist bekannt, daß einige Zellen der PCP noch am Abend des 25. November die Erhebung vorangetrieben haben. Einige von der PCP beherrschte Gewerkschaften haben ebenfalls noch am Abend des 25. mobilisierende Aufrufe herausgegeben mit dem Hinweis, die Revolution sei "in ihre entscheidende Stunde" getreten. Die PCP hatte in den Vortagen die Fallschirmjäger in allen Forderungen unterstützt. Sie hatte ihre Anhänger Otelo, Otelo schreien lassen und den Rücktritt der Regierung gefordert. Sie hat solange auf die Karte des Putsches gesetzt, bis die ersten Einheiten sich gegen den Putsch erklärt hatten und entsprechende Initiativen von Offizieren, die der PCP und der FUR nahestanden, zurückgewiesen hatten. Dann machte die PCP eine vollständige Kehrtwendung. Um Mitternacht des 25. wird voll und ganz von der PCP demobilisiert und aufgerufen, nichts zu unternehmen, was die Regeln des Ausnahmezustandes verletzt. Die PCP-Führung hat sich – solange nichts entschieden war – öffentlich nicht geäußert. Den ganzen Tag über nicht, während die Mitglieder zum Teil voll mobilisiert wurden. Als die Sache entschieden war, lenkte sie voll ein. Von da an wurde von "militärischen Erhebungen" geredet und der linke Radikalismus angegriffen.

Eine Abteilung der revolutionären Kräfte ging einen Schritt nach vorn, ohne daß die Arbeiterklasse vorbereitet gewesen wäre auf die Schlacht, die durch diesen Schritt unvermeidlich hervorgerufen werden mußte. Die Volksmassen lasen davon in der Zeitung, verhielten sich einen Tag lang abwartend und wurden dann von der völligen Entrechtung durch den Ausnahmezustand überrumpelt. Die Hauptkräfte der Revolution wurden in völliger Unordnung zurückgelassen. Der Bourgeoisie konnte es gelingen, das Bündnis zwischen Arbeitern und Soldaten, das bisher jedes reaktionäre Manöver durchkreuzt und zunichte gemacht hatte, durch einen Überraschungsangriff auf die Kasernen und den Ausnahmezustand zu schwächen.

Die Arbeiter leisten Widerstand

Trotz Desorganisation und Führungslosigkeit gaben sich die Arbeiter nicht sofort geschlagen. In **Setubal** konnten die Arbeiter der Setenave-Werft eine Zeitlang ihren Widerstand gegen den Ausnahmezustand aufrechterhalten. Das Kampfkomitee der Soldaten- und Arbeiterräte konnte die Bevölkerung mobilisieren, und die von den Arbeitern herausgegebene Zeitung "Setubalente" erschien noch am Mittwoch unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes. Aber die Telefonüberwachung, das Fehlen jeglicher Information aus den übrigen Städten, vor allem Lissabon, und die Tatsache, daß Gewerkschaftsführungen und Führer der PCP spalteten und zum Rückzug bliesen, ermöglichten es der Bourgeoisie, Setubal in ein Heerlager zu verwandeln, wobei die Panzerabteilung aus Santarem die Stadt besetzte.

Nicht anders, nur schlimmer war es in der Lisnave-Werft, wo die Arbeiterkommissionen mehrheitlich aus PCP-Mitgliedern zusammengesetzt sind. Die Nachtschicht hatte hier auf einer Plenarversammlung auf Initiative der Marxisten-Leninisten von der ORPC/ML zum Streik unter den Losungen aufgerufen: "Alle in den Generalstreik! Alle zu den Kasernen! Nein zum Putsch!", "Der Ausnahmezustand ist die Vorbereitung des faschistischen Putsches!" Aber die Revisionisten boykottierten den Kampf der Arbeiter vollständig und ließen die Führer der Intersindical derweilen im Regierungspalast in Verhandlungen treten.

In Beja strömte die Bevölkerung auf dem Marktplatz zusammen, und auf Initiative der Marxisten-Leninisten bildete sich ein Kampfkomitee, das ebenfalls öffentlich von der PCP verworfen wurde, während wiederum die Intersindical-Führung mit dem Oberkommando der Militärregion Mitte in Verhandlungen trat. Die Arbeiter begriffen sofort: Der Ausnahmezustand muß durchbrochen werden. Man darf dem Feind nicht die Initiative überlassen und still halten, sonst stößt er sofort nach. Die PCP dagegen forderte alle auf, nicht auf die Provokationen zu antworten und sich dem Ausnahmezustand zu fügen.

Ergebnis war, daß das Volk ohne Führung dastand und erst in heißen Diskussionen in den wichtigsten Betrieben die Linie des Verrates zum Teil geschlagen werden konnte. Die Revisionisten-Führer wurden immer schärfer von den Arbeitern und sogar von ihren eigenen Mitgliedern angegriffen und die Arbeiter begannen sich neu zu organisieren.

Allmählich wurde auch immer deutlicher, was der Ausnahmezustand eigentlich bezweckte. Schon am 26. morgens hatte das Oberkommando der Streitkräfte alle Lohnverhandlungen bis zum 31. Dezember für ausgesetzt erklärt. Am 26. abends kam die Erklärung, daß alle gewählten Verwaltungen der staatlichen Zeitungen abgesetzt seien und nach Beendigung des Ausnahmezustandes neue, für die Einhaltung der Pressegesetze verantwortliche Direktoren von der Regierung eingesetzt würden. Weiterhin wurde bekannt, daß das Oberkommando alle Truppenkommandanten angewiesen hatte, mit den Plenarversammlungen der Soldaten und ihren Kommissionen Schluß zu machen und eventuell auch die ADU's (demokratische Soldatenvertretungen, eine gesetzlich vorgesehene Einrichtung) aufzulösen.

Die Woche über vollzog sich in den Betrieben eine tiefgehende politische Auseinandersetzung. Am Samstag erst klärten sich die Fronten zu praktischen Aktionen.

Die Marxisten-Leninisten organisieren den Widerstand

Während die PCP jede öffentliche Propaganda stoppte, gab die UDP (von Marxisten-Leninisten der ORPC/ML geführte "Demokratische Volksunion") die Woche über eine Serie illegaler Flugblätter heraus mit den neuesten Nachrichten und bereitete den Boden vor. Am Samstagabend faßten dann einige von der ORPC/ML geführte Kommissionen den Beschluß, ein Treffen der Arbeiterkommissionen für den Sonntag vorzubereiten.

Die Bedingungen waren schwierig. Am Sonntag fand dann das illegale Treffen nachmittags statt in einem noch im Bau befindlichen Haus. Dazu war ein Aufruf auf einem Flugblatt erschienen, das den Namen "Ausnahmezustand" trug. Obwohl wenig Propaganda für dieses Treffen gemacht werden konnte und die Organisation selber geheim abgewickelt werden mußte, versammelten sich über 120 Vertreter hauptsächlich von Arbeiterkommissionen.

Der Staatspräsident hatte Befehl gegeben, dieses Treffen zu verhindern. Die Genossen hatten allerdings davon Kenntnis, daß die Versammlung erst eine Stunde nach Zusammentritt aufgelöst werden sollte. Diese eine Stunde wurde dann genutzt, um ein Kampfkomitee zu bilden, das auf legaler und zum Teil auf illegaler Ebene arbeiten und in dieser Woche Plenarversammlungen in allen Betrieben organisieren soll. Die Tatsache, daß auf diesem Treffen eine ganze Reihe von Kommissionen anwesend waren, die vormals unter eindeutiger Herrschaft der Revisionisten standen, läßt erkennen, daß die Revisionisten stark an Ansehen verloren haben.

Auf dem Treffen waren ebenfalls Delegierte des Vereinigten Soldatenrats kurzfristig anwesend. Diese Soldateninterkommission, in der vor dem Ausnahmezustand etwa 25 Einheiten vertreten waren, ist durch die Ereignisse zwar geschwächt worden, aber nicht zerschlagen.

Eine Woche Ausnahmezustand geht heute zu Ende. Die politischen Fronten sind klarer geworden. Die Arbeiterklasse wird jetzt unter verschärften Kampfbedingungen und nach dem offenbarer gewordenen Verrat der Revisionisten schneller eine neue revolutionäre Führung herausbilden. Auch der kleinbürgerliche Revolutionarismus der Gruppen um die FUR hat an Boden verloren, und es wächst die Erkenntnis, daß die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufgebaut werden muß, bevor die Bourgeoisie ihre Reihen wieder fest schließen kann. Das Volk muß unter Führung der Arbeiterklasse zusammengeschlossen werden. Dazu bedarf es verstärkten Kampfes gegen den Revisionismus, der aus den Reihen der Arbeiter vollständig vertrieben werden muß, eine Aufgabe, die jetzt ebenfalls klarer begriffen wird.

Die Bourgeoisie hat der revolutionären Bewegung einen schweren Schlag beigebracht, aber sie hat sie nicht zerschlagen. Illusionen sind zerbrochen worden. Viele falsche Freunde der Arbeiter zeigen jetzt, daß sie Feinde sind. Gleichzeitig haben in der vorigen Woche die Reaktionäre und die Faschisten offen ihr Haupt erhoben: In Porto wurde auf offener Straße ein Gewerkschaftsführer erschossen. Die Reaktion gibt sich mit einem Sieg nicht zufrieden. Sie muß die Unterwerfung des Volkes anstreben. Sie wird auf massiven Widerstand stoßen. – **(kkw/Red.)**

Portugal

Wirtschaftlicher Notstandsplan der Regierung

In Portugal vergrößert sich das Außenhandelsdefizit von Monat zu Monat. Das Land wird von der Krise geschüttelt. 1974 ist das Bruttosozialprodukt um drei bis vier Prozent zurückgegangen, 1975 wird mit einem Rückgang von 6 Prozent gerechnet. Die bürgerlichen Wirtschaftsexperten erklären: "Warum wird die Krise von der städtischen Bevölkerung, insbesondere in Lissabon, nicht stärker wahrgenommen? Der Grund ist der, daß wir weit über unsere Mittel leben. Die breiten Reserven der Bank von Portugal haben es erlaubt, daß der private und öffentliche Verbrauch in bedeutendem Maß das eigene Nationalprodukt übersteigt." (Joao Cravinho, vormals Minister für Technologie und Industrie in der vierten Regierung, der PS nahestehend, am 5. November im "Expresso"). Im gleichen Tenor Professor Sousa Franco, ein Wirtschaftsexperte der Rechten: "Wir geben jetzt schon mehr aus als wir produzieren, und das Ersparte (Reserven und Schatzkapital) hat seine Grenzen."

Tatsächlich sind die Devisenreserven inzwischen aufgezehrt. Und zur Deckung des Außenhandelsdefizits muß bald schon auf den Goldschatz des Landes zurückgegriffen werden. Der freilich ist ungewöhnlich groß und von der Regierung unterbewertet. Berechnet wird er seit vierzig Jahren unverändert mit 33 292 Escudos (= 3 329 DM) pro Kilo, was heute völlig irreal ist. Tatsächlich handelt es sich um eine Menge von 807 Tonnen Gold, was auf dem freien Markt 12 Milliarden DM sind nach den Preisen des Internationalen Währungsfonds freilich nur 2,8 Milliarden.

Die Bank von Portugal, die formell im Besitz dieser 807 Tonnen Gold ist, hat diesen nationalen Schatz freilich nicht direkt unter Kontrolle: "Angestellte des Banksektors haben bestätigt, daß etwa 500 Tonnen in den USA und England gelagert sind, eine kleinere Summe in der Schweiz und wenig mehr als ein Drittel in Portugal." (Avante, PCP-Organ, 6. November) Das bedeutet aber, daß Portugal weder nach Gutdünken über seine Goldreserven verfügen kann noch in der Lage ist, gegen das imperialistische Kapital in Portugal vorzugehen und ausländische Kapitalanlagen zu nationalisieren, ohne Gefahr zu laufen, daß sein nationaler Schatz beschlagnahmt wird. Die Folge wäre der Bankrott.

Die verschiedenen bürgerlichen Regierungen setzen darauf, von den Imperialisten Kredite auf den Goldschatz zu bekommen, um damit das Außenhandelsdefizit auszugleichen. Dabei diktiert der Kreditgeber zugleich die Bedingungen. Die Regierung Azevedo hat einen Wirtschafts-Notplan Anfang November im Kabinett beschlossen, der auf die Kreditbedingungen des internationalen Finanzkapitals zugeschnitten ist. Seine Ziele: das Außenhandelsdefizit verringern, die Kapitalakkumulation ("die Investitionen") vergrößern, "das National-Produkt erhöhen und bei überflüssigen oder importierten Produkten den Konsum verringern". (Seculo, 11. November)

Vorgesehen sind: "zusätzliche Steuern auf Löhne, Gewinne und andere Einkünfte", indirekte Steuern zwecks "Begrenzung im Angebot und in der Erreichbarkeit gewisser Konsumgüter", Reduzierung der Staatsausgaben für den öffentlichen Dienst, Einschränkung der Importe, Rationierung von Energie, "Einfrieren der Verhandlungen über Tarifverträge bis Ende des Jahres", "Möglichkeit zu vorübergehenden Lohnsenkungen in den Betrieben, in denen der Staat interveniert". Das an Einschränkungen für die Volksmassen.

Gleichzeitig "Verbesserung der Exportkredite" (das für die portugiesische Großbourgeoisie), "die externe Finanzierung vorantreiben (EWG, BRD, UdSSR, USA, Weltbank)", d.h. mehr Auslandsschulden, "auf die vom Internationalen Währungsfonds angebotenen Finanzierungsmöglichkeiten zurückgreifen" (das für das internationale Finanzkapital). Und schließlich: "Wiederaufrichtung des Vertrauens in das System", "Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und Definierung geeigneter Sanktionen (Strafen bei Geheimnisbruch), "freie Verfügbarkeit der Depositen (Einlagen) sichern" (letztere Maßnahmen für beide).

Ein solcher Notstandsplan konnte nur mit Gewehren gegen das Volk durchgesetzt werden. Und die Regierung stand Anfang November vor dem Problem, daß ihr die Gewehre nicht gehorchten. Darum erklärte sie, in den Streik zu treten. Prompt hatte sie eine Woche später eine Soldatenrebellion provoziert und ihre Gegner vorläufig entwaffnet. Man kann also voraussagen, welchen Plan die Regierung jetzt in Portugal verfolgen wird. **(wm)**

Lehrlingsstreik bei BASF Ludwigshafen

Die Geschäftsleitung läßt sich verleugnen

Am Dienstag, dem 25. November, legten die Kollegen der Lehrwerkstätte Friesenheim der BASF für zwei Stunden die Arbeit nieder. Dieser Streik richtete sich gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in ihrem Betrieb. Es herrscht dort ein starker Lärm, es fehlen ausreichende Heizungen und Abzugsanlagen und im Bad hat jeder Kollege nur einen Viertelquadratmeter Platz zum Umziehen.

Als uns Lehrlinge im Bau H 400 diese Nachricht erreichte, entbrannten heftige Diskussionen. Denn auch wir kämpfen zur Zeit gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in unserem Betrieb. Es sind dort etwa 200 Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt: Schlosser, Schweißer und Blechembalage sind dort untergebracht. Diese einzelnen Abteilungen sind nur durch dünne Wände getrennt, und es herrscht ein höllischer Lärm. Hammerschläge, Schweißbrenner und Blechschlagmaschine bringen es auf eine Lautstärke von 100 dezibel. Beim Schaffen brummt einem der Kopf und abends und in den Pausen hat man oft Kopf- und Ohrenschmerzen.

Dagegen hatten wir eine Resolution verfaßt, in der wir forderten:
1. Hochziehen der Trennwände
2. Schallschluckende Isolierung der Betonwände.

Als auf dieser Resolution 40 Unterschriften drunter waren, hat sie der Meister in die Finger bekommen und einbehalten. Wegen dem Satz in der Resolution: "Wir sind nicht länger bereit, unter diesen Bedingungen zu arbeiten . . . ", sagte er, könnten wir entlassen werden.

Das hat uns nicht eingeschüchtert, und wir haben eine neue Resolution verfaßt, wo bis jetzt 120 Unterschriften drauf sind. Wir haben die Resolution an die Jugendvertretung gegeben und an die Ausbildungsleitung. Daraufhin wurde uns Gehörschutzwatte gegeben. Die haben wir zwei Stunden getragen, dann ist sie in den Eimer geflogen. Mit verstopften Ohren kann man nicht schaffen, was ungefähr so aussieht, wenn zwei Kollegen zusammenarbeiten: "Gib mir mal den Hammer!" "Was?", brüllt der andere; Gehörschutzwatte raus. "Den Hammer!" "Ach so, den Hammer willste!" Watte wieder rein. So geht's nicht, meinten die Kollegen.

In der Zwischenzeit wurden offizielle Phonmessungen durchgeführt, die Ambulanz war da und ein paar Herren vom Gewerbeaufsichtsamt (allerdings nur für fünf Minuten, dann sind sie gegangen; es war ihnen zu laut). Zwei Wochen hat sich dann nichts getan. Bis zum Donnerstag, dem 25. November, da war Jugendversammlung. Hauptdiskussion: Streik der Friesenheimer und von H 400.

1 400 Kollegen waren da. Mit Beifall wurde der Bericht der Friesenheimer begrüßt. Auch wir haben unsere Situation klargelegt und außerdem eine Solidaritätsresolution verlesen: "Wir erklären uns solidarisch mit den Forderungen und Aktionen der Friesenheimer", gezeichnet H 400.

Mit Buhrufen wurde die Nachricht empfangen, daß die offiziellen Phonmessungen in H 400 ergeben hatten: gesetzliche Normallautstärke. Ein Kollege geht nach vorn: "Uns interessiert keine offizielle Phonmessung! Unsere Ohren sind nämlich die besseren Phonmesser, und die haben ergeben: unzumutbar laut!" Beifall.

Die anwesenden "Herren" der Werksleitung werden zwei-, dreimal zur Stellungnahme gebeten. Sie sagen nichts. Ein Kollege meint am Mikrofon: "Die sollten mal einen Tag nach H 400 gehen oder mal auf einer unbeheizten Toilette scheißen, wie in Friesenheim!" Die Herren rühren sich nicht bis zum Ende der Versammlung.

Wir von H 400 gehen mit einer Wut im Bauch in den Betrieb. "So wie die Friesenheimer es gemacht haben, ist es richtig", meinen die Kollegen.

Am nächsten Tag, Freitag, ist es so weit, wir haben genug vom Lärm und von leeren Versprechungen, es würde was gemacht, die ganze Sache wäre im Laufen. Um 9 Uhr fliegen die Brocken hin. Von 80 Leuten, die heute in der Halle sind (einige Gruppen sind in der Schule), gehen 60 in die Kantine. Den anderen 20 hatte man gesagt, sie kämen aus der Werkstatt, wenn sie was gegen den Lärm machen. Wir rufen die Jugendvertretung an und sagen, daß wir nicht mehr schaffen wollen in dem Lärm. Sie sollen kommen und jemand Zuständigen von Werksleitung und Ausbildungsleitung mitbringen.

Die Jugendvertretung ist gerade auf der zweiten Jugendversammlung im Werkteil Oppau, gibt dort unter Beifall unseren Streik bekannt und ist innerhalb von zehn Minuten bei uns. Auch ein Betriebsrat ist mitgekommen, ein Ingenieur, und nach und nach kommen auch unsere Meister und Ausbilder aus H 400. Betriebsrat und Ingenieur rotieren und reden auf uns ein: Sie hätten ja Verständnis, aber so eine Arbeitsniederlegung wäre ungesetzlich, wir sollten an die Arbeitsplätze zurückgehen. Wir bleiben. Ein Kollege steht auf, legt nochmal unsere Forderung klar und sagt, daß wir ohne Zusage eines Zuständigen nicht gehen. Die Jugendvertretung telefoniert überall rum: Ausbildungsleiter, Werksleitung, Bereichsingenieure; nichts. Keiner will kommen, die drei Hauptköpfe vom technisch-handwerklichen Bereich sind zufällig auf Reisen seit heute morgen. Die Herren, die über ihnen stehen, sind in "Besprechungen" und wollen nicht vor uns Stellung beziehen.

Wir sollen uns zufrieden geben, meint der Betriebsrat, unsere Aktion hätte ja schon genug symbolischen Wert, und es wäre halt niemand zu kriegen.

"Die ganze BASF ist heute scheinbar ohne Leitung", ruft ein Kollege, "und bis jetzt hat niemand was gemerkt, die Produktion läuft seit halb acht. Da sieht man mal, wie unnötig die Kerle sind!" Jetzt macht die Jugendvertretung einen Vorschlag: Am nächsten Donnerstag soll eine extra Jugendversammlung für H 400 stattfinden. Dort müssen die zuständigen Leute Stellung nehmen. Wir sind mißtrauisch. "Wenn die Werksleitung seit Monaten zu unserer Lage keine Stellung nimmt, warum sollte sie denn jetzt auf einmal Zusagen machen auf so einer Versammlung", sagt ein Kollege. Wir beraten uns. Seit eineinhalb Stunden sitzen wir hier und es passiert nichts. Ganz ohne Auswirkung bleiben die Aufforderungen des Betriebsrats, an die Arbeit zu gehen, mit dem Vorschlag der Versammlung für Donnerstag auch nicht. Einige Kollegen wollen zurück. Wir beschließen also die Versammlung am Donnerstag nächster Woche anzunehmen. Allerdings mit einem Zusatz: "Mit schönem Gruß an die Werksleitung: Sollte sie nicht anwesend sein oder keine schriftliche Zusage zu den Forderungen machen, schmeißen wir für Donnerstag und Freitag die Hämmer hin." Klar ist uns, daß Meister und Werksleitung uns bis zur Versammlung und auf der Versammlung selber bearbeiten werden. Sie werden mit allen Mitteln probieren, uns hinzuhalten, und den Streik verhindern wollen. Wir werden uns darauf vorbereiten. – (BASF-Zelle)



Lehrlinge auf der DGB-Demonstration in Dortmund

Lehrlingsversammlung an der TU Darmstadt

Hochschulleitung wegen Entlassungen zur Rede gestellt

Darmstadt. An der Technischen Hochschule Darmstadt führen die Lehrlinge seit Wochen den Kampf gegen die Absicht der Hochschulleitung, alle 23 Lehrlinge, die jetzt ihre Ausbildung abschließen, auf die Straße zu setzen. Am 21. Oktober sind die Lehrlinge nach einer Versammlung zum Universitätspräsidenten und durch die Innenstadt gezogen. Sie haben gefordert: daß alle Lehrlinge nach Abschluß ihrer Ausbildung übernommen werden. Am Donnerstag, den 27. November, fand eine erneute Jugendversammlung statt.

Hatte sich auf der letzten Versammlung trotz Einladung keiner der für die geplante Nichteinstellung Verantwortlichen blicken lassen, so ist diesmal ein Vertreter des Präsidenten, der Abteilungsleiter Seidler, erschienen. Auch der Personalratsvorsitzende und ein Vertreter des Kreisvorstandes der ÖTV sind da.

Über 110 Lehrlinge sind zur Versammlung gekommen, die von 8 Uhr bis zum Mittag gedauert hat.

Wenige Tage vor der Versammlung hatte Hochschulpräsident Böhme der Jugendvertretung noch einmal zu verstehen gegeben, daß die Hochschule vor hat, alle 23 Lehrlinge zu entlassen.

Zu Beginn der Versammlung werden zahlreiche Solidaritätsadressen verlesen, die die Jugendvertretung erhalten hat. So eine Solidaritätsadresse von 15 Kollegen der Firma Reutlinger & Söhne, von der Jugendvertretung von Röhm und von Merck, von der Firma Wella in Eberstadt und vom Vorsitzenden der Jugendvertretung des Fernmeldetechnischen Zentralamtes, vom Allgemeinen Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt und dem Studentenparlament und von der Ortsgruppe des KBW.

Außerdem zwei Briefe von Kollegen aus zwei Fachbereichen, in denen der Vertrauensleutekörper aufgefordert wird, sich für die sofortige Durchführung einer Personalversammlung einzusetzen. Eine Solidaritätsadresse der Hochschulsektion der GEW war unterwegs.

Zuerst werden die neuen Argumente gegen die Nichtweiterbeschäftigung auf den Tisch gelegt und auseinandergepflückt, was die Hochschule jetzt vor hat. Durch die Demonstration haben sie gemerkt, daß sie mit den Entlassungen nicht still und ohne Widerstand durchkommen. Deshalb ist jetzt auch ein Vertreter des Präsidenten da. Jetzt kommen sie mit dem Angebot, zwei oder vier Stellen, mehr aber nicht.

Der Präsident läßt mitteilen, für die Einstellung sei nicht er, sondern die Dekane, für die Stellen selbst das Kultusministerium verantwortlich.

Der tut gerade so, als habe er nichts zu sagen an der Hochschule. Tatsächlich ist er doch der, der für die Landesregierung die Stellenbesetzungssperre vertritt. Wenn er gegen die Rausschmisse ist, dann soll er die Forderung sofort unterschreiben.

Dann behauptet die Hochschulleitung, sie könne nicht gleichzeitig mehr Lehrlinge als normal einstellen und alle nach der Prüfung übernehmen. Da wird so getan, als sei die Einstellung weiterer Lehrlinge dem guten Willen der Hochschule zu verdanken. In Wirklichkeit sind die dreißig zusätzlichen Kollegen im Zuge eines "Arbeitsbeschaffungsprogramms" des Arbeitsamtes eingestellt worden, das heißt, die Hochschule läßt sich das aus den Beiträgen der Arbeiter bezahlen.

Der Versuch, die Schulabgänger gegen die ausgebildeten Lehrlinge auszuspielen, zieht aber nicht.

Die Debatte konzentrierte sich dann auch auf die Besetzungssperre. Die Besetzungssperre sei eine Sache von oben, da könne man nichts machen, heißt es. Das ist für die Lehrlinge nicht der Gesichtspunkt, wird dem entgegengehalten. Die einzige Existenzmöglichkeit für die Lehrlinge ist der Verkauf ihrer Arbeitskraft, davon müssen sie ausgehen, und deshalb ist die Durchsetzung der Forderung, daß alle Lehrlinge übernommen werden, eine Notwendigkeit. Es ist nicht die Sache der Lehrlinge, auszubaden, daß die Landesregierung das Geld an die Kapitalisten oder z.B. auch an Professoren verschleudert. Es ist bekannt geworden, daß der Präsident Böhme die Dekane vor kurzem angewiesen hat, bis zum 4. Dezember schleunigst noch zwei Millionen egal wie auszugeben, weil ihnen sonst der Etat gekürzt würde.

Überredungsversuche

Die Lehrlinge sind nicht bereit, auszubaden, daß diesem ganzen Beamten- und Professorenpack das Geld in Hülle und Fülle rübergeschoben wird. Zum Beispiel an den Abteilungsleiter Seidler, der auf der Versammlung nicht klar machen konnte, zu was er eigentlich nütze ist und was er kann, außer für unseren Rausschmiß einzutreten. Auf der einen Seite wird also das Geld nutzlos verpulvert, während wir, die wir einen Beruf gelernt haben, daran gehindert werden, unsere Fähigkeiten einzusetzen.

Seidler versuchte es dann damit, daß früher auch nicht immer alle Lehrlinge nach der Ausbildung gegangen seien. Außerdem würde sich die Hochschule ja bemühen, das Problem zu lösen, das Ganze müsse aber politisch gelöst werden, und da läge die Entscheidung bei der Landesregierung.

Der Personalratsvorsitzende Späth teilte mit, daß sich der Personalrat von der Aktion der Kollegen distanziere. Er sei dafür, die Verhandlungen abzuwarten. Am Montag wolle der Präsident mit dem Personalrat und der Jugendvertretung reden. Man müsse sehen, daß man für die sozialen "Härtefälle ein paar Stellen rausholen könne, z.B. für Waisenkinder. Der Jugendvertretung warf er vor, die Verhandlungen nicht abgewartet zu haben.

Der ÖTV-Vertreter bekräftigte, daß die ÖTV die Nichtübernahme nicht für richtig hält. Der Bezirksvorsitzende Heinz Wolf habe die Nichtübernahme der Lehrlinge im öffentlichen Dienst als Skandal bezeichnet. Und das ist ja auch nichts anderes als ein Skandal. Allerdings sei die ÖTV noch nicht stark genug gewesen, meinte Wallmann, die Besetzungssperre zu verhindern.

Über diese Äußerungen gab es ausführliche Diskussionen. Einheit bestand darin, daß an der Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge festgehalten werden muß und daß es nicht ein paar soziale Härtefälle gibt, sondern 23.

Es wurde auch gezeigt, daß die Stellenbesetzungssperre dazu führt, daß die Arbeitshetze ständig zunimmt. Einige meinten allerdings, daß man gegen die Stellenbesetzungssperre nichts machen könne. Das hängt aber davon ab, ob es gelingt, alle Kollegen für unsere Forderung zu gewinnen und die gewerkschaftliche Organisation einheitlich ins Feld zu führen. Schließlich haben wir keine Wahl. Was nützt uns unsere Ausbildung, wenn wir rausfliegen und dann auf der Straße liegen oder nicht in unserem Beruf arbeiten können!

Wieso man die zwei Millionen denn nicht für die Anstellung der Lehrlinge benutzen könne, wurde Seidler gefragt. Und es überzeugt niemanden, als er meinte, diese Mittel dürften nicht anders verwendet werden, die Hochschule habe keinerlei Handhabe, für die Übernahme etwas zu tun.

Die Ausbildung der Lehrlinge ist schlecht

Die Ausbildung hier ist beschissen genug. Jetzt sollen die, die damit fertig sind, auch noch rausgeschmissen werden. Seidler bekommt zu hören, was die Lehrlinge von dieser Ausbildung halten. Ob er es denn richtig finde, daß die Lehrlinge stundenlang zum Putzen, Frühstückholen und Rumfahren eingesetzt werden, ob er das für eine ordentliche Ausbildung halte? Was er gegen diese Zustände tun wolle?

Seidler schwindelt sich raus. Davon wisse er nichts, das höre er zum ersten Mal. Wenn es Beschwerden gebe, würde er ihnen nachgehen. Die Versammlung hat gleich gemerkt, dem ist nicht zu trauen. Es ist gelogen, daß die Hochschule da nichts weiß; seit drei Jahren hat die Jugendvertretung diese Zustände angeklagt und Änderung gefordert.

Er meint dann, man solle ihm doch einen konkreten Fall sagen. Da werde er sich drum kümmern. Das war dreist. Einige Kollegen erklärten ihm sehr mal ausführlich, wie es zugeht, wenn sie einzeln eine Beschwerde schreiben. Daß sie dann keine ruhige Minute mehr haben und die Meister sie fertig machen. Mut müsse man dazu haben, meinte darauf Seidler. Das sagt er, weil er genau weiß, wie man Lehrlinge einzeln fertig machen kann. Es wird ihm gesagt, daß er uns so nicht zu kommen braucht. Es ist Pflicht der Hochschule, dafür zu sorgen, daß hier ordentlich ausgebildet wird, und da braucht er nicht mit solchen Angeboten zu hantieren.

Das hat er nicht erwartet, daß ihm die Kollegen sagen, wie der Hase läuft. Das hat ihn wohl ziemlich verunsichert. Kurz darauf ist er gegangen. Unter diesen Bedingungen sei er nicht bereit, etwas zu unternehmen!

Dem Personalrat ist es aber doch gelungen, seinen Vorschlag, erst mal die Verhandlung abzuwarten, durchzubringen. Die Lehrlinge haben das unter sich diskutiert, ist er gegangen war. Rund vierzig waren dafür, an diesem Tag keine weiteren Aktionen zu machen; über sechzig stimmten für den Vorschlag, die Versammlung bis zum Abend fortzusetzen, durch die Hochschule zu ziehen und die Kollegen zu informieren und anschließend Plakate und Flugblätter zu machen. Ein Kollege meinte, man müsse alles versuchen. Ein anderer: Wir können nächste Woche immer noch die Aktionen machen. Die Versammlung hat sich dann entschieden, die Jugendversammlung abzubrechen und am Freitag, den 5. Dezember, eine erneute Versammlung durchzuführen. Die Jugendvertretung wurde beauftragt, gleich am Montag die Ergebnisse der Verhandlungen bekannt zu machen. Der Personalrat wurde aufgefordert, innerhalb von einer Woche eine Personalversammlung durchzuführen, damit alle Kollegen über die geplante Entlassung der Lehrlinge beraten können. Allen war klar, die Kollegen für unsere Forderungen zu gewinnen, darauf wird es ankommen. Und darauf, durch öffentliche Aktionen weiteren Druck hinter unsere Forderungen zu setzen. – (m., Darmstadt)

Hanomag Bremen:

In der ganzen Halle 2 wurden Überstunden verweigert

Bremen. In der vorletzten Woche (10.11. – 15.11.) trat die Geschäftsleitung an den Betriebsrat heran, es sollte am Buß- und Bettag gearbeitet werden. Der Betriebsrat lehnte das ab. Dann am Sonntag? Auch dies wurde abgelehnt. Dann wollte die Geschäftsleitung bis einschließlich 23. Dezember die Spätschicht eine Stunde länger arbeiten lassen: 22.40 bis 23.40. Nach Aussage einzelner Betriebsräte soll der Betriebsrat daraufhin beschlossen haben, die Kollegen darüber selbst entscheiden zu lassen.

So bemühte sich am Sonnabend, den 15.11., der Hallenleiter von H 1, Lohaus, aus seinem Büro und versuchte, die Kollegen jeweils eines Bandes um sich versammelnd, die Vorteile von Überstunden zu erläutern und fragte jeden einzeln. Aber auch da zeigte sich schon, daß die meisten Kollegen nicht bereit waren, noch mehr Überstunden zu machen. Sie brachten persönliche Gründe vor, wie z.B. "um 23.40, dann krieg ich ja keinen Bus mehr", und drehten dem Herrn anschließend den Rücken. In anderen Hallen waren nur Gerüchte durchgesickert. "Das mache ich nicht mit", meinten die meisten.

Am Montag erschien unsere Betriebszeitung ("Der Scheinwerfer"). Wir forderten darin auf, Überstunden zu verweigern und pünktlich zu stempeln.

Gegen 11 Uhr vormittags gab die Geschäftsleitung die Regelung offiziell bekannt. Am Nachmittag zu Beginn der Spätschicht wurde jetzt auch in Halle 2 und 3 diskutiert.

Als dann Meister und andere auftauchten, wurden Überstunden in der ganzen Halle 2 abgelehnt. Die Halle 2 setzte die ganze Woche die Verweigerung fort. Übers Wochenende ist Schichtwechsel und bisher haben die meisten Kollegen dort das Überstunden"angebot" spontan abgelehnt.

In H 1 gab Lohaus nicht auf: diejenigen Kollegen, die mit dem Bus fahren, könnten zwanzig Minuten eher stempeln, das würde ihnen bezahlt. Damit gelang es ihm, einige Kollegen (etwa 20) zum Längerbleiben zu bewegen. Offensichtlich waren es nicht genug: die Regelung wurde wieder rückgängig gemacht. Viele Kollegen in H 1 sind krank geworden, vielleicht auch, um sich so passiv aus all dem herauszuhalten. Anfangs hatten die Zurückbleibenden doppelt so viel arbeiten sollen. Dadurch wurde ihnen schnell klar, daß es nicht "nur mal eben 'ne Überstunde zu schieben" galt, sondern sie verschärft ausgeplündert werden sollten. Die strahlenden Gesichter der Verweigerer, als sie stempelten, taten ein übriges: sie zeigten, daß sie es in der Hand haben, die Dinge zu verändern, weil die Arbeiter es sind, die für die Kapitalisten produzieren. Waren es am Montag vor allem jüngere Kollegen, die nicht von Sorgen für die Familie bedrückt wurden, gesellten sich bis zum Wochenende nach und nach soviele zu den Verweigerern, daß in der Halle nicht mehr produziert wurde. Dafür begannen Geschäftsleitung und ihre Hilfsgesellen mit verschärfter Kontrolle, z.B. wird darauf geachtet, daß die Kollegen nicht wie sonst üblich – gewaschen und umgezogen vor der Stempeluhr stehen, sondern solange in der Halle bleiben, bis es klingelt. Dazu berichtet ein Kollege: "Bisher habe ich die Zeit zum Duschen und Umziehen selbst rausgeholt, indem ich kurz vor Feierabend rangeklotzt habe. Dadurch war Vorlauf und ich hatte Zeit. Das entfällt jetzt, wohl klar. Wenn die da oben meinen, ich würde zum Dank auch noch mehr Stückzahlen machen, haben 'se sich in' Finger geschnitten." – **(r.)**

Lohnsenkung „in Grenzen"

Zu den tarifpolitischen Äußerungen des IG Metall Vorsitzenden E.Loderer

"Es wird Sache unserer Tarifpolitik sein, eine Umverteilung zugunsten der Unternehmergewinne im kommenden Aufschwung in Grenzen zu halten", sagte der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, in der Stuttgarter Zeitung am 29. November. Senkung der Lohnquote *"in Grenzen"* ist die Antwort Loderers auf die Forderung der Unternehmerverbände und des Sachverständigenrates, die Lohnquote zu senken, um den Aufschwung zu ermöglichen. Der Präsident des Bundes Deutscher Arbeitgeber (BDA) Schleyer forderte einen *"Abschlag zur Vergrößerung der Investitionsspielräume"*. Lohnabschlüsse *"um ein bis zwei Prozent unter der zu erwartenden Inflationsrate"*. Und um zu *"beweisen"*, daß die Lohnabhängigen weitere Lohnabschläge sehr wohl verkraften können, wird von Kapitalisten und Regierung immer wieder auf die extrem hohe Sparquote von über 16 % der *"verfügbaren Einkommen"* hingewiesen. Daß diese hohe Sparrate nicht aus dem verfügbaren Einkommen der Lohnabhängigen herrührt, sondern aus dem Einkommen der Kapitalisten, hat jüngst die Bundesbank verraten:

Im ersten Halbjahr 1975 seien die Nettoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen um 5,5 % gestiegen. Zugleich seien die *"Privatentnahmen um 20 %"* gestiegen. Die Bundesbank erklärt auch, was die Kapitalisten mit dem Geld, das sie nicht im Unternehmen gelassen, sondern privat entnommen haben, gemacht haben. Sie haben *"relativ hohe Beträge"* für den *"privaten Verbrauch"* und für *"private Sparzwecke"* verwendet. Letztere seien sogar *"besonders hoch"*. Außerdem hätte die Unternehmen noch soviel Geld gehabt, daß sie 1,5 Mrd. DM mehr Kredite an Banken zurückgezahlt hätten als neue aufgenommen, also ihren Schuldenstand beträchtlich vermindert hätten. Die *"finanziellen Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung sind bei den Unternehmen derzeit wesentlich besser als 1974"*, schreibt die Bundesbank (nach Süddeutsche Zeitung vom 17.10. und 28.11.).

Es fehlt den Kapitalisten also nicht an Geld für Investitionen. Sie schwimmen sogar so sehr im Geld, daß sie trotz größerer Prasserei noch Riesenbeträge auf ihren Privatkonten sparen. Sie investieren nicht, weil sie in der Krise mit mehr Investitionen nicht mehr Profit machen können. Sie können das Kapital nicht produktiv anlegen, weil sie in ihrer Jagd nach Profit Kapital überproduziert haben. Riesenwerte, die die Arbeiterklasse produziert hat, werden in der Krise vernichtet, Fabrikanlagen stillgelegt, Produktionsanlagen werden nicht genutzt und Arbeiter werden auf die Straße geworfen. Während die Kapitalisten so sehr im Geld schwimmen, daß sie es nicht einmal verprassen können, werden die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse massiv verschlechtert. In der Metallindustrie: 8,8 % weniger Arbeiter beschäftigt. Bruttowochenverdienst: + 5,2 %. Das ist gemessen an der Teuerung realer Lohnabbau, was sich zugleich in einer um 3,4 % gesenkten Lohnquote ausdrückt. Die Lohnpolitik Loderers heißt weiteres Senken der Löhne *"in Grenzen"*.



"Hände weg von den Arbeitsplätzen in hessischen Philipsbetrieben" wurde auf der IGM-Kundgebung gefordert

Klöckner-Betriebsversammlung

Stahlabschluss abgelehnt

Bremen. Während der Bremer IGM-Vorsitzende Weinkauf den Kollegen in der metallverarbeitenden Industrie erzählt, daß die Belegschaft von Klöckner mit den Tarifabschlüssen zufrieden sei, ist auf der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte dem anwesenden IGM-Vertreter von der Belegschaft deutlich gemacht worden, daß sie diesen Abschluß ablehnt.

Sehr viele Kollegen der Klöckner-

Im Gegenteil, als er den Kollegen weismachen wollte, daß in der gegenwärtigen miesen Lage ein Streik nichts bringen, sondern nur dazu führen würde, daß die IG Metall den Kapitalisten die Kurzarbeit bezahlt, wurde er ausgebuht und ausgelacht. – **(m/d,** Betriebszelle Klöckner)

Teldix-Kollegen für 140 DM Festgeld



"Hände weg von den Arbeitsplätzen in hessischen Philipsbetrieben" wurde auf der IGM-Kundgebung gefordert

Klöckner-Betriebsversammlung

Stahlabschluss abgelehnt

Bremen. Während der Bremer IGM-Vorsitzende Weinkauf den Kollegen in der metallverarbeitenden Industrie erzählt, daß die Belegschaft von Klöckner mit den Tarifabschlüssen zufrieden sei, ist auf der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte dem anwesenden IGM-Vertreter von der Belegschaft deutlich gemacht worden, daß sie diesen Abschluß ablehnt.

Sehr viele Kollegen der Klöckner-Hütte teilen auch nicht die Meinung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, daß nicht mehr drin gewesen sei. So meinte ein Kollege, daß, wenn das so weitergeht, uns kein anderes Mittel bleibt, als den Hammer in die Ecke zu werfen.

Ein anderer Kollege aus dem Stahlwerk schlug gegen die Rationalisierungen und die Arbeitslosigkeit vor, statt 12, 13 oder mehr Chargen einfach nur 8 zu fahren. Diese Beiträge wurden von den anwesenden Kollegen mit starkem Beifall unterstützt. Als schließlich der Vertreter der IG Metall dieses Ergebnis verteidigen wollte, erhielt er keinen Beifall.

Im Gegenteil, als er den Kollegen weismachen wollte, daß in der gegenwärtigen miesen Lage ein Streik nichts bringen, sondern nur dazu führen würde, daß die IG Metall den Kapitalisten die Kurzarbeit bezahlt, wurde er ausgebuht und ausgelacht. – **(m/d,** Betriebszelle Klöckner)

Teldix-Kollegen für 140 DM Festgeld

Heidelberg. Bei der Firma Teldix findet eine Unterschriftensammlung für eine Festgeldforderung von 140 DM statt. Der Vertrauensleutekörper wird aufgefordert, die Forderung zu beschließen. Die Kollegen sind der Meinung, daß die Lohngruppen nicht noch mehr auseinander klaffen dürfen. Bei der Tarifrunde muß der Reallohn gesichert werden. Bis jetzt haben knapp 100 Kollegen dafür unterschrieben. Einige Abteilungen haben geschlossen die Forderung unterschrieben. Die Unterschriftensammlung wird fortgesetzt.

Protestkundgebung der Philipsarbeiter

Herborn. Mehr als 800 Kollegen aus allen hessischen Philipsbetrieben hatten sich am Samstag, 29.11., in Herborn, Dillkreis, zu einer Kundgebung versammelt, um gegen die Schließung der Philipswerke in Herborn (Valvo) und Limburg (Körting und Mathiesen) zu protestieren. Zu der Kundgebung hatte die IG-Metall aufgerufen.

Hauptredner waren Georg Benz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG-Metall, und Gert Lütgert, SPD-Landtagsabgeordneter aus dem Dillkreis.

Die Kollegen, die an der Kundgebung teilnahmen, waren gekommen, um ihre Empörung über die Machenschaften der Philips-Konzernleitung zum Ausdruck zu bringen. Das zeigte sich daran, daß jedesmal, wenn einer der Kundgebungsredner auf diese Machenschaften einging, es zu lauten Pfiffen und Buh-Rufen kam. Georg Benz versuchte den Protest der Kollegen dahin zu lenken, daß er behauptete, man müsse jetzt verstärkt für Mitbestimmung und Investitionslenkung eintreten. Lütgert wollte die Kollegen darauf vertrösten, daß die hessische Landesregierung sich für sie einsetzen werde, um "das Ärgste zu verhindern".

Die Kollegen dagegen haben einen anderen Weg für richtig gehalten, so haben die Limburger nicht stillgehalten, sondern vor kurzem einen zweistündigen Streik durchgeführt. – **(j.,** Wetzlar)

Kuraufenthalt: Für 28 Tage ein Taschengeld von 58 DM

Wie kann die Kur erfolgreich sein, wenn man ständig in großer Geldknappheit leben muß?

Leserbrief

Bad Oeynhausen, den 14.10.75

Als ich vor circa 4 Wochen den Termin für meinen Kuraufenthalt in Bad Oeynhausen mitgeteilt bekam, war meine Freude groß. Hoffe ich doch, daß sich dann auch eine Arbeitsstelle für mich finden läßt. Bei dem Arbeitsamt meines Wohnbereiches bin ich "ausgesteuert". So klammert man sich eben an jede Hoffnung, denn bei der Bearbeitung meines Kurantrages entstanden bereits einige Hindernisse. Im Augenblick werden die laufenden Kosten für mein möbliertes Zimmer von dem für meinen Wohnbereich zuständigen Sozialamt getragen, bis mein Antrag auf Arbeitslosenhilfe bei dem Arbeitsamt bearbeitet bzw. befürwortet werden kann. Außer vorgenannter Mietunterstützung habe ich für die Zeit meiner Kur (= 28 Tage) noch ein Taschengeld von 58 DM (= 2,07 DM pro Tag).

Eine lange Arbeitslosigkeit bringt jedoch – meiner Meinung nach zwangsläufig – eine starke seelische Belastung mit sich. Nun hoffte ich aber vergeblich, diese Belastung hier abbauen zu können; denn dem ist nicht so.

Mit einem "Taschengeld" von 2,07 DM ist nichts anzufangen; als starker Raucher schränke ich mich aber sowieso ein. Trotzdem werde ich in den 28 Tagen meiner Kur aber ca. 14 DM für Rauchen ausgeben kann mir (vielleicht!) 10 kleine Flaschen Brunnen und 20 Klare erlauben (ca. 28 DM). Für die diversen persönlichen Kleinigkeiten (Bild, Postkarten, Briefmarken etc.) verbleiben mir dann noch 16 DM.

Doch das Wichtigste, den Kontakt zu den anderen Kurgästen, kann ich nicht halten. Ich kann an keiner gemeinschaftlichen Unternehmung teilnehmen, wie zum Beispiel Tanzen, Ausflüge in das mit Sehenswürdigkeiten reich bestückte Land. Auch am Abend muß ich mich in Zurückhaltung üben, wenn andere mal eine Runde ausgeben.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Erstens, weil ich dann als Außenseiter eingeschätzt werde, und zweitens, weil ich auch Einladungen ausschlagen muß. Ich möchte weder als Bettler gelten noch mich irgendwo anhängen, und revanchieren kann ich mich nicht.

Einige werden jetzt behaupten, "der hätte sich ja etwas zusammensparen können". Das ist richtig, hat aber einen Haken: Vor meiner gesundheitlich bedingten Arbeitslosigkeit habe ich gut verdient, im Durchschnitt 1 800 DM brutto (als Alleinstehender mit Überstunden!).

Dementsprechend habe ich damals meinen finanziellen Spielraum eingeschätzt. Die erste große Einschränkung war die Zeit, in welcher ich Arbeitslosen**geld** bekam, weil ich als Fünfundzwanzigjähriger plötzlich nur noch ein Drittel meines Lohnes bekam (das Arbeitslosengeld wird ohne die Überstunden berechnet!).

Mit einem Wort: Rücklagen habe ich keine mehr. Die Unterstützung des Sozialamtes muß ich **vollständig** zurückerstatten.

Doch zurück zu meinen Vorstellungen über den Kurerfolg. Bei einer Kur ist es notwendig, daß ein seelisches Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Dabei wird aber von allen vergessen (Kurverwaltung, Krankenkassen, Versicherungsanstalten), daß dieses eine Frage des menschlichen Kontaktes ist, und dieser ist stark von materiellen Gesichtspunkten abhängig.

In früheren Zeiten dieses Bades war das eine andere Sache; so konnten Kaiser, Könige, Fürsten und andere reiche Leute **ihr** Gleichgewicht sehr schnell wieder herstellen. Finanzielle Schwierigkeiten kannten sie kaum, und was bezüglich einer körperlichen Schwäche oder Erkrankung an Reinlichkeit zu pflegen war, ließ sich sehr leicht mit Puder, Schminke und Eau de Cologne sowie ein paar Kräutern beheben. Diesen Herrschaften durfte man getrost nach dem Geldbeutel trachten, obwohl diejenigen, welche das Geld verdienten, die Erholung nötiger hatten. Sicherlich kann man den Satz von Schiller "Sei im Besitze, und du wohnst im Recht" auch heute noch anwenden.

Meine Kur ist jedoch die Wiederherstellung meiner Arbeitskraft, um überhaupt – im heutigen Sinne – menschenwürdig existieren zu können. Wie soll das aber bei mir aussehen, wenn ich mich bei jeder Gelegenheit ausschließen **muß** oder ausgeschlossen **werde**. Inzwischen weiß die ganze Pensionsgesellschaft, daß ich "irgendwelche Schwierigkeiten" habe, und meidet mich.

Es dürfte wohl verständlich sein, daß ich mich nach dem Ende meiner Kur sehne, um dieser ständigen Belastung zu entgehen; an einen weitergehenden Kurerfolg außer meiner Gewichtsabnahme glaube ich nicht mehr.

Mit freundlichen Grüßen

F.J.

Der Kollege F.J. aus Bremen schickte diesen Brief an die Tageszeitung "Westfalen-Blatt" in Bielefeld. Daß die Sozialhilfe zum Leben nicht genug und zum Sterben zu viel ist, wollte die bürgerliche Presse in ihren Spalten nicht veröffentlicht haben. Dem Herrn Wolf, Chef vom Dienst, war der Leserbrief nicht "konstruktiv" genug.

Die Antwort des "Westfalen-Blattes":

Sehr geehrter Herr J.,

vielen Dank für Ihre interessanten Ausführungen. Da Sie auf Anonymität im Zusammenhang mit der Veröffentlichung bestehen, sehen wir leider keine Möglichkeit für eine Publizierung. Außerdem sprengt der Beitrag den Rahmen eines konstruktiven Leserbriefes.
Zu Ihrer Entlastung reiche ich Ihnen deshalb Ihr Schreiben zurück und verbleibe
mit freundlichen Grüßen

(Klaus-Herbert Wolff)
Chef vom Dienst

Die Mitbestimmung soll die Belegschaft entwaffnen

Schwächung des Betriebsrats durch die geplante Mitbestimmung

Wie die geplante Mitbestimmung gegen den Betriebsrat und den Zusammenschluß der Belegschaft gerichtet ist, zeigt der folgende Artikel. Der Autor, Rechtsanwalt Stephan Baier, war bis zu seiner Kündigung durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung im Herbst 1974 Rechtssekretär des DGB in Mannheim.

Konnten bislang die Vertreter der Belegschaft von den anderen zwei Dritteln im Aufsichtsrat, den Vertretern der Kapitaleigner – meist den Banken – mühelos überstimmt werden, so kann nach dem Regierungsmodell der "paritätischen Mitbestimmung" im Aufsichtsrat keine Entscheidung ohne die "Arbeitnehmervertreter" gefällt werden. Nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung würden die Unternehmensentscheidungen mit den Stimmen der Belegschaftsvertreter gefaßt sowie getragen und auch durchgesetzt werden. Unternehmensentscheidungen hätten dann künftig immer auch den Segen der Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat.

Der Kampf einer Belegschaft gegen Unternehmensentscheidungen wäre daher immer auch ein Kampf gegen die Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat.

Die gesamte Tragweite der Mitbestimmung wird vor allem dann klar, wenn berücksichtigt wird, daß dann den Betriebsräten als Interessenvertretung der Belegschaft im Betrieb in solchen Kämpfen ein Organ der Kapitalisten gegenübersteht, in dem die gewählten Vertreter der Belegschaft schon zusammen mit den Kapitalvertretern die Entscheidungen getroffen haben. Entscheidungen, die die Belegschaft hinnehmen oder gegen die sie den Kampf aufnehmen muß. Setzt die Belegschaft den Betriebsrat als ihre Interessenvertretung ein, stößt er im Lager des Feindes auf die "Arbeitnehmervertreter". Sie hätten ja als die Vertreter der Belegschaft deren Interessen bereits wahrgenommen, werden sie auf ihr Mandat pochend sagen. So unterlaufen die "Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat die Möglichkeiten des Betriebsrates und die Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft.

Die gesetzlich zugesicherten Einspruchsrechte des Betriebsrates sind geringfügig. Würde er sich allein darauf verlassen müssen, so könnte er den Interessen der Belegschaft nirgendwo nachhaltig Geltung verschaffen. Jede seiner wenigen Einspruchsmöglichkeiten kann zudem von Einigungsstelle und Arbeitsgericht wieder aufgehoben werden. Faktisch aber kann er von der Belegschaft als Kampforgan gegen den Kapitalisten eingesetzt werden – dies haben die zahlreichen spontanen Streiks gezeigt, wo oftmals Betriebsratsmitglieder in der Streikleitung saßen trotz Friedenspflicht und Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Der Betriebsrat hat die Möglichkeit, die Belegschaft zusammenzurufen und sich in diesen Betriebsversammlungen Aufträge erteilen zu lassen, wie er die Belegschaft gegen das Kapital vertreten soll. Daß es hierbei oft auch zu Aufträgen der Belegschaft und Handlungen der Betriebsräte kommen muß, die nach Form und Inhalt gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen, mag die Advokaten der Kapitalisten beschäftigen; es zeigt, daß die faktischen Möglichkeiten des Betriebsrats seine rechtlichen Kompetenzen weit überschreiten. Rechtlich kann ein Betriebsrat gegen Massenentlassungen gar nichts unternehmen; faktisch ist er in der Lage, den Kampf gegen den Kapitalisten und seine Stillegungspläne zu führen.

Der Aufsichtsrat dagegen ist Organ des Kapitals – er ist in seiner Machtvollkommenheit praktisch unbeschränkt. Er bestellt den Vorstand des Unternehmens, er untersucht, ob aus den Arbeitern genügend Arbeit herausgepreßt worden ist, und kann den Vorstand abberufen. Er entscheidet über Produktions-, Absatz- und Preisplanung, Marktstrategie, Investitionen; er schlägt der Hauptversammlung der Aktionäre vor, wieviel Dividende sie einsacken können, damit sie ihr Vertrauen in die Wirtschaft nicht verlieren. Er kann Produktionsverlagerungen, Auslandsinvestitionen, Kapazitätserweiterungen, Fusionen und Stillegungen beschließen. Durch Aufnahme von Krediten kann er das Unternehmen der Bankkontrolle ausliefern. Kurz: Er bestimmt die geschäftspolitischen Grundentscheidungen des Unternehmens. Bei einem Organ von dieser Machtvollkommenheit liegt die Täuschung nahe, daß für die Arbeiter viel erreicht wäre, wenn sie dort Mitbestimmungsrechte hätten.

Aber schon der Wortlaut der Gesetze warnt: Die "Arbeitnehmervertreter" haben in ihren Entscheidungen *"auf das Unternehmenswohl, das Wohl der Aktionäre, das Allgemeinwohl und das Wohl der Belegschaft"* zu achten. Dabei haben sie *"die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters"* zu beachten und *"Stillschweigen zu bewahren"* (§§ 116, 93 Aktiengesetz) Und das sind nicht nur Gesetzesbestimmungen. Dahin wirkt zugleich ein unausweichlicher ökonomischer Zwang: In einer kapitalistischen Gesellschaft in der Leitung eines kapitalistischen Unternehmens zu sitzen, da bleibt gar kein anderer Ausweg als für den Profit zu sorgen, bei Strafe des Untergangs des Unternehmens. Und Profit wird gezogen aus der Mehrarbeit der Arbeiter. Auspressung von Mehrarbeit wird also das Geschäft von "Arbeitervertretern".

Wie weit sie es darin schon gebracht haben und wie nötig die Kapitalisten diese Mitbestimmer haben, rühmt sich der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, 1974 im Bundestag: *"Will mir jemand sagen, wie die Kapitalgeber allein mit diesem Problem (im Montanbergbau) hätten fertig werden sollen, von 1957 bis jetzt die Beschäftigtenzahlen von 608 000 auf 204 000 herunterzubringen, ohne daß diese unsere Republik in Gefahr gekommen ist?"* (KVZ Nr. 22/1974, Seite 2)

"Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat: Mittel zur Ausschaltung des Betriebsrates

Die Entscheidungen im Aufsichtsrat werden zu einem Zeitpunkt gefällt, wo der Betriebsrat noch von nichts weiß. Nachdem – unter Ausschluß des oder der betroffenen Betriebsräte – die Kapitalseite lediglich mit den "Arbeitnehmervertretern" verhandelt hat, steckt ihre gemeinsame Entscheidung den Rahmen ab, in welchen Grenzen der Betriebsrat überhaupt noch tätig werden kann. Jede Initiative des Betriebsrats, diese Entscheidung rückgängig zu machen, wird abgefangen mit dem Hinweis, daß diese Entscheidung von einem dem Betriebsrat übergeordneten Mitbestimmungsorgan, in dem die Belegschaft die Hälfte der Stimmen stellt, gefaßt worden ist. Nach § 111 Betriebsverfassungsgesetz hat *"der Unternehmer ... den Betriebsrat über geplante Betriebsveränderungen ... rechtzeitig und umfassend zu unterrichten und die geplante Betriebsveränderung mit dem Betriebsrat zu beraten"*. Wenn nun z.B. durchsickert, daß im Aufsichtsrat die Stillegung eines Betriebs verhandelt wird, können sich die "Arbeitnehmervertreter" gegenüber einem Auskunftsverlangen des Betriebsrates auf ihre Schweigepflicht (§ 93 Aktiengesetz) berufen.

Wenn der Aufsichtsrat die Stillegung beschlossen hat, müßte dann der Vorstand des Unternehmens mit dem Betriebsrat darüber beraten, ob die Stillegung durchgeführt werden soll. Es ist leicht zu sehen, daß diese "Verhandlungen" Augenwischerei sind, da alles, was zu verhandeln war, bereits ohne den Betriebsrat – aber unter Beteiligung anderer Belegschaftsvertreter – im Aufsichtsrat gelaufen ist. Nachdem die Kapitalvertreter mit den "Arbeitnehmervertretern" im Aufsichtsrat schon alles entschieden haben, werden die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes lediglich noch als Anweisung für diese Augenwischerei gebraucht.

Durch die Vorentscheidung im Aufsichtsrat werden wesentliche Rechte des Betriebsrats, die zum Kampf gegen solche Maßnahmen mit eingesetzt werden könnten, unterlaufen. Und selbst das kümmerliche Recht des Betriebsrats, für eine entlassene Belegschaft einen Sozialplan auszuhandeln, löst sich in nichts auf, da die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat schon längst den Betrag beschlossen haben, der für einen Sozialplan zur Verfügung gestellt wird. Die Rechte des Betriebsrats beschränken sich dann faktisch darauf, zu verteilen; was den Arbeitern von den Kapitalisten als Gnadenbrot vorgeworfen wird.

Oder ein anderes Beispiel: Während der Aufsichtsrat hinter dem Vorhang der Schweigepflicht beschließt, die Einzelteilfertigung an andere Unternehmen abzugeben, was natürlich Stillegungen und erhebliche Personalreduzierung in einigen Werken zur Folge hat, rätseln die Betriebsräte der betroffenen Werke, warum ein Teil des Konzerns in eine GmbH umgewandelt wird (Antwort: weil er dann besser liquidiert werden kann). Das Recht des Betriebsrats auf umfassende Unterrichtung über die Personalplanung wird auch hier unterhöhlt durch Vorabsprache und Entscheidung im Aufsichtsrat. Der Betriebsrat kann dann entweder zustimmen oder er muß sich gleichzeitig gegen die Vertreter der Belegschaft und der Gewerkschaft im Aufsichtsrat wenden. Spaltung der Arbeitervertreter ist das notwendige Ergebnis.

Ob bei Stillegungen oder bei der Personalplanung, bei Rationalisierungen oder Produktionsverlagerungen, wo immer der Betriebsrat in wichtigen Fragen die Interessen der Belegschaft vertreten und verteidigen will, wird ihm entgegengehalten "Das haben die Vertreter der Belegschaft schon mit entschieden."

Die Arbeiter sollen die Interessen ein für allemal bei diesen Vertretern in den Aufsichtsräten deponieren. Deren Einsicht sollen sie sich getrost anvertrauen und fügen, denn ein Mitglied des Aufsichtsrats *"trägt eben die Verantwortung für das Unternehmen mit und ist darauf bedacht, daß es natürlich dem Unternehmen möglichst wohlergeht"*. (So Georg Badeck, Betriebsrat in der Hoechst AG und Mitglied des Aufsichtsrats, in einem Mitbestimmungshearing des Bundestags, nach dem Sitzungsprotokoll vom 16.10.1974, Seite 65)

Die Mitbestimmung erfordert von ihrer Logik her die reibungslose Durchsetzung der Beschlüsse des Aufsichtsrats bis in den letzten Betrieb. Sie erweist sich schließlich als ein Programm zur Ausschaltung von Betriebsräten, die sich ausschließlich von den Interessen der Belegschaft leiten lassen. Manche Befürworter der Mitbestimmung haben mit solchen Betriebsräten anscheinend schon unliebsame Erfahrungen gemacht. Auf einen möglichen Unterschied der "Arbeitnehmerinteressen" und *"den von den Arbeitnehmervertretern mitzutragenden Unternehmerinteressen"* während des Hearings angesprochen, erwiderte Janzen (Betriebsratsvorsitzender bei Nachrichtenkabeltechnik Siemens AG Berlin), daß *"der Durchgriff der Beschlüsse des Aufsichtsrats bis hin zur örtlichen Ebene zu verbessern"* wäre (Sitzung vom 16.10.1974, Protokoll Seite 66).

Wie dieser Durchgriff verbessert werden soll, zeigt der Vorschlag von Semmler, Betriebsratsmitglied bei IBM: *"Man könnte sich beispielsweise vorstellen, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat mit beratender Stimme an den Betriebsratssitzungen teilnehmen und daß dies nicht von einer Gefälligkeit des Betriebsrates abhängt, sondern daß es gesetzlich geregelt wird."* (Sitzung vom 16.10.1974, Protokoll Seite 67) Das ist die letzte Konsequenz der Mitbestimmung: ein Aufpasser in jedem Betriebsrat, ein als "Kollege" getarnter vorgeschobener Beobachter der Konzernleitung in jeder Betriebsratssitzung, auf der Kampfmaßnahmen gegen Angriffe der Kapitalisten beraten werden.

Solchen Sorgen sind die Kapitalisten allerdings dann enthoben, wenn, wie z.B. bei Siemens, die "Arbeitnehmervertreter" fast ausnahmslos mit entscheidenden Funktionen im Gesamtbetriebsrat betraut sind. Dann allerdings wird das perverse Schauspiel zur Routine, daß ein Betriebsrat das vergessen muß, was er als Aufsichtsrat beschlossen hat, oder daß, wie bei VW, ein Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, der den Massenentlassungs- und Stillegungsbeschluß mit gefaßt hat, als Vorsitzender des Konzernbetriebsrates praktisch mit sich selbst verhandelt. (KVZ Nr. 14/1975, Seite 1) – **(sb)**



Hagen. Gegen die Schließung des Werkes Eckesey, Stahlwerke Südwestfalen, und den Abbau von 180 Arbeitsplätzen demonstrierte die Belegschaft. Auf der vorangegangenen Betriebsversammlung waren die Vertreter der Belegschaft im mitbestimmten Aufsichtsrat aufgefordert worden, gegen die Schließung zu stimmen. Am letzten Dienstag beschloß der mitbestimmte Aufsichtsrat: Schließung des Werkes.

Wieder eine Milliarde Beitragsgelder an die Kapitalisten verschenkt!

Kurz bevor der Bundestag erneut die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung erhöht hat, hat sich der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit vor der Presse damit gebrüstet, daß die Bundesanstalt in diesem Jahr den Kapitalisten erneut für sogenannte "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" 1,1 Milliarden DM in den Rachen geworfen hat.

938,8 Millionen seien schon bewilligt, für die restlichen 150 Millionen lägen bereits die Anträge vor. Es habe eine "große Nachfrage" danach gegeben. Wen wundert das? Für Arbeiten im "öffentlichen Interesse" (z.B. die Erschließung von Industriegelände, der Bau von Straßen und Kasernen) bekommt der Kapitalist Gelder in Höhe von 60 bis 120 Prozent des Lohnes für von ihm eingestellte Arbeitslose geschenkt, nochmals das Doppelte kann er als Darlehen erhalten.

600 streiken gegen Stillegung

Karlsruhe/Blankenloch. Ab Freitag streikten die 600 Arbeiter und Angestellten des Singerwerkes, das stillgelegt werden soll. Die Belegschaft lehnt den vorgelegten Sozialplan ab.

Am Montag wurde die Forderung aufgestellt, die Streikzeit zu bezahlen. Der Streik begann am Montag nach der Mittagspause.

Hoesch Schwerte: Vorstand will den Reallohn angreifen

Schwerte. Bei den Hoesch-Werken Schwerte stellten am 18.11. die Kollegen die Maschinen ab und forderten Auskunft über die Kündigung einer Betriebsvereinbarung. Der Vorstand hat die allein für Schwerte gültige "Analytische Arbeitsplatzbewertung" (AAB) zum 31. Dezember 1975 gekündigt und will stattdessen das summarische Verfahren mit Lohngruppen wieder einführen, um "eine Lohnangleichung im gesamten Hoesch-Bereich und gegenüber 97 % der Konkurrenzunternehmen zu erreichen" (so Vorstand Dr. Golücke auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung am 24.11.75).

Die Sache soll im Endeffekt auf eine Einbuße von ca. 1,50 DM hinauslaufen, weil um eben diese Summe "die abgesicherten Tariflöhne in Schwerte höher liegen als z.B. in Hohenlimburg".

Die Geschäftsleitung will ihren Angriff auf den Lohn sichern, indem sie die Belegschaft in die Konkurrenz mit den anderen Stahlkapitalisten hineinzuziehen versucht: "Es geht darum, mit den Konkurrenzbetrieben mithalten zu können, Arbeitsplätze nicht zu gefährden und den Verlauf der Tariflöhne in Hohenlimburg zu harmonisieren" (Vorstandsmitglied Dr. Golücke).

Als gar nicht "harmonisch" empfinden die Kollegen allerdings die Maßnahmen der Geschäftsleitung. Die Empörung ist groß. – **(m., Schwerte)**

Warnstreik bei VFW-Fokker gegen Demontage

Speyer. Die gesamte Belegschaft von VFW-Fokker hat mit einem einstündigen Streik am vergangenen Freitag die richtige Antwort auf das Fernschreiben der Geschäftsleitung gegeben, mit dem die Demontage von Produktionsvorrichtungen für Januar 1976 angekündigt wurde.

Auf einer Protestversammlung wurde der Speyerer Betriebsleiter Vogt zur Rede gestellt. Über klägliche Rechtfertigungsversuche kam er nicht hinaus. Die Kollegen pfiffen ihn aus.

Im Laufe des Jahres haben schon 350 Kollegen von sogenannten Auflösungsverträgen Gebrauch gemacht. Sie sind aber nichts anderes als "finanziell kaschierte Entlassungen" (DGB-Flugblatt Speyer). Darüberhinaus sind über hundert Kollegen zur Zeit "verliehen" an VFW-Fokker in Holland, an norddeutsche VFW-Betriebe und an die Lufthansa in Hamburg.

Am Dienstag wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung durchgeführt. Eingeleitet wurde diese stürmische vierstündige Versammlung mit dem Marsch durch den Betrieb. **Nicht erschienen war die Werksleitung.** Ihr ging die Muffe, denn schon oft wurde sie auf vorhergegangenen Versammlungen zu Zugeständnissen gezwungen.

Gefordert wurde auf dieser Versammlung, daß die Pläne, die MRCA-Fertigung nach Bremen zu verlegen, zurückgenommen werden, und daß die Wartung des Hubschraubers CH-Y53 nach Speyer kommt.

In einer Resolution, die einstimmig verabschiedet wurde, wird zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, die Arbeitsplätze aufzugeben. Die Belegschaft zog geschlossen vor das Hauptgebäude, in dem sich Werksleiter Vogt aufhielt, um ihn dort zur Rede zu stellen. Jedoch verweigerte er auch hier jede Stellungnahme.

In Speyer selbst läuft seit drei Wochen eine DGB-Aktion mit Flugblättern, Informationsständen gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Raum Speyer. Diese Aktion ist die Vorbereitung für eine DGB-Demonstration am 12. Dezember.

GEW Hamburg

Unter Ausschlussdrohung Bundessatzung übernommen

Am 26.11. hat die Landesvertreterversammlung der GEW-Hamburg die Bundessatzung und damit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit 539 Stimmen gegen 116 Neinstimmen und 16 Enthaltungen übernommen. Zuvor hatten die Mitglieder am 22. Mai 75 und die Delegierten auf der 1. Landesvertreterversammlung am 22. September diese Übernahme abgelehnt.

Vorausgegangen war der Annahme der Bundessatzung die massive Erpressung des Bundesvorsitzenden Frister, der unmittelbar nach der letzten Ablehnung den Hamburger Delegierten mit dem Ausschluß des gesamten Landesverbands aus GEW und DGB drohte, wenn nicht bis zum 28. November 75 in Hamburg das Ausschlußrecht Fristers und seines Anhangs im Hauptvorstand unter Dach und Fach ist.

Trotz ihrer Drohung mit dem Ausschluß war sich die GEW-Führung nicht sicher. In Hamburg mußte die Bundessatzung im Gewande eines "Kompromisses" verkauft werden. Der neue Landesvorsitzende Lemke, als "linker Sozialdemokrat" bekannt, der im September nicht zuletzt aufgrund seiner geäußerten Skepsis gegenüber den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen den erklärten Vertreter der Bundessatzung gewählt worden war, pries im Chore mit dem früheren Vorsitzenden Wunder, daß Hamburg in einer eigenen "Fünferkommission" die Ausschlüsse "vorbereiten" darf.

Der frühere Vorsitzende Wunder mahnte den GEW-Bundesvorstand noch einmal, das von der Hamburger Landesvertreterversammlung beschlossene Verfahren einzuhalten. Wie wenig sich aber der GEW-Bundesvorstand um derlei "Kompromisse" schert, wird an folgendem deutlich: Frister erklärte einige Tage nach der Landesvertreterversammlung, auf der letzten Sitzung des GEW-Hauptvorstandes seien sämtliche Ausschlußverfahren der letzten vier Sitzungen bestätigt worden, auch diejenigen, die wegen der Nichtanerkennung der Bundessatzung zurückgenommen werden mußten.

Der richtige Weg gegen die Spaltung der GEW in verfassungstreue und staatsfeindliche Mitglieder war schon im September als Antrag eingebracht worden: nach Ablehnung der Bundesstatzung und unverzüglicher Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, zu der die Mitglieder nach Beratung und Beschlußfassung über die Satzung ihre neu gewählten Delegierten entsenden. Nur so konnte die Isolierung Hamburgs überwunden werden, der Wille der Mitglieder zur Einheit der Gewerkschaft zum Ausdruck kommen.

Vor der Landesvertreterversammlung vom 26.11. gewann dieser Vorschlag dort, wo er ausführlich dargelegt und beraten werden konnte, mehrfach die Mehrheit der Mitglieder für sich, so am 3.11. auf der Fachgruppenversammlung Gymnasien und in vielen Dienststellen.

Die von Frister vertretene Staatsfraktion erhebt ausdrücklich die Zustimmung zur Politik des bürgerlichen Staates zum Gewerkschaftsprogramm. Zwangsläufig muß diese staatstreue Fraktion in der GEW auf Spaltung gehen, wenn die Kollegen sich für ihre Interessen gegen den Staat zusammenschließen.

Auf derselben Landesvertreterversammlung vom 26. November haben die Delegierten fast einstimmig den Hauptvorstand aufgefordert, den Beschluß über die "fördernde Mitgliedschaft" der GEW-Bund wieder aufzuheben. Das Spaltungsinstrument, das Frister sich für den Landesverband Westberlin mit dieser Doppelmitgliedschaft geschaffen hat, soll ihm wieder aus der Hand geschlagen werden. Noch während die Stimmen für die Satzungsübernahme ausgezählt wurden, stand ein satzungsändernder Antrag der Fachgruppe Gymnasien zur Debatte, der die ordentliche Mitgliedschaft forderte für

"– arbeitslose Lehrer und Sozialarbeiter, die bislang nicht Mitglied der GEW waren,

– Kollegen, deren Aufnahme in das Studienseminar abgelehnt worden ist,
– Kollegen, deren Lehrauftrag nicht verlängert wurde".

Auf keinen Beitrag gab es so heftige Proteste unter den Delegierten wie auf einen Beitrag aus den Reihen der staatstreuen Fraktion, in dem die genannten Personengruppen als "Trittbrettfahrer" diffamiert wurden. Viel Beifall fand die Entgegnung eines arbeitslosen Lehrers, daß die Einheit mit den arbeitslosen Kollegen allen Lehrern und Erziehern nützt im Kampf gegen die zunehmende Auspressung und Schikanierung von seiten des Staates – und daß die Satzung der GEW dieser Einheit dienen muß und ihr nicht schaden darf.

Der satzungsändernde Antrag auf Mitgliedschaft der arbeitslosen Lehrer, der nach der Bundessatzung gar nicht "erlaubt" war (Grund genug für die "Kompromißler" jeder Couleur, ihn abzulehnen), fand eine einfache Mehrheit von 320 gegen 284 Stimmen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit war aber nicht erreicht, und der Antrag wurde erneut als Aufforderung an den Bundesvorstand bzw. den nächsten Bundeskongreß gestellt und mit überwältigender Mehrheit angenommen. – (m, Hamburg/Red.)

lung vom 26.11. gewann dieser Vor- burg/Red.)

ÖTV-Forderungen zur Tarifrunde

Frankfurt/M. Am 24. November hat eine Versammlung der Delegierten der Hauptabteilung Gemeinde stattgefunden, an der etwa 40 Kollegen teilnahmen. Von einem Gewerkschaftsfunktionär wurde bekanntgegeben, daß die große Tarifkommission der ÖTV am 7. Dezember zu Vorgesprächen und der Erarbeitung eines Papiers zur Tarifrunde zusammentritt und Mitte Januar 1976 einen Beschluß über die Forderungen fassen will.

Remscheid

Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Niederrhein, 161 Delegierte, die 6 000 ÖTV-Mitglieder vertreten, forderte bei 20 Gegenstimmen, zur Tarifrunde eine Forderung: 12 %, mindestens 140 DM, aufzustellen. Auf dieser Konferenz war der ÖTV-Vorsitzende Kluncker anwesend.

Oldenburg.

Die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität hat zur Tarifrunde 140 DM für alle gefordert, plus 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind.

Außerdem verurteilt die Betriebsgruppe die Beförderungssperre im öffentlichen Dienst im Land Niedersachsen. In einem Antrag zum einheitlichen Dienstrecht wird das Streikrecht für alle Kollegen gefordert.

In einem Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz fordert die Betriebsgruppe: "Die Kreisdelegiertenkonferenz fordert den Hauptvorstand auf, den sogenannten Unvereinbarkeitsbeschluß ersatzlos zu streichen."

Die ÖTV-Betriebsgruppe an der Universität stellt den Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz: Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz legt dem nächsten Gewerkschaftstag den Antrag vor: Die ÖTV tritt für die Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen ein. Begründung: Der 7-Stundentag muß angestrebt werden, weil die zunehmende Arbeitsbelastung durch Rationalisierung, Stelleneinsparungen usw. zu einem erhöhten Verschleiß führt.

Oldenburg. Die Abteilung Justiz der ÖTV beschloß am 26.11.75 als Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz, daß zu dieser Tarifrunde eine einheitliche Tarifforderung für alle gleich aufgestellt wird. Die ÖTV-Betriebsgruppe des Lettischen Jugend- und Kulturzentrums stellte an die Kreisdelegiertenkonferenz den Antrag, für die Tarifrunde mindestens 140 DM für alle zu fordern. Der Unvereinbarkeitsbeschluß soll gestrichen werden, weil er der Einheit der Gewerkschaft entgegensteht und den gewerkschaftlichen Zusammenschluß spaltet.

Bremen.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Finanzverwaltung beschloß: 150 DM mehr für alle.

Heidelberg.

Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz lagen zehn Beschlüsse auf Festgeldforderungen vor. Die Beschlüsse waren von ÖTV-Mitgliederversammlungen in den Betrieben, vom Angestelltenausschuß, vomFrauenausschuß, von der Abteilung Soziale Arbeit und von der Rechtsreferendargruppe aufgestellt worden. Zwischen 120 und 150 DM wurden gefordert. Die Delegierten beschlossen, die Anträge als Material zusammen mit noch eingehenden Forderungen an den Kreisvorstand zu überweisen. An das Tarifsekretariat wurde überwiesen: Die beiden untersten Lohn- und Gehaltsgruppen sind zu streichen sowie alle Sonderregelungen in den Tarifverträgen, die Zeitverträge zulassen. Weiter wurde gefordert: Bei den Tarifverhandlungen soll der Kreisvorstand eine zentrale Kundgebung organisieren, notfalls eine Demonstration oder Teilstreiks. Vor Abschluß des Tarifvertrages soll eine Urabstimmung durchgeführt werden. Die ÖTV muß sich dafür einsetzen, daß auch für die Beamten in Baden-Württemberg die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche gesenkt wird. Der Radikalenerlaß wurde erneut abgelehnt. Aufhebung des besonderen Dienstrechts im öffentlichen Dienst. Für uneingeschränktes Koalitions-, Verhandlungs- und Streikrecht für alle Beschäftigten. 16 Delegierte stimmten dafür, daß der ÖTV-Kreisvorstand seine Erklärung für null und nichtig erklärt, mit der die erneute Kandidatur des jetzigen Oberbürgermeisters Zundel unterstützt werden kann.

Frankfurt.

Die Teilbetriebsversammlung des Jugendsozialwerkes Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Getlenbach hat mehrheitlich eine 150 DM Festgeldforderung aufgestellt, Laufzeit von 11 Monaten.

Wiesbaden

Die Vertrauensleutevollversammlung der Stadtverwaltung Wiesbaden, auf der Vertreter von 16 Betriebsgruppen anwesend waren, hat am 24.11. einstimmig eine Entschließung verabschiedet. Sie wendet sich gegen die Kürzung von Lohnbestandteilen im öffentlichen Dienst, gegen Stellenstreichungen, und unterstützt die Forderung der ÖTV-Betriebsgruppe Kliniken nach der 5-Tage-Woche für alle Beschäftigten bei 8-Stunden-Schicht.

Die ÖTV-Vertrauensleute setzen sich dafür ein, daß bis Ende des Jahres in den Betriebsgruppen über die Höhe der Forderungen zur Tarifrunde beschlossen und deren Durchsetzung diskutiert wird. Der Betriebsgruppenvorstand wird aufgefordert, bis Januar 1976 eine Vollversammlung zur Tarifrunde einzuberufen.

GEW

Keine Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer!

Nordenham

Die Personalversammlung des Schulaufsichtskreises Nordenham hat in ihrer Sitzung am Freitag, 21.11., einstimmig die Erlaßentwürfe des niedersächsischen Kultusministeriums abgelehnt, mit denen die Arbeitszeit der Lehrer verlängert werden bzw. neue Planstellen eingespart werden sollen. Das Kultusministerium beabsichtigt mit diesen Erlaßentwürfen, die Klassenfrequenzen von 25 auf 30 zu erhöhen. Außerdem sollen Elternsprechtage, Dienstbesprechungen und Konferenzen nur noch außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden. Besonders wandte sich die Versammlung gegen die beabsichtigte Aufhebung eines erkämpften Rechts der Personalvertretung, Sitzungen während der Dienstzeit abzuhalten.

Oldenburg

Die Personalversammlung des Staatlichen Studienseminars Oldenburg (Gymnasien) verabschiedete am 11.11.1975 einstimmig eine Resolution gegen den Erlaß des Kultusministers. In der Entschließung heißt es unter anderem: "Dieses Bündel von Maßnahmen bedeutet eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer und auch der Studienreferendare, die wir nicht hinnehmen können. (Die Referendare werden zu vierstündigem selbständigem Unterricht ohne Bezahlung verpflichtet.) Diese Erlasse bedeuten nichts anderes als eine Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Herabsetzung des Lohnes. Durch die Erhöhung der Klassenfrequenzen und die Herabsetzung des Pflichtstundenanteils für die Schüler werden unsere Arbeitsbedingungen enorm verschlechtert. Denn das heißt konkret, daß wir mehr Schülern in kürzerer Zeit den gleichen umfangreichen Unterrichtsstoff beibringen sollen. Verschärft wird die Situation dadurch, daß den eingestellten Lehrern eine immer größer werdende Zahl von arbeitslosen Lehrern gegenübersteht, die finanziell überhaupt nicht abgesichert sind. Die Masse der arbeitslosen Lehrer wird als Druckmittel dafür benutzt, daß die sich im Dienst befindlichen Lehrer den Maßnahmen des Kultusministeriums widerspruchslos sich beugen, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen ..."

In ihren Forderungen wenden sich die Referendare gegen die Maßnahmen und fordern unter anderem die Einstellung aller Lehrer und die gesetzliche finanzielle Unterstützung aller arbeitslosen Lehrer in Höhe des Arbeitslosengeldes.

Oldenburg.

Der GEW-Kreisvorstand hat beschlossen, am 9.12. in Oldenburg eine Demonstration durchzuführen, die sich gegen die Nichteinstellung von Lehrern und die wachsende Lehrerarbeitslosigkeit richtet. Durchgeführt wird diese Demonstration im Rahmen eines Aktionsplans der GEW-Niedersachsen, der für die ersten Dezemberwochen in allen Regierungsstädten und Hochschulorten Kundgebungen vorsieht.

Die GEW-Mitgliederversammlung Speyer vom 13.11. wendet sich in einer Entschließung gegen die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, gegen geplante und schon durchgeführte Rückstufungen von Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, gegen geplante und schon durchgeführte Rückstufungen von Lehrern. So sind die Fachschullehrer und Fachlehrer an den berufsbildenden Schulen rückwirkend ab 1. Juli um eine Besoldungsgruppe zurückgestuft worden. In Rheinland-Pfalz sollen im nächsten Frühjahr alle Absolventen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen keine Stelle an den Grund- und Hauptschulen bekommen. Von den 450 Studienreferendaren für das Lehramt an Gymnasien sollen nur 50 übernommen werden. Die GEW Speyer fordert: zusätzliche Planstellen für Lehrer, Einstellung aller Lehrer.

Zur Tarifrunde fordert die GEW Speyer die anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst auf, gemeinsam mit der GEW Schritte zu unternehmen. Eine Forderung soll aufgestellt werden, die die große Mehrheit der im öffentlichen Dienst Beschäftigten braucht, um ihr Lebensniveau zu halten.

Frankfurt/M.

An der Personalversammlung der Lehrer von 98 Frankfurter Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen nahmen 1 200 Kollegen teil. Ein Beschluß gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer wurde gefaßt, in dem es heißt: "Wir fordern, daß sofort Planstellen geschaffen werden, und zwar so lange, bis die Klassenstärke von 25 Schülern in allen Schulformen und Schultypen erreicht ist." Weiter sprach sich die Personalversammlung dafür aus, daß die Lehrer in Zukunft keine Lehraufträge und andere Nebentätigkeiten mehr annehmen und die vorhandenen Lehraufträge zum 31. Januar 1976 gekündigt werden sollen. So soll Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, ihre Nichteinstellungspolitik zu ändern.

Osnabrück

Auf der Mitgliederversammlung am 18.11.1975 der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Regionalverband Osnabrück-Stadt, beschlossen ungefähr 70 bis 80 Kollegen einstimmig eine Resolution, die sich gegen die Sparerlasse der Landesregierung wendet, die die Arbeitsplatzsituation der Lehrer verschlechtern. Der Antrag richtet sich gegen die Absicht der Landesregierung, unter Umständen die Lehramtsanwärter mit Zeitverträgen usw. abzuspeisen; außerdem plant die Landesregierung, die Lehramtsanwärter, die sie übernehmen will, nur mit 65 Prozent des Gehaltes und befristetem Vertrag einzustellen.

Ein Antrag wurde beschlossen, daß gesetzliche Grundlagen geschaffen werden sollen, daß die arbeitslosen Kollegen 80 Prozent des entsprechenden Gehalts für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten. Mit zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen wurde der Antrag zur Unterstützung der wirtschaftlichen Kämpfe im öffentlichen Dienst angenommen: "Die Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Regionalverband Osnabrück-Stadt, begrüßt und unterstützt den Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, zur Grundlage von Forderungen in der gegenwärtigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst eine Festgeldforderung von 150 DM mehr pro Tarifrunde zu machen und sichert den Kollegen von der ÖTV Unterstützung bei allen erforderlichen Schritten zu, um diese Forderung durchzusetzen."

Rheinland-Pfalz.

In den nächsten zwei Jahren will die Landesregierung nur 624 Referendare auf Planstellen unterbringen. Den restlichen 1.300 wird angeboten, für 1 000 DM brutto Teilzeitunterricht zu halten. Zum Vergleich, ein Referendar am Gymnasium bekommt für maximal 12 Wochenstunden Unterricht 1 200 DM netto. Ein Teilzeitlehrer wird für 11 Stunden bare 690 DM erhalten. Für die Ausbildung ihrer Kinder sollen die Eltern verstärkt geschröpft werden: Zwei Jahre lang wird die (ohnedies nicht voll durchgeführte) Lehrmittelfreiheit für das erste und zweite Kind einer Familie ausgesetzt.

Das Arbeitsamt verhängt immer mehr Sperrfristen

Hannover. Immer rücksichtsloser gehen die Arbeitsämter dazu über, die Arbeitslosen um ihre Rechte zu betrügen und sie zu zwingen, sich als Lohndrücker einsetzen zu lassen. Dazu dient vor allem die Verhängung von Sperrzeiten.

Am Arbeitsamt in Hannover z.B. ist die Zahl der verhängten Sperrzeiten von Januar bis Juli 1975 auf 253 gestiegen. das ist mehr als das Dreifache gegenüberdem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Insgesamt sind in diesem Jahr bereits 160 000 Sperrzeiten im Bundesgebiet verhängt worden.

Praktisch sieht das z.B. so aus:

Eine Frau hat bei der Stadt zu BAT V b gearbeitet. Das Arbeitsamt vermittelt ihr eine Stelle, wo sie zu BAT VII bezahlt werden soll.

Weil die Frau das abgelehnt hat, bekam sie eine vierwöchige Sperrfrist aufgebrummt. Beim zweiten Mal würde ihr die Arbeitslosenunterstützung überhaupt gestrichen.

Eine andere Frau wurde zu Telefunken in Hannover vermittelt. Arbeitsbeginn 5.45 Uhr. Die Frau hätte einen Arbeitsweg von jeweils einer Dreiviertelstunde gehabt. Sie hätte um 4.30 aufstehen müssen und wäre erst gegen 15 Uhr zu Hause gewesen. Weil sie Kinder hat und Hausarbeit zu erledigen, hat sie das abgelehnt. Sperrfrist. Bis zu einer Stunde Anfahrtszeit, also zwei Stunden Fahrtzeit am Tag, sei zumutbar.

Ein Mann lehnte das Angebot einer Arbeit bei einer Autofirma wegen unerträglicher Arbeitsbedingungen ab. Er bekam eine Sperrzeit. Innerhalb von zwei Tagen haben noch drei andere Arbeitslose aus demselben Grund die Arbeit dort abgelehnt. Um noch besser mit der Verhängung von Sperrfristen hantieren zu können, werden jetzt auch neue Vermittlungsvorschlagskarten ausgegeben. Früher stand da bloß drauf, die Kapitalisten möchten doch mitteilen, warum keine Einstellung zustandekam. Die häufige Antwort "nicht geeignet" ist dem Arbeitsamt zu ungenau. Jetzt sind auf der Karte Rubriken: "nicht eingestellt, Grund: bei Lohn-/Gehaltswünschen keine Übereinstimmung; mein Angebot ... Bewerber(in) hat abgesagt; über Besetzung bereits anderweitig entschieden; seit ...; fachliche Gründe sprechen dagegen, insbesondere ...; sonstige Gründe."

Zweck dieser neuen Karten, so das Dienstblatt, sei, daß "künftig mehr als bisher die tatsächlichen Gründe für die Nichteinstellung genannt werden". Daß dabei den Kapitalisten von vornherein mehr geglaubt wird als den Arbeitern, versteht sich.

Eine Frau wurde z.B. zu einem Nahrungsmittelbetrieb geschickt. Als sie sich (als eine unter neun anderen) dort vorstellen wollte, sagte ihr ein leitender Angestellter auf der Treppe, sie könne gleich wieder gehen, der Arbeitsplatz sei schon besetzt. Dem Arbeitsamt teilte der Betrieb mit, sie sei zur Vorstellung gar nicht erschienen. – (m., Hannover)

Westberlin: Mitgliederversammlung der IG Druck beschließt Demonstration

Westberlin. Am Montag, dem 1. Dezember, fand erstmals seit zwei Jahren wieder eine allgemeine Mitgliederversammlung des Landesbezirks Berlin der IG Druck und Papier statt, zu der etwa 600 Kollegen gekommen waren. Nach dem Eröffnungsreferat des Gewerkschaftsvorsitzenden Mahlein, das im wesentlichen aus wehleidigem Klagen über die schlechte Lage bestand, daß man nichts machen könne und hoffen solle usw., begann die Diskussion, zu der sich über dreißig Kollegen zu Wort meldeten.

Nach fünfstündiger Diskussion waren die Alternativen klar: entweder gar nichts tun, abwarten, hoffen oder bis spätestens Ende Januar als Auftakt und Zusammenfassung der Kräfte eine gewerkschaftliche Demonstration gegen die Angriffe der Druckkapitalisten zu organisieren unter folgenden Hauptforderungen:

Für den Siebenstundentag! Verbot der Überstundenarbeit! Erhöhung des Arbeitslosengeldes um mindestens 15 Prozent für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Darüberhinaus sollen auf der Demonstration die speziellen Forderungen aus den einzelnen Betrieben getragen werden. Eine Resolution dieses Inhalts wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen. In einer weiteren Resolution wurden die folgenden Forderungen der zentralen Jugendgruppe der IG Druck und Papier für Westberlin bekräftigt:

Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr! Zweiter Berufsschultag, an dem insbesondere der praktische Teil der Ausbildung ausgeweitet werden soll! Recht der jugendlichen Arbeitslosen auf eine Facharbeiterklasse ihrer Wahl! Möglichkeit, die Facharbeiterprüfung in der Berufsschule abzulegen! Arbeitslosengeld für arbeitslose Schulabgänger! Recht der Gewerkschaft, auf dem Gelände der Berufsschule aufzutreten!

Mit großem Beifall wurden zwei Betriebsräte von Madsack (Hannover) begrüßt, die kurz die Erfolge ihres Streiks schilderten und die Forderung nach dem Siebenstundentag bekräftigten. – (h., Westberlin)

Das Ende der "Überbetrieblichen Ausbildungsstätte Wolfsburg GmbH"

450 bei VW ans Band - Ausbildung nicht mehr nötig

Wolfsburg. Seit Wochen findet zwischen der Stadt Wolfsburg, dem DGB, der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer eine Auseinandersetzung um die "Überbetriebliche Ausbildungsstätte Wolfsburg GmbH" statt. Was liegt dieser Auseinandersetzung zugrunde?

Im Frühjahr dieses Jahres war diese GmbH von den genannten Gesellschaftern gegründet worden. Projektiert war, eine Ausbildungswerkstatt zu schaffen, um 120 arbeitslosen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben. "Denn zu der Flut der Schulabgänger kämen im nächsten Jahr noch rund 450 Jungen und Mädchen hinzu, die sich jetzt im Berufsbildungsgrundjahr befinden bzw. an anderen berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen." (Stellungnahme des DGB)

Offenbar um dem Druck der Öffentlichkeit auszuweichen, wurde dieses Projekt beschlossen. Doch bereits im Juni dieses Jahres meldete die IHK Bedenken an. Ende September platzte dann alles: Die IHK stellte ihren Gesellschaftsanteil zur Verfügung. Damit ist das Projekt gescheitert, bevor es überhaupt erst richtig begonnen hat.

Bundesmittel, wo bleibt ihr?

Auf den ersten Blick ist das Scheitern der ganzen Sache verwunderlich, da der Gesellschaftsanteil der IHK, der gerade 3 000 DM (!) beträgt, sicher auch anders aufzubringen ist. 3 000 DM sind auch keine große Summe, zumal es um ein Zehn-Millionen-Projekt geht. Die Finanzierung hatte man sich deshalb wie folgt ausgeklügelt: Durch die gemeinsame Beteiligung von Stadt, DGB und IHK bekam das ganze Projekt zunächst das "Prädikat" "im Bundesgebiet einmaliger Modellversuch". Für diesen Modellversuch wollte man Bundes- und Landesmittel locker machen. Die Stadt spekulierte damit auf ein billiges zusätzliches Berufsschulgebäude, die IHK spekulierte darauf, daß durch dieses Projekt die öffentliche Kritik an der Berufsausbildungspolitik der Kammern aufgefangen werden könnte. Ansonsten war auch alles in Butter, zumal auch die richtigen Leute wieder an den richtigen Posten saßen. Oberstadtdirektor Hasselbring z.B. war, wie sollte es anders sein, Aufsichtsratsvorsitzender geworden. Mit dem Rückzug der IHK ist es aber unmöglich geworden, das Projekt überhaupt zu finanzieren, da es ohne die IHK kein Modellversuch mehr ist und die Bundesmittel nur kommen, wenn es ein Modellversuch ist.

Ich wollte, es wäre Nacht oder die Bundesmittel kämen

Das mag so mancher der wackeren Spekulanten im Rathaus denken, denn es ist bitter. Alle Welt bekommt Bundesmittel, jeder Kapitalist kann den Staatshaushalt anzapfen und Gelder locker machen, aber wenn es die Stadt versucht, will es einfach nicht klappen! 15 Millionen für das Allerbad sind nicht genehmigt worden, nun auch noch das geplante Projekt Überbetriebliche Ausbildungswerkstatt ohne Geld. Bundesmittel braucht die Stadt aber auch für das Industriegelände im Barnbruch, für die Rathauserweiterung, für den Cityausbau und fürs Krankenhaus, aber auch hier ist noch nichts klar.

Wie begründet nun aber die IHK ihren Rückzug?

Zunächst hatte die IHK als Begründung angegeben, daß die Zahl der offenen Lehrstellen größer sei als die der Bewerber: "Es gibt 93 offene Ausbildungsplätze, dagegen suchen noch 145 einen Ausbildungsplatz." (Hennings, IHK-Hauptgeschäftsführer) Das muß doch einleuchten, daß da mehr Stellen offen sind als gesucht werden, denn die fünfzig, die da über sind, sind aufgrund ihrer schulischen Leistungen nicht "berufsbildungsfähig", sprich zu blöd, erklärt die IHK.

Später geht es dann um die Bundesmittel. Die IHK wirft dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hasselbring vor, falsche Zahlen genannt zu haben. Die Inanspruchnahme von Bundesmitteln würde nach Auffassung der IHK zu einer nicht zu vertretenden Verschuldung der Stadt Wolfsburg führen. Schützenhilfe bekam die IHK dann auch von vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, da es, erklärt, es sei aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in der Lage, das Projekt zu finanzieren, da eine spätere Nutzung des Gebäudes als Schule nicht ginge. (Wolfsburger Nachrichten, 20. November)

Wo sind die 450 geblieben, von denen zu Beginn des Projekts immer gesprochen wurde?

Im VW-Werk! Es liegt auf der Hand. Einen Monat nach der Entscheidung des IHK-Präsidiums heißt es, VW stelle 450 Jugendliche für die Produktion ein. Frisches Menschenmaterial für die Akkordmühle! In die niedrigste Lohngruppe eingestuft, sollen sie den anderen die Akkorde kaputtmachen.

Im Präsidium sitzt H. Backsmann vom VW-Vorstand! Der Berufsbildungsausschuß der IHK, der paritätisch (sechs Kapitalvertreter, sechs Gewerkschaftsvertreter) besetzt ist, stimmt zunächst mit der Stimme von Dr. Berger (VW-Ausbildungsabteilung) mit sieben zu fünf für das Projekt. Nachdem die Entscheidung über die Neueinstellung bei VW gefallen ist, die ersten Jugendlichen bereits eingestellt sind, stimmt der Berufsbildungsausschuß noch einmal ab und siehe da, jetzt stimmt auch der VW-Vertreter gegen das Projekt! Offenbar hat man neue Daten bekommen: 450 am Band stop Ausbildung nicht mehr nötig stop Öffentlichkeit durch VW-Einstellungen beruhigt.

Der Katzenjammer

In der Öffentlichkeit wird die Finanzierungsfrage weiter diskutiert, die Rechtsexperten streiten sich, denn Hasselbring will die Bundesmittel, koste es, was es wolle. Die IHK wehrt sich mit allen Mitteln, und für die Reformisten und Revisionisten von SPD und DKP bleibt der Katzenjammer über eine weitere zerplatzte Illusion. "Die IHK sabotiere den Versuch der Sozialpartnerschaft und der Wirtschaft gehe ein großer Bauauftrag verloren", jammern sie.

Solange die Berufsausbildung Privatsache der Kapitalisten ist, gibt es keine Verbesserung für die Arbeiterjugend

Dieser Satz beweist sich wieder einmal am Beispiel der "Überbetrieblichen Ausbildungswerkstatt GmbH"! Es war immer das liebste Kind von Reformisten und Gewerkschaftsführung, es war nie das Projekt der Arbeiterjugend. Mit ihrer Beteiligung am Schulstreik haben die Wolfsburger Berufsschüler klargelegt, daß es darum gehen muß, dem bürgerlichen Staat ein Gesetz abzutrotzen, worin er das Recht auf Ausbildung der Arbeitskraft anerkennt und ein Schulwesen zugesteht, in dem das Recht verwirklicht werden kann.

Es darf nicht mehr sein, daß die Kapitalisten darüber entscheiden können, ob und wie die Jugend ausgebildet wird! – (e., Wolfsburg)

Carl-Severing Berufsschüler kämpfen gegen den § 218

Bevormundung zurückgewiesen

Bielefeld. Schon im letzten Schuljahr hat die Schülermitverwaltung der Carl-Severing-Schule (metallgewerbliche Abteilung) die Berufsschüler zum Kampf gegen den § 218 aufgefordert und aufgerufen, das Komitee gegen den § 218 zu unterstützen.

Nun hat sich in der letzten Woche der Kampf gegen diesen Unterdrückungsparagrafen an der Carl-Severing-Schule zugespitzt. Folgendes war geschehen: Die Klasse E-F 72.6. hatte über Kampfschritte gegen den § 218 beraten und beschlossen, in der Schule Plakate aufzuhängen, die zum Kampf gegen den § 218 aufforderten.

Die Plakate hingen aber nicht lange. Der Direktor der Abteilung für Gestaltung riß sie eigenhändig ab. Er berief sich hierbei auf sein Recht als Hausherr. Wenn er meinte, so könne er die Diskussion unter den Berufsschülern und die Verbreiterung des Kampfes gegen den § 218 verhindern, hatte er sich aber gründlich verrechnet. Das Gegenteil trat ein.

Die Klasse E-F 72.6. ließ sich diese politische Bevormundung nicht gefallen. Die Klasse schrieb eine Wandzeitung, die in der Pausenhalle aufgehängt wurde. In dieser Wandzeitung protestierte die Klasse gegen das Abreißen der Plakate gegen den § 218, stellte dar, daß es sich beim § 218 um einen Paragrafen zur Unterdrückung des Volkes handelt und daß dieser Unterdrückungsparagraf nur durch den entschlossenen Kampf des Volkes zu Fall gebracht werden kann. Die Schülermitverwaltung wurde aufgefordert, Vertreter des Komitees gegen den § 218 in die Berufsschule einzuladen.

Vor der Wandzeitung bildeten sich in den Pausen größere Trauben von Schülern, die über das Vorgehen des Direktors empört waren und über den § 218 diskutierten. Viele gaben auch ihre Unterschrift unter die Forderungen der Komitees gegen den § 218.

Darauf protestierte auch die Klasse E-S 72.1. gegen die politische Zensur des Direktors der gestaltenden Abteilung, unterstützte das Vorgehen der Klasse E-F 72.6. und sprach sich für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 aus.

Am Dienstag, dem 18. November, war Schülerratssitzung. Die Schülermitverwaltung bekräftigte ihren Aufruf vom letzten Schuljahr zum Kampf gegen den § 218 und faßte den Beschluß, Vertreter des Bielefelder Komitees einzuladen zu Diskussionsveranstaltungen an der Berufsschule.

Daß gegen offene Befürworter des § 218 ganze Berufsschulklassen in die Offensive gehen und sich nicht den Mund verbieten lassen, zeigt: Die Arbeiterjugend kämpft gegen diesen Paragrafen, weil für sie die Schikanen und Bevormundungen, die dieser Paragraf für das Volk bedeutet, besonders fühlbar sind. – (h., Bielefeld)

Waiblingen: Die Gemeinderäte gerieten sich in die Wolle

Wyhl: Verhandlungen mit der Landesregierung

Vertraulich soll's gehn

Emmendingen. Am 24.11.1975 fand in Emmendingen die zweite Verhandlung zwischen der Kleinen Verhandlungskommission der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und Vertretern der Landesregierung und der Kraftwerk Süd statt. Ergebnis der Verhandlungen war, daß in Zukunft gemeinsame Erklärungen herausgeben werden und die Gespräche vertraulich behandelt werden. Vertraulich soll's also in Zukunft zugehen. Die Kleine Verhandlungskommission muß befürchten, daß das Mißtrauen in diese Verhandlungen am Kaiserstuhl wächst. Deshalb erklärte sie auch gleich bei der nächsten Bürgerinitiativensitzung, daß sie weiter daran festhalten wird, das Kernkraftwerk zu verhindern. Die Bürgerinitiative Oberrotweil forderte in einer Erklärung, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären, wenn seitens der Landesregierung nicht klar gesagt wird, daß alle Zivil- und Strafverhandlungen eingestellt werden. Vorbereitet wird am Kaiserstuhl, daß überall wieder Schilder gegen das Kernkraftwerk aufgestellt werden.

Am 13. Dezember wird in Freiburg ein Aktionstag stattfinden, wo die Landwirte ihre Produkte verkaufen und wo Stände gegen das Kernkraftwerk aufgestellt werden. Deshalb mußte die Kleine Verhandlungskommission manövrieren, wollte sie nicht Gefahr laufen, sich zu isolieren. In einer Erklärung stellt sie im ersten Satz fest: "Die Bürgerinitiativen sind weiter entschlossen, den Bau des KKW zu verhindern", wo es bisher immer hieß, man werde ins Hauptsacheverfahren gehen und das Urteil abwarten. Die weiteren Sätze stellen dann wieder klar, daß die Kleine Verhandlungskommission an diesem Ziel festhält. Es heißt, daß solange nicht mit dem Bau begonnen werden darf, solange nicht aufgrund unabhängiger Gutachter feststeht, daß vom Kernkraftwerk keine Gefahren ausgehen. Und weiter heißt es, man werde gegen die Nachfolgeindustrie eintreten.

Bis zum 31. Januar sollen die Verhandlungen beendet sein. Dort ist dann auch die Manövrierfähigkeit der Kleinen Verhandlungskommission beendet, weil sie dann klarlegen muß, Kernkraftwerk ja oder nein. Die Zeit bis dorthin wird genutzt werden. – (r., Emmendingen)

Die Gemeinderäte gerieten ins Schleudern

Gemeinderat mit der Forderung: keine Gebührenerhöhung! konfrontiert / Sitzung geplatzt

Waiblingen. Anders als es sich die Stadträte gedacht hatten, verlief die Sitzung des Gemeinderats, in der über verschiedene Gebührenerhöhungen Beschluß gefaßt werden sollte.

Diesmal war die Zuschauertribüne voll besetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung übergab die Sekretärin der Ortsgruppe des KBW eine Liste mit über 300 Unterschriften, die in wenigen Tagen vorher gesammelt worden waren. Auf einem roten Transparent, auf der Tribüne entrollt wurde stand die Forderung: **Keine Gebührenerhöhung für die arbeitende Bevölkerung in Waiblingen!** Als die Genossin Heckh versuchte, die Forderung in einem Redebeitrag zu erklären, schnitt ihr OB Gauß sofort das Wort ab und rief auf der Stelle den Ältestenrat zur Sitzung zusammen. Über eine Stunde haben sie gegrübelt, wie sie es nun machen sollten. Sie wollten sich aber nicht von niemand einschüchtern. Immer wieder wurde die Parteienvertreter an ihre Versprechungen vor den Wahlen erinnert. Die Herren Räte wurden immer unruhiger, der zweite Bürgermeister Wössner drohte der Ortssekretärin des KBW mit eigenhändigem Hinauswurf.

Bei der Beratung über die Erhöhungen bei Frischwasser und bei Abwasser konnten sich die Stadträte dann aber nicht mehr einig werden, wieviel sie den Massen zusätzlich abknöpfen sollten. Obwohl sie alle für Erhöhung gesprochen hatten, fand keiner der Anträge, die, jeweils um Pfennige sich unterschieden, die erforderliche Mehrheit. Die CDU wollte keinen Pfennig runter von der geplanten Erhöhung, andererseits aber auch nicht allein die Verantwortung tragen. Sie einigten sich. Ergebnis: keine Erhöhung beim Frischwasser. Nur beim Abwasser kam ein Beschluß über eine Gebührenerhöhung zustande.

Dann stand die Erhöhung der Freibadeintrittspreise auf der Tagesordnung. Dabei kam ans Licht, worüber der Ältestenrat so lange gegrübelt hatte. Weil bei dieser Erhöhung eh nur 27 000 DM rausspringen würden, hatten sich alle Parteien darauf geeinigt, die Badepreise zu lassen. Damit sollte der "Volkszorn" gedämpft werden, hatten sie sich gedacht. Weil nun aber die viel profitablere Wasser-Erhöhung geplatzt war, wollten die CDU und der Oberbürgermeister von der getroffenen Abmachung nichts mehr wissen. Da gerieten sie sich dann vollends in die Wolle und beschimpften sich gegenseitig, weil die Abstimmung vorher geplatzt war. Als schließlich der SPD-Fraktionsvorsitzende Schuhman die CDU wegen ihrer Enthaltung als "Nullen" betitelte, geriet die CDU vollends aus dem Häuschen, die CDU-Räte packten ihre Akten zusammen und verließen den Saal. Die Sitzung war geplatzt. Jetzt soll am 18. Dezember weitergetagt werden. Der Oberbürgermeister hat inzwischen Einspruch gegen die Nichterhöhung der Wasser-Tarife eingelegt.

Als die Ortsgruppe des KBW am Samstag mit Bildern von der Gemeinderatssitzung berichtete, gab es viel Gelächter und Zustimmung. Gleichzeitig wurden weitere 80 Unterschriften gesammelt. "Des hosch guet g'macht", meinte ein älterer Mann zu der Genossin Heckh, "mir kennet doch net emmer Hugoles mit ons mache lasse".

Prof. Schweizer, MdB (SPD): "Letztlich ist das Mord."

Der Professor erhielt die passende Antwort

Köln. Auf Initiative des Uni-Komitees gegen den § 218 wurde Professor Schweizer – Politologe, Mitglied des Bundestages (SPD) – in der letzten Woche in seiner Lehrveranstaltung gefragt, wie er sich in der Parlamentsdebatte über die Neufassung des § 218 zum Willen des Volkes nach Abschaffung des Paragraphen stellt.

Konfrontiert mit der Forderung nach Abschaffung des § 218 durch Volksentscheid meinte er sofort: "Der Volksentscheid steht nicht in der Verfassung!" und versuchte damit die Diskussion über die Verfassung. Das gelang ihm allerdings nicht. Er wurde aufgefordert, sich zu dem durch und durch ungerechten Paragrafen zu äußern. Zunächst lobte er daraufhin den Regierungsentwurf des § 218 und behauptete, die Indikationen, besonders die "soziale Notlagenindikation" würden für alle, die es aus sozialen Gründen nötig hätten, die Abtreibung ermöglichen. Weshalb dann dieser Strafparagraf? Weil eben nicht allen die Abtreibung ermöglicht werden soll, sondern nur bei "schwerwiegender" Belastung des "Pflichtigen", die über die "Normalsituation, mit der jeder fertig werden muß" hinausgeht (so in der Urteilsbegründung des BVG).

Als Prof. Schweizers Argumente zerplatzten wie Seifenblasen, da wurde er deutlicher: "Selbstverständlich muß die Abtreibung grundsätzlich strafbar bleiben, letztlich ist das Mord."

"Wohin kämen wir sonst, die Würde des ungeborenen Lebens muß doch vom Staat geschützt werden, sonst würden die Frauen noch im 5., 6. und 7. Monat abtreiben." "Und wenn jemand sich lieber einen VW kaufen will, als ein Kind zur Welt bringen, ja dann bin ich natürlich dagegen."

So ein Abgeordneter geht hin und redet von der Würde des Menschen und Mord. Die Würde der magenkranken Arbeiterfrau H. aus Deutz z.B., die sich kein viertes Kind mehr leisten kann und tagelang von Amt zu Amt hin- und herlaufen muß, um dann zu hören, daß sie gesund sei und das Kind nur austragen solle, kümmert ihn wenig. (Kein Wunder – bei den sicher über 10 000 DM Diäten und Professoren-Gehalt, die er einstreicht.) Wenn die Frau dann gezwungenermaßen zum Pfuscher geht und vielleicht stirbt, ist das dann menschenwürdig oder ist das dann nicht vielmehr Mord durch den § 218?

Folgende Resolution wurde am 24.11. im Seminar von Prof. Schweizer mehrheitlich verabschiedet:

"Die Teilnehmer des Hauptseminars 'Die Außenpolitik der USA am Beispiel des Vietnam-Konflikts', das von dem Bundestagsabgeordneten Prof. C.C. Schweizer durchgeführt wird, erklären nach der Diskussion in seinem Seminar über den Gesetzentwurf zum § 218, daß sie nicht einverstanden sind mit diesem Entwurf, der vom Parlament (mit geringen Änderungen versehen) verabschiedet werden wird. Dieser Entwurf zementiert den Strafparagrafen 218 und damit die Strafverfolgung für diejenigen, die aufgrund der schlechten Verhältnisse gezwungen sind, abzutreiben. Er setzt sie weiterhin der Bevormundung durch die Ärzteschaft und die Fürsorgebehörden aus.

Die Seminarteilnehmer fordern die Abschaffung des § 218 und die Beseitigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Den Bundestagsabgeordneten Schweizer fordern sie auf, sich auf der Veranstaltung der Kölner Komitees gegen den § 218 am 10.12. der öffentlichen Diskussion zu stellen. Ihre Kommilitonen fordern sie auf, an dieser Veranstaltung zahlreich teilzunehmen und die Forderung nach Streichung des § 218 zu unterstützen." – (c., Uni-Komitee gegen den § 218 in Köln)



Komitees gegen § 218 enthüllen Praktiken Hamburger Ärzte

Jetzt schreien sie „Terror"

Hamburg. Am 21. November veröffentlichte die "Bild"-Zeitung in ihrer Hamburger Ausgabe einen Artikel unter der Überschrift "Abtreibung in Hamburg: Terror gegen Ärzte!"

Darin heißt es u.a.: *"Durch Plakate und Aktionen terrorisiert die 'Arbeitsgruppe Eimsbüttel gegen den § 218' jetzt Hamburger Ärzte, weil sie nicht immer bereit sind, Schwangerschaften zu unterbrechen. In einigen Fällen waren Mitglieder der Arbeitsgruppe während der Sprechstunden in die Praxis gegangen, um mit den Ärzten zu diskutieren. Dr. Peter Homelhoff: 'Sie gaben sich als Patienten aus, wollten aber über den Abtreibungsparagrafen diskutieren. Ich fühlte mich bedrängt und holte die* Polizei.' " Ähnlich sei es einem Professor Martin, Chefarzt am Allgemeinen Krankenhaus Barmbek, ergangen.

Besagter Dr. Homelhoff ist in Eimsbüttel und Eppendorf bekannt dafür, daß ihm die Polizeiuniform, die der neue Entwurf des Strafgesetzes 218 den Ärzten umhängt, ausgesprochen gut steht. Daß er Frauen, die ein Gutachten zur Abtreibung von ihm verlangen, schikaniert und auf dem Standpunkt steht, den Ärzten müsse die Entscheidung überlassen bleiben, ob eine Abtreibung möglich sei.

Von Professor Martin, Chefarzt des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek, wurde enthüllt, daß er Abtreibungen nur durchführt, wenn sie mit einer Sterilisation der Frau verbunden sind.

Wegen dieser Schandtaten haben Arbeitsgruppen des Hamburger Komitees gegen den § 218 die genannten Ärzte während ihrer Sprechstunde aufgesucht, um sie zur Rede zu stellen. Was sie dabei erfuhren, haben sie veröffentlicht.

Offensichtlich wurden die Herren durch die Aktionen des Komitees empfindlich getroffen. Sie sind es gewohnt, durch die Staatsautorität gedeckt in Fragen der Abtreibung dem Volk als Richter und Vormund gegenüberzutreten. Sich die Frauen einzeln vorzuknöpfen und zu demütigen. Ihnen mit ihrem elenden Gerede von *"um eines nichtigen materiellen Vorteils willen wollen Sie ungeborenes Leben vernichten"* moralisch das Rückgrat zu brechen.

Mit dem neuen Gesetz und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil im Rücken, so hatten sie gedacht, würde ihnen dies Geschäft in Zukunft leichter von der Hand gehen. Darin haben sie sich geirrt. Sie werden zur Rede gestellt, und ihre Schandtaten werden ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Nun schreien sie Terror und fordern die Staatsmacht auf, der Bewegung gegen den § 218 Einhalt zu gebieten.

Wenn die vom bürgerlichen Staat zur Unterdrückung des Volkes eingesetzten Ärzte unter dem Druck der Bewegung gegen den § 218 ins Schwitzen kommen, ist das für das Volk ausgezeichnet. Wenn sie dann aufschreien und "Terror" rufen, kann man sicher sein: Solche Sorte "Terror" wird ihnen gewiß nicht erspart bleiben. – (l., Hamburg)

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Heidelberg fordert Volksentscheid gegen Paragraf 218

Heidelberg. Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Heidelberg hat nach längerer Debatte mehrheitlich verschiedene Anträge zum Kampf gegen den § 218 verabschiedet und an den Hauptvorstand und die Kreisleitung weitergeleitet. Beschlossen wurde ein Antrag, in dem es heißt:

"Wir begrüßen und unterstützen die Forderungen und Aktionen der Komitees gegen den § 218 und fordern die Kreisleitung der ÖTV Heidelberg auf, sich gleichfalls an diesem Kampf zu beteiligen und diese Forderungen zu unterstützen.

Weg mit dem § 218!
Schwangerschaftsunterbrechung auf Kosten der Krankenkassen!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Volksentscheid gegen den § 218!"

Beschlossen wurde, vor der Landtagswahl eine Podiumsdiskussion mit Politikern der verschiedenen Parteien durchzuführen. Ebenso beschlossen wurde ein Antrag, in dem es heißt: "Der nächste Mai muß mit unter dem Zeichen des § 218 stehen."

Oldenburg. Die ÖTV-Betriebsgruppe des Lettischen Jugend- und Kulturzentrums hat in einem Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 und nach einem Volksentscheid gegen den § 218 beschlossen.

Oldenburg. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Oldenburg hat einen Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz beschlossen, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert und die neuen Gesetzentwürfe zum § 218 verurteilt werden.



Mutter behinderter Kinder zweimal eine Abtreibung verweigert, weil sie katholisch ist

‚Eine Abtreibung verkraften Sie seelisch nicht'

Hamburg. Frau D. wohnt mit ihrem Mann und drei Kindern in Hamburg-Langenhorn. Das älteste Kind ist gesund, die beiden anderen sind behindert. Mit dem vierten Kind geht sie schwanger. Frau D. ist in einem katholischen Heim aufgewachsen, arbeitete als Sozialhelferin in einer katholischen Gemeinde und bezeichnet sich selbst als "an die Religion stark gebunden". In einem Gespräch mit einem Mitglied des Arbeitskreises Langenhorn des Komitees gegen den § 218 Hamburg schildert Frau D. die Umstände, die sie zwangen, sich um eine Abtreibung zu bemühen.

"Ich bin jetzt 27 Jahre alt und habe drei Kinder, davon sind zwei behindert. Mein Sohn Markus ist 50 Prozent geistig und körperlich behindert. Durch eine Steißgeburt hat er zu wenig Sauerstoff bekommen, und mit jeder Minute, die das Kind keinen Sauerstoff bekommt, sterben im Gehirn Zellen ab, die nicht wieder regeneriert werden können. Dann hat er eine Rachitis gehabt, die von den Ärzten nicht erkannt wurde. Das hat bei Markus dazu geführt, daß die eine Schädelhälfte total weich wurde und verplattete. Die Folgen waren Lähmungen, fast total, und jetzt Sprachstörungen und geistige Behinderung, deren Ausmaß noch nicht abzusehen ist. Markus ist jetzt vier Jahre alt. Das Kind war drei Monate alt, als ich mit ihm zum Arzt gegangen bin. Da sagte der Arzt: 'Ja, geben Sie dem Kind man Vigantol.' Das hatte keinen Erfolg. Dann merkte ich, daß der Kopf weich wurde wie ein Gummiball. Als ich beim Arzt war, sagte der nur: 'Ja, geben Sie dem Kind Vigantol und packen Sie ihm Sandsäcke ins Kreuz.' Nach dem Vigantol-Stoß wurde es schlimmer. Dann haben wir beim Hausarzt eine Einweisung ins Krankenhaus beantragt. Da hat der geschrieben: 'Auf ausdrücklichen Wunsch der Mutter, ohne ärztliche Begründung'. Damit sind wir bei der Krankenkasse nicht durchgekommen. Da haben wir einen Unfallwagen geholt und haben ihn mit Gewalt reingebracht, hier ins Heidberg. Dort hat Dr. Gidion sich das Kind angesehen und gesagt: 'Das ist viel zu spät, wir werden den Jungen wahrscheinlich nicht durchbekommen. Er wird sein Leben lang geschädigt sein.'

Christine, mein drittes Kind, ist jetzt zwei Jahre und neun Monate, auch eine Steißgeburt. Ich hatte vorher gesagt, sie sollten einen Kaiserschnitt machen, weil der Frauenarzt dazu geraten hatte. Das haben sie aber nicht gemacht. Sie haben gewartet bis zur letzten Minute. Neben mir stand ein Priester. Die Kleine hat heute eine mongoloide Mischform und ist wie Markus spastisch gelähmt.

Wir hatten eine Abtreibung beantragt. Wir hatten Markus als behindertes Kind und Martina, unser erstes Kind, das gesund ist. Wir lebten in einer Zweizimmerwohnung. Dazu ist es uns noch finanziell sehr dreckig gegangen durch Baukostenzuschuß und Anschaffungen, wie sie in jeder Ehe notwendig sind. Vor allem hatte mein Mann Angst vor dem Risiko, daß noch ein behindertes Kind kommt.

Als ich dann das dritte Kind abtreiben lassen wollte, bin ich zunächst zum Hausarzt gegangen. Der hat die Schwangerschaft überhaupt nicht erkannt, obwohl ich im fünften Monat war. Er hat mir ganz starke Kopf-
war. Er hat mir ganz starke Kopf-
schmerztabletten verschrieben, teilweise morphiumhaltig. Ich habe sie nicht genommen, weil ich um die Schwangerschaft wußte. Dann habe ich ihn auf die Bewegungen hingewiesen, da sagte er: 'Um Gottes Willen, nehmen Sie nicht die Medikamente!' Da war ich mittlerweile im sechsten Monat. Dann hat er mich zum Psychiater geschickt, ob ich dem nervlich überhaupt gewachsen bin, eine Abtreibung durchzustehen. Und die sind zu dem Schluß gekommen, daß ich durch die kirchliche Bindung das seelisch nicht verkraften würde. Daraufhin haben sie es abgelehnt."

Über ihre finanzielle Lage berichtet Frau D.: "Wir haben bei Markus die Behandlung die ersten Jahre ganz selbst bezahlt, weil die Krankenkasse ihn als hoffnungslosen Fall abgestempelt hatte, nachdem Dr. Gidion gesagt hatte, das ist hoffnungslos, mit dem Jungen wird es nichts mehr.

Dann haben wir die Krankengymnastik selbst bezahlt. Pro Viertelstunde 25 Mark. Dann die ganzen Arztkosten, die Taxikosten. Wir haben manchmal für eine Taxifahrt 35 Mark bezahlt. Wir haben manchmal drei, vier, fünf Behandlungen in der Woche gehabt, ganz abgesehen von meinem Haushalt. Mein Mann hat jetzt 1 400 Mark. Er ist beim Krankenhaus angestellt als Gärtner. Wir haben jetzt Unkosten von etwa 600 Mark. Die Kosten für die Behandlung von Markus übernimmt jetzt größtenteils die Sozialbehörde. Eine psychotherapeutische Behandlung kostet 60 Mark, das ist eine Dreiviertelstunde. Die Sprachtherapie kostet zwischen 25 und 85 Mark, da ist sehr schwer ranzukommen. Dann kommt die Frage: Wohin mit dem Kind, welche Behinderung überwiegt? Bei Markus ist es meines Erachtens die Sprache, und kosten soll so ein Internat zwischen 700 und 1 000 Mark im Monat. Nach
700 und 1 000 Mark im Monat. Nach
dem Bundessozialhilfegesetz steht mir eine Haushilfe zu. Die Krankenkasse zahlt aber nur während der Schwangerschaft einen Stundenlohn von 6 Mark. Hausgehilfen nehmen aber mindestens 10 Mark pro Stunde, die Differenz müßte ich bezahlen. Für Christine sollen wir im Monat 150 Mark aufbringen, dann das ganze Spielzeug und die teure Kinderkleidung. Ich frage Sie jetzt, wo sollen wir das Geld hernehmen?"

Zu dem Versuch, die neuerliche Schwangerschaft abzubrechen: "Mein Mann wollte das vierte Kind nicht haben. Er sagt, das schaffen wir finanziell nicht. Wohnungsmäßig sieht es bescheiden aus, und dann kommt noch hinzu, daß bei mir Krebsverdacht besteht. Das bedeutet Lebensgefahr für alle zwei oder drei. Wahrscheinlich für drei – also Zwillinge. Und dann Krebs im Bauch. Mit Vierzehn hatte ich eine Nierenbeckenentzündung, die nie ausgeheilt ist, und mit dem Herzen habe ich auch etwas. Darum wollte ich das vierte Kind abtreiben lassen. Aber da sagte der Frauenarzt, daß er das nicht befürworten könne, weil das eine zu sehr seelische Belastung für mich bedeuten würde. Hinzu kommt, daß für ihn die sozialen Härten nicht genug zählen. Da würde ich auch bei der Ärztekammer nicht mit durchkommen.

Bei mir trifft die eugenische Indikation m.E. zu, das heißt, das Leben der Mutter ist in Gefahr. Aber auch dann warten die bis zur letzten Minute. Praktisch, wenn die Mutter im Sterben liegt, dann versuchen sie das Kind zu retten." – (k./b., Langenhorn)

Vom faschistischen Staat zur Abtreibung gezwungen

Bei der Agitation gegen den § 218 führte ich eine Diskussion mit einer alten Frau, Hausgehilfin, die heute unter üblen Umständen ihr Leben fristen muß, obwohl sie ihr ganzes Leben lang schwer gearbeitet hat. Sie bekommt so wenig Rente (etwa 300 DM), daß sie zusätzlich auf Bettelei beim Sozialamt angewiesen ist für Mietzuschuß, Kohlengeld usw. Sie sagt, daß aber auch dann das Geld höchstens bis zur Monatsmitte reicht, und dann muß sie von den "eisernen Reserven" leben (Albrechts Billigstwaren) und hat dann nicht mal Fleisch und Frischgemüse. Anfangs war sie mir äußerst mißtrauisch gegenüber, als ich ihr aber unsere Auffassungen zum § 218 darlegte, unterschrieb sie die Forderungen. Dabei berichtete sie mir ihre Erfahrungen mit dem § 218:

Einerseits bestand im Faschismus totales Abtreibungsverbot fürs Volk bei Todesstrafe, um das Menschenmaterial sicherzustellen für die Maschinen in den Rüstungsfabriken und für die Kanonen das Futter gleich noch dazu, wobei die Mütter auch noch nach der Anzahl der in die Welt gesetzten Kinder mit Orden prämiiert wurden. Auf der anderen Seite zwangen die Faschisten auch die Familien zur Abtreibung, so wie sie es bei dieser Frau und ihrer Familie versucht hatten. Dazu gab es extra "Krankenschwestern" in Polizeiuniform, die nach ihr sehen kamen. Sie hatte aufgrund der Unterstützung durch ihre Familie und Nachbarn die Möglichkeit, sich der staatlich verfügten und polizeilich kontrollierten Abtreibung zu entziehen, indem sie sich versteckte.

Begründung für diesen staatlichen Abtreibungszwang war: Ihr Vater, ein Brauereiarbeiter, der nicht stillhielt gegenüber den Faschisten und ihren Methoden, sei Säufer, und das sei erblich! Diese beiden Seiten des § 218 sind natürlich überhaupt kein Widerspruch. Auf der einen Seite Abtreibungsverbot, bei Nichteinhaltung drohte die Todesstrafe, damit die herrschende Klasse Material für ihre imperialistischen Kriege hatte. Auf der anderen Seite haben die Faschisten durch Abtreibung den Nachwuchs rebellischer Arbeiter liquidieren lassen. – (h., Wiesbaden / Red.)

An allen Hochschulen erheben die Studenten gegenwärtig mit Streiks und Aktionstagen, zu denen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) aufgerufen haben, Protest gegen unerträglich gewordene Studienbedingungen und politische Unterdrückung an den Hochschulen. Ihre Forderungen richten sich gegen die Kürzung der Stellen und Mittel für die Hochschulen und die Verschärfung der Studien und Prüfungsordnungen. Sie fordern ausreichende Stipendien zur Sicherung der materiellen Existenz und die Einstellung der politischen Bespitzelungs- und Unterdrückungsmaßnahmen an den Hochschulen. An zahlreichen Hochschulen wurden in Vollversammlungen und Urabstimmungen Beschlüsse zu Streiks in dieser Woche gefaßt, in Westberlin, Bremen, Hamburg, Kiel und Stuttgart finden zentrale Demonstrationen statt, zu denen die ASten des Landes aufgerufen haben. Die Zuschrift aus Freiburg ist ein Beispiel dafür, wie sich in diesen Aktionen der Zusammenschluß der Studenten gegenüber der Regierung und ihren Beamten entwickelt und es wird in den Berichten und in den Ergebnissen von Urabstimmungen hier deutlich, daß diese Streiks und Aktionen der Studenten zu einer Kampfansage an die Regierung geworden sind.



Freiburg: Der Streik wird konsequent durchgeführt

Die Studenten setzen sich zur Wehr

Gegen unerträglich gewordene Studienbedingungen und politische Unterdrückung

Freiburg. Seit Montag ist an der Freiburger Universität (17 000 Studenten) Streik. 5 300 Studenten hatten sich letzte Woche in einer Urabstimmung für Streik gegen die Verschlechterung der Lebens-, Studien- und Prüfungsbedingungen und gegen die zunehmende politische Entrechtung an der Hochschule ausgesprochen.

Am Montag begann der Streik mit der Lahmlegung der Lehrveranstaltungen. Nur einzelne haben stattgefunden. Rektor Engler hatte den Streik für "illegal" erklärt.

Nach dem ersten Streiktag verfügte Engler, daß am Dienstag aufgrund der "massiven Störungen" der Lehrbetrieb in den drei größten Kollegiengebäuden nicht stattfindet. Herr Engler zeigte Schwäche. Er gestand damit ein, daß er und die Professoren nicht mehr "Herr der Lage" waren. Der Streik wurde weitergeführt.

Ein Beispiel: der Streik am Physikalischen Institut

Der folgende Bericht über den Verlauf des Streiks am Physikalischen Institut der Freiburger Universität ist charakteristisch für die Durchführung des Streiks.

Am Montag um 8 Uhr, erste Lehrveranstaltung, sind vor allem Mitglieder der Institutsgruppe und der Fachschaftsrat, die Vertretung der Studenten, am Institut und machen Streikposten vor den Hörsälen. Die Professoren schauen meistens nur vorbei – "Sind Sie dann am Freitag wieder da, gut, dann komme ich wieder" – und verschwinden. Es werden mehr Studenten, die sich an den Streikposten beteiligen. Um 10 Uhr ist eine große Vorlesung in einem separaten Gebäude. Die Studenten gehen dorthin und verteilen sich auf die zwei Eingangstüren. Zwei Studenten wollen durch die Streikposten durch in den Hörsaal. Es gelingt nicht. Sie werden in Diskussionen verwickelt. Dann kommt ein Professor, er will durch, er wird aufgehalten. "Es ist mein Recht, in den Hörsaal zu kommen!" – "Es ist unser [illegible] Recht, höhere Ausbildungsförderung zu verlangen!", sagen die Studenten. So geht es hin und her. Professor Runge bricht die Diskussion ab und fordert uns auf, ihn reinzulassen. Fünf mal. "Gut, soll er rein in den leeren Hörsaal!" Sofort versuchen wieder die gleichen zwei Studenten, ihm hinterherzugehen, das wird verhindert. Dann wird einer der beiden tätlich gegen die Streikposten. Es nutzt nichts, er kommt nicht durch.

Es werden Ketten gebildet. Ein Mitglied der Institutsgruppe geht in den Hörsaal und fotografiert den Professor vor den leeren Bänken. Das hat er nicht so gerne. Er fängt ein großes Geschrei an, so daß es draußen deutlich zu hören ist. In diesem Augenblick laufen der Dekan des Instituts und noch ein anderer Professor vorbei. Sie gucken auf die Seite und tun so, als ob sie intensiv miteinander reden und nichts von dem Geschrei des Professors hörten. Die Studenten lachen. Schließlich gibt Professor Runge auf, er verläßt den Hörsaal unverrichteter Dinge.

Auf der Streikversammlung sind dann 150 Studenten da, dazu noch 20 Assistenten, die mit dem Streik sympathisieren. So viel waren in den letzten beiden Jahren nicht zu einer Vollversammlung gekommen. Der Fachschaftsrat verliest eine Erklärung, die als Flugblatt der Presse übergeben und in der Stadt als Begründung für den Streik verteilt werden soll. Am Schluß heißt es: "Es geht uns nicht darum, uns auf Kosten der Allgemeinheit ein feines Leben zu machen. Wir wehren uns gegen die Maßnahmen des Staates, weil sie dazu dienen, daß aus der Hochschule nur noch Duckmäuser kommen, denen das Rückgrat gebrochen ist und die bereit sind, nach unten durchzusetzen, was man ihnen von oben befiehlt. Dagegen richtet sich unser Streik und deshalb halten wir unseren Kampf für berechtigt."

Dies findet den nahezu ungeteilten Beifall der Anwesenden. Die Diskussion beginnt. Ein Assistent meldet sich. Gestrichen will er den Satz haben, daß den Politikern die Forderungen der Studenten wohl bekannt sind. "Das muß drin bleiben! Erstens sind sie ihnen tatsächlich bekannt und zweitens streiken wir ja gerade deshalb, weil Diskussionen, Beschlüsse und Demonstrationen nichts genützt haben."

Schließlich wird die Erklärung mit einer Gegenstimme und ohne Enthaltung angenommen. Dann wird über die Durchführung des Streiks gesprochen. Ein [illegible] Student stellt den Antrag: "keinerlei Gewalt anzuwenden", er erhält einigen Beifall. Es wird berichtet, wie es war bei der Vorlesung des Professor Runge und die Konsequenz gezogen: Man braucht nicht wild um sich zu schlägern, einfach dicht vor die Türen stellen, notfalls Ketten machen. Aber man könne doch, wenn einer unbedingt in den Hörsaal wolle, ihn nicht daran hindern, wird eingewendet. – "Meinst du, der Streik bringt was, wenn wir sozusagen freiwillig streiken? Dann hätten wir genauso gut skifahren gehen können, statt hier zu sein, das macht keinen Druck hinter den Streik, da würden wir unsere Forderungen nicht damit durchsetzen. In den Hörsaal darf keiner rein, sonst ist alles umsonst."

"Also beschließen wir, daß wir keine 'aktive Gewalt' anwenden. Damit meine ich, daß wir niemanden provozieren, von uns aus verprügeln. Warum denn auch? Aber wir stehen vor der Tür, machen Ketten, damit kein Streikbrecher reinkommt." So wird es einstimmig beschlossen.

Ein schwieriger Punkt ist noch zu klären. Nachmittags findet ein Colloquium statt. Da kommt ein auswärtiger Gast und hält einen Vortrag. "Den sollte man doch rein lassen. Er ist von auswärts gekommen und meistens bringen diese Vorträge auch was", sagt einer.

Ein Fachschaftsrat antwortet: "Nach dem Plan des Kultusministeriums soll ab 1976 überhaupt kein Colloquium mehr sein, da kommt es auf dieses auch nicht mehr an. Und außerdem, da kommen fast alle Professoren und der Dekan hin. Der Dekan hat am Anfang zu unserem Streik gesagt: 'Lächerlich!', bei der Urabstimmung: 'Sinnlos!', jetzt während des Streiks: 'Illegal!'. Mehrmals hat er dazu aufgefordert, wir sollen die Forderungen, die wir am Institut erheben, zu verhandeln. Umsonst. Da sind sie alle da, die Professoren, und da können wir sie befragen." Der Dekan wird benachrichtigt von dem Beschluß der Streikversammlung und von den Forderungen, über die diskutiert werden soll.

Aber es kommt anders. Auf die Minute genau kommen alle Professoren abends in den Hörsaal. Hundert Studenten warten schon. Professor Stier begrüßt den Gast und fordert ihn auf, mit dem Vortrag zu beginnen. Ein Fachschaftsrat steht auf und will auf den Beschluß der Streikversammlung hinweisen. "Ich habe Ihnen das Wort nicht erteilt." Der Student setzt nochmals an. "Die Veranstaltung wird gestört, sie ist beendet." Die Professoren erheben sich und verlassen den Raum. Alle Studenten und Assistenten bleiben. "Die haben sich doch abgesprochen."

Dem letzten ist klar geworden, wer in dieser Auseinandersetzung der Studenten mit dem bürgerlichen Staat Freund und wer Feind ist. – (ab, Freiburg)

Ergebnisse von Urabstimmungen über Streiks

Universität	Studentenzahl	% Beteiligung	% davon für Streik
Marburg	14.371	49 %	84 %
Ulm	(–)	63 %	85 %
Freiburg	16.628	38 %	83 %
Karlsruhe	11.025	39 %	75 %
Hohenheim	2.194	27 %	90 %
Osnabrück	2.009	43 %	82 %
Konstanz	2.334		
Münster	28.000	23 %	72 %
Bielefeld	3.535	45 %	92 %
Bremen	3.964	52 %	90 %
Pädagogische Hochschule			
EWH Worms	1.469	47 %	48 %
PH Freiburg	4.462	53 %	85 %
PH Heidelberg	3.446	42 %	77 %
PH Weingarten	1.581	56 %	65 %
Fachhochschule			
FH Freiburg (ev)	390	83 %	75 %
FH Konstanz			
FH Mannheim (T)	950	66 %	50 %
FH Stuttgart – Bibliothekswesen	375	75 %	59 %
FH Aalen	1.093	72 %	50 %
FH Darmstadt (ev)	438	67 %	85 %
FH Mainz I	1.113	52 %	81 %
FH Mainz II	469	69 %	80 %
FHS Mainz (kath)		60 %	82 %
FH Wilhelmshaven	1.116	79 %	62 %
FH Kaiserslautern	1.003	51 %	63 %
Heilpäd. Hochschule Dortmund	1.779	–	85 %
FHS Sozialarbeit Dortmund	442	76 %	78 %
FHS Sozialpädagogik Dortmund	550	64 %	75 %
HFSS Bremen	900	62 %	75 %
FH Frankfurt	3.900	52 %	71 %
HFW Bremen	556	63 %	85 %
HFG Bremen	325	62 %	90 %
HFT Bremen	1.711	59 %	81 %

Der Staatskommissar ist weg

Marburg. Am vergangenen Freitag erklärte der Universitätspräsident, daß durch eine einstweilige Verfügung des Verwaltungsgerichts der AStA der Universität wieder in sein Amt eingesetzt und seine Ersetzung durch einen Staatskommissar aufgehoben worden sei.

Dieser Rückzug der bürgerlichen Staatsmacht in ihrem Angriff auf die Verfaßte Studentenschaft wurde erzwungen durch den breiten Widerstand, auf den diese Maßnahme gestoßen ist.

Fast 6 000 Studenten hatten in einer Urabstimmung für Streik gestimmt gegen die Amtsenthebung des AStA. Dieses Votum wurde am Dienstag nahezu vollständig mit der organisierten Verhinderung des Lehrbetriebs durchgeführt. Darauf ließ der Universitätspräsident in der Nacht zum Mittwoch die Schlösser der wichtigsten Universitätsgebäude auswechseln und verkündete die Aussperrung der streikenden Studenten für den Rest der Woche.

Spontan gingen am Mittwoch über 5 000 Studenten in Marburg auf die Straße. Am Freitag der vergangenen Woche demonstrierten erneut 10 000 Studenten in Marburg. Zu dieser Demonstration war an allen hessischen Hochschulen mobilisiert worden.

In diesem Protest ist der Angriff der bürgerlichen Staatsmacht auf das Recht der politischen Äußerungen der Marburger Studentenvertretung stecken geblieben. Aber der Kultusminister und seine Beamten geben ihr Ziel nicht auf. In der Begründung für das Gerichtsurteil und in den Kommentaren der bürgerlichen Politiker wird bereits der nächste Schlag gegen die Verfaßte Studentenschaft vorbereitet. Das Gericht begründete seine Entscheidung lediglich damit, die "Rechtsverstöße" des früheren AStA könnten nicht dem neuen, erst in diesem Semester gewählten AStA angelastet werden. Es stellt somit eine neuerliche unverhüllte Drohung gegenüber der Verfaßten Studentenschaft dar. Der hessische Kultusminister Krollmann stellte gleich grundsätzlich die Fortexistenz der Verfaßten Studentenschaft als einer Körperschaft mit Zwangsmitgliedschaft, das heißt einem Vertretungsorgan aller Studenten, in Frage.

Braunschweig. An der Technischen Universität Braunschweig hat der Rektor dem AStA die Durchführung einer von der Vollversammlung beschlossenen Urabstimmung über einen Streik vom 9. bis 12.12. verboten. Er hat angedroht, "unter Androhung einer Geldstrafe" gegen den AStA vorzugehen, wenn er trotzdem dem " 'Streik' weiterhin Vorschub leiste" und er werde gegen "Störer" Strafanträge wegen Hausfriedensbruch und Nötigung stellen. Die Urabstimmung hat inzwischen begonnen.

Münster. An der Urabstimmung gegen materielle und politische Entrechtung beteiligten sich trotz massiver Behinderung 6 400 Studenten der Universität. 72 Prozent stimmten für Streik für den 2. und 3. Dezember. Nach dem Verbot der Urabstimmung durch Rektor Hoffmann hatten am ersten Tag der Urabstimmung 400 Studenten den Senatssaal besetzt und den Rektor zur Rücknahme des Verbots aufgefordert – eine Aktion, die der von Juso- und DKP-Studenten geführte Allgemeine Studentenausschuß (AStA) vergeblich zu verhindern gesucht hatte.

Auf die Durchführung der Urabstimmung trotz Verbots reagierte der Rektor mit einem Drohbrief an den AStA, in dem er strafrechtliche Maßnahmen androhte wegen Hausfriedensbruch. Eine Versammlung der Studenten beschloß daraufhin mit den Stimmen der Jusos, die Urabstimmung wie bisher in den Räumen der Universität fortzusetzen.

In der gleichen Nacht brachten die Jusos die Abstimmungsurnen unter ihre Kontrolle und verhinderten damit, daß sie am nächsten Morgen wie bisher in der Universität aufgestellt wurden. Statt dessen wurden "mobile Urnen" eingesetzt: die Urnen in VW-Bussen gesetzt und vor die Universitätsgebäude gestellt.

Der Rektor stieß sofort nach und verlangte, daß diese Bullis nicht auf dem Universitätsgelände stehen dürften. Wo es dennoch geschah, ist dies allein dem Einsatz der Studenten zu verdanken.

Am 28.11. veröffentlichte dann die örtliche Presse Ausschnitte eines Briefes des AStA-Vorsitzenden Winkel (Juso) und des Studentenparlamentsvorsitzenden Traupe (Juso) an den Rektor, in dem sie versicherten, alles in ihrer Macht Mögliche getan zu haben, "um die Durchführung der Urabstimmung in den Räumen der Universität zu verhindern", und daß auch entsprechende Maßnahmen ergriffen worden seien.

Haben die Jusos die Studenten betrogen und ihren Kampf sabotiert, so sind sie gegenüber dem Rektor ehrlich und hilfreich. Das wird allerdings den Kampf der Studenten nicht brechen können, sondern nur dazu dienen, daß die Studenten solche Gruppen nicht mehr in den AStA lassen.

Osnabrück. Am Montag, dem ersten Streiktag der Universität Osnabrück, verabschiedete der niedersächsische **Innenminister Groß** den Osnabrücker Regierungspräsidenten in der Aula der Universität. Die ganze Universität und das Unigelände war mit zwei Hundertschaften Polizei abgesichert und zig Zivilpolizisten besetzten die Uni. Die streikenden Osnabrücker Studenten forderten den niedersächsischen Innenminister auf, zu den Forderungen der Studentenschaft Stellung zu nehmen. Der Minister behauptete, den Studenten geht es, gemessen an den Verhältnissen vor 10 bis 15 Jahren, gut. Und die volkswirtschaftliche Lage verlange von allen Opfer.

Die Studenten hielten ihm entgegen, daß sein volkswirtschaftliches Gesamtkonzept darin bestehe, daß die Masse der Bevölkerung, die Arbeiterklasse und das Volk, den Gürtel enger schnallen soll, damit die Kapitalisten können, wie sie wollen. Das sei das volkswirtschaftliche Gesamtkonzept dieses Staates und die Politik dieser Regierung. Gleichzeitig werde der staatliche Unterdrückungsapparat ausgebaut, um die wachsende Kritik im Volk und die Unruhe im Volk niederzuhalten.

Mit großer Mehrheit hat die DGB-Kreisjugendkonferenz einen Beschluß gefaßt, in dem der Streik der Studenten an der Universität und der Fachhochschule begrüßt wird. In dem Beschluß heißt es:

"Der Kampf der Studenten für ihre Rechte ist gerecht und bedarf der Unterstützung, denn der Staat verschärft insgesamt den Druck auf die Volksmassen (Steuererhöhungen, Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung usw.). Dagegen richten sich die Aktionen der Studenten. Dies kann dem Kampf der Volksmassen für ihre Rechte nur dienlich sein.

Deshalb begrüßt die Kreisjugendkonferenz den Streik der Studenten an der Fachhochschule und der Universität und wird dies auch auf der Streikversammlung der Studenten am Mittwoch zum Ausdruck bringen!"

Bielefeld. AmsFreitag, dem 28.11., hielten die Studenten der Fächer Linguistik und Literaturwissenschaft eine Vollversammlung ab, auf der die Ergebnisse der Urabstimmung an ihrer Fakultät bekannt gegeben wurden. Von den 385 Studenten hatten sich 63 % an der Abstimmung beteiligt und 93 % davon hatten für Streik gestimmt. Und zwar für Streik vom 2. bis 8.12., falls das Kultusministerium nicht bis zum Montag ihren Forderungen nachgegeben hat. Den Studenten dieser beiden Fächer, denen bei Beginn ihres Studiums versprochen worden ist, daß sie in diesen beiden Fächern später unterrichten können, ist durch die Entscheidung des Kultusministeriums, jetzt diese beiden Fächer doch nicht als Schulfächer anzuerkennen, praktisch jede Möglichkeit genommen, als Lehrer eingestellt zu werden, weil ihnen ein Fach fehlt. Die Studenten fordern Übergangsregelungen, die ihnen eine Einstellung als Lehrer möglich machen.

Nach der Vollversammlung machten die Studenten in der Innenstadt einen Stand, um die Bevölkerung über ihre Lage und ihre Forderungen zu unterrichten.

Westberlin. Die Vollversammlungen an der TU und der FU haben beschlossen, die Aktionstage in einer Demonstration am Mittwoch zusammenzufassen. Auch der AStA der PH ruft dazu auf. Als Streik werden die Aktionstage an einzelnen Fachbereichen durchgeführt. Es hat sich herausgestellt, daß das Fehlen eines AStA ein starkes Hindernis für den Zusammenschluß der Studenten ist. (Die Westberliner ASten waren per Gesetz abgeschafft worden.) Mehrere Fachbereiche haben den Wiederaufbau der verfaßten Studentenschaft beschlossen.

Hamburg. An den Instituten der Hamburger Universität wird eine Demonstration am Mittwoch, dem 3.12. vorbereitet. Durch Veranstaltungen und Aktionen wird über die dringendsten Fragen an den einzelnen Bereichen informiert und erste Kampfschritte eingeleitet. Vor allem richtet sich der Zorn der Studenten gegen Professoren, die die schlechte Lage der Studenten ausnutzen oder selber ihre Verschlechterung aktiv betreiben. Zum Beispiel hat das Fachbereichsplenum Physik beschlossen, eine Reihe von Physikprofessoren in ihren Vorlesungen zur Rede zu stellen und sie zur Anerkennung der Forderungen zu zwingen: unbenotete Teilnahmescheine, keine Benachteiligung der Gruppenarbeit. Bei den Germanisten wehren sich die Studenten gegen Änderungen der Studienpläne, die die Pflichtveranstaltungen noch weiter vermehren und haben die Forderung aufgestellt: Kein Studienplan gegen den Willen der Studentenschaft!

Am Sportinstitut haben die Studenten durch eine Besetzung der Bibliothek für eine Verlängerung der Benutzungszeit gekämpft, die einfach auf die Zeit bis 15 Uhr beschränkt worden war, um Aufsichtspersonal zu sparen.

Wissenschaft – ein Aufhänger, um Millionär zu werden

Freiburg. Ob in der wissenschaftlichen Forschung auch Erkenntnisse für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung herausspringen, ist ein reiner Nebenaspekt. Hauptaspekt ist, ob bei der wissenschaftlichen Tätigkeit das Geld fließt. Auf dem Höhepunkt der Empörung über Korruption, Betrug und immense Bereicherung von Professoren an Kliniken und Instituten erschien in der "Badischen Zeitung" ein Nachruf auf Professor Haas anläßlich seines 65. Geburtstages, der bis in die Kasseler Tageszeitungen verstreut wurde. Gelobt wurden seine Erfolge auf dem Gebiet der Kinderlähmung und "sein persönlicher Einsatz" sowie "sein Sinn für das Wesentliche". Der Sinn für das Wesentliche muß für die Beschäftigten am Institut einen gewissen Nebengeschmack bekommen, wissen wir doch, daß er mit seiner Direktionsstellung am Institut 645 000 Mark als Nebeneinkünfte verbuchen konnte. Sein persönlicher Einsatz verdunkelt sich, hat er doch allein 521 500 Mark eingesteckt, ohne einen Handschlag dafür zu tun. Seine Standesbrüder wollen das mit wissenschaftlichen Erfolgen verschleiern; wir wissen, daß die Wissenschaft lediglich der Aufhänger ist, um Millionär zu werden. – (el., Freiburg)



Auf einer Übung, bei der der Häuserkampf geübt wird

„Soldaten rot, Hauptmann tot!"

Homberg, Ostpreußen-Kaserne. In den letzten Tagen sollte ich als Hilfsausbilder und bekannter Kommunist "psychologische Kriegsführung" machen. Nachts wurden die Rekruten immer zu zweit auf einen Weg durch den Wald geschickt, wobei sie mit Stolperdrähten, Feuerüberfall und anderem Bekanntschaft machten. Diesmal auch mit meiner "psychologischen Kriegsführung". Ich hab dann mit den Leuten diskutiert. Doch als etwa fünfzehn Leute um mich versammelt waren, die dann auch beschlossen, von mir überzeugt zu sein und als Volksarmee die Stellung zu stürmen (einer schlug gleich vor, den Hauptmann zu verhaften), was natürlich der künstlichen Situation dieses Räuber- und Gendarm-Spiels entsprang, war das dem Leutnant und dem Hauptmann doch zuviel.

Sie meinten, daß das so nicht ginge, ich solle nur jeweils die Reaktion der Leute testen und sie dann weiterschicken; außerdem sei es schlecht, daß mich die Leute kennen, sonst würden sie mich wohl verhaften oder gleich schießen. Ich antwortete, daß wir aus diesem Grund zur Bundeswehr gehen und nicht versuchen zu verweigern.

Die Rekruten und viele andere Kompanieangehörige haben sich über das Erlebnis sehr gefreut, im Gegensatz zum Leutnant, der die Leute anschließend einzeln ansprach und fragte, ob sie im Ernstfall denn tatsächlich keine fünf Minuten Widerstand leisten würden und sofort überlaufen . . . (p., Homberg)

Kantinenreform 1976: Damit die Pächter noch fetter werden

Ein Ausschuß für Mitwirkung der Soldaten soll die Gäste disziplinieren

In den letzten Jahren kam es in fast allen Kasernen zu Protesten gegen das bestehende Kantinenwesen in der Bundeswehr. Die Soldaten waren den Pächtern ausgeliefert, weil diese eine Monopolstellung in der Kaserne haben und dieses ausnutzten, um hohe Profite zu machen. Die Soldaten können die Kantinen nicht in ihrem Interesse nutzen, weil die Pächter die Verfügungsgewalt über die Kantinenräume haben.

In vielen Kasernen ging der Protest bis zum organisierten Kantinenboykott. Die Bundesregierung kam nun nicht umhin, darauf zu reagieren, um wieder Ruhe in die Kasernen zu bringen. Sie legte eine Kantinenreform vor, die stufenweise in allen sechs Wehrbereichen eingeführt werden soll und Mitte 1976 abgeschlossen sein soll.

Neu: eine zentrale Einkaufsorganisation

Als wesentlichste Änderung wird der Zusammenschluß der über 600 Mannschaftsheime, wie die Kantinen jetzt heißen sollen, zu einer zentralen Einkaufsorganisation mit Sitz in Bonn. Über diese Einkaufsorganisation müssen die Pächter bestimmte Waren kaufen. Durch bessere Einkaufsmöglichkeiten der zentralen Organisation sollen die Preise für diese Waren um bis zu 30 Prozent billiger werden. Es soll jetzt unterschieden werden zwischen einem Grundwarensortiment und einem weitergehenden Warensortiment. Für das Grundwarensortiment soll der Preis hoheitlich festgesetzt werden und die Waren sollen über die Gesellschaft in Bonn bezogen werden. Dazu gehören Getränke aller Art und Artikel, die der Soldat zur Körperpflege oder zum Dienstbetrieb benötigt. Mit Ausnahme von Knackwurst, belegten Brötchen und Gulaschsuppe oder Brühe gehören warme Mahlzeiten nicht zu diesem Grundwarensortiment.

Oft kommt es vor, daß die Soldaten, wenn das Kantinenessen schlecht ist, in der Kantine noch etwas essen, um wenigstens etwas einigermaßen Vernünftiges in den Magen zu bekommen. Dies wird also nicht billiger, und der Pächter kann den Soldaten nach wie vor das Geld aus der Tasche ziehen. Befürchtet werden muß bei der ganzen Sache auch, daß das Grundwarenangebot ziemlich eingeschränkt ist und der Billigkeit wegen von niederer Qualität sein wird.

Dann hat der Pächter nämlich die Möglichkeit, Waren der gleichen Art zu verkaufen, für die er die Preise selbst bestimmen kann. So wird es z.B. bei Bier festgelegte Preise für ein oder zwei Sorten Bier geben, die von niederer Qualität sind. Darüberhinaus kann der Pächter noch andere Biersorten besserer Qualität verkaufen, die er teurer losschlagen kann. Es ist natürlich leicht zu raten, welches Bier von den Soldaten bevorzugt wird.

Durch die Kantinenreform werden weniger die Soldaten zufriedengestellt, sondern den größten Reibach machen die Kantinenpächter, die nach wie vor die Verfügungsgewalt darüber behalten, was in der Kantine passiert. Der eventuell geringere Verdienst des Pächters durch die Preisfestsetzung für einen Teil der Waren soll der Pächter nicht tragen. Ihm wird dafür die Zahlung der Pacht und der Energiekosten erlassen. Die Kantinenräume werden ihm also umsonst zur Verfügung gestellt; was er als Kosten für Licht, Heizung, Küche usw. benötigt, zahlt der Bund aus Steuermitteln. Die einzige Abgabe des Pächters ist die für "Betreuungszwecke der Soldaten", welche zwei Prozent des monatlichen Warenumsatzes betragen soll. Aber niemand kann kontrollieren, wo die hingehen. Die Pächter können mit dieser Reform also zufrieden sein, denn für sie springt dabei was raus.

Ausschuß für Mitwirkung der Soldaten . . .

Um der Forderung nach "Selbstverwaltung der Kantinen", die in vielen Boykotts aufgestellt worden ist, zu begegnen, gibt es im neuen Reformwerk auch etwas über die "Mitwirkung der Soldaten". Wie sieht diese Mitwirkung aus? An den Orten der jeweiligen Mannschaftsheime wird ein Heimbewirtschaftungsausschuß gebildet. Zu diesem Ausschuß gehören der Kasernenkommandant, der Leiter der Truppenverwaltung, der Heimbetriebsleiter, sprich Pächter, Vertreter der auf das Heim angewiesenen Zivilbediensteten und auch die Vertrauensleute der Mannschaften, eventuell noch der Truppenarzt. Wenn man bedenkt, daß sich wie z.B. in Lüneburg die Pächter und die Truppenverwaltung so gut verstehen, daß sie Preisabsprachen treffen, kann man sehen, welche mächtigen Feinde den einzigen von den Mannschaften gewählten Vertretern, den Vertrauensleuten, gegenübersitzen. Rechtlich hat dieser Ausschuß sowieso nur Einfluß auf die Verwendung der zwei Prozent Abgabe der Pächter sowie Vorschläge oder Wünsche zur Verbesserung der Bewirtschaftung oder Ausgestaltung der Kantine zu beschließen. Ein Kontrollorgan über die Pächter sowie die Verwendung der Kantine ist er also nicht.

. . . zur Kontrolle der Kantinengäste!

Ansonsten hat er nur noch Aufgaben, die gegen die Mannschaften gerichtet sind. So soll er Einfluß nehmen auf die gesellschaftliche Ordnung aller der auf das Mannschaftsheim angewiesenen Personen, damit die "Behaglichkeit" stets erhalten bleibt. Politik hat in der Kantine nichts zu suchen; das soll der Ausschuß mit den Vertrauensleuten erreichen. Eine weitere Pflicht des Heimbewirtschaftungsausschusses ist es, den Kasernenkommandanten oder den Kommandeur bei der Durchsetzung des Erlasses über Handel und Gewerbeausübung im Bereich der Bundeswehr zu unterstützen. Handel und Gewerbeausübung im Bereich der Bundeswehr ist erlaubt nur in der Kantine durch die Soldaten selbst. Wenn eine Kompanie sich gegen Verhältnisse in der Kantine wehrt und den Boykott mit Selbstversorgung innerhalb der Kompanien organisiert, müssen ihre gewählten Vertreter, die Vertrauensleute, dagegen vorgehen und das unterbinden. Über den Ausschuß sollen also die Vertrauensleute an das Gängelband der Bundeswehrführung gelegt werden.

Ein Beirat, der auf Mannschaftskantinen nicht angewiesen ist

Zu der Heimbetriebsgesellschaft in Bonn gehört ebenfalls ein Beirat, der allerdings nur beratende, keine entscheidende Funktion hat. Dieser Beirat existiert schon. Gewählt wird da allerdings nichts, sondern die Mitglieder werden bestellt. Dies hat der Staatssekretär Helmut Fingerhut getan und auch gleich den Vorsitz bestimmt. Der Vorsitzende ist ein Oberstleutnant Paschke und sein Stellvertreter, ein Feldwebel Stumpf, Leute also, die mehr in Offizierskasinos zu finden sind. Zu dem Beirat gehören 19 Mitglieder:

ein Vertreter der Sozialabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung; ein Vertreter des Führungsstabes der Streitkräfte; je ein Vertreter der Teilstreitkräfte; ein Vertreter der Inspektion des Sanitätswesens; ein Vertreter des Bundeswehrverwaltungsamtes; ein Vertreter des Streitkräfteamtes; ein Vertreter des Hauptpersonalrates beim Bundesminister der Verteidigung; zwei Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes; ein Vertreter des DGB; ein Vertreter der ÖTV; je ein Vertreter der Gemeinschaft der Heimbetriebsleiter im Wehrbereich gewählter Vertreter.

Alles Leute, die auf die Mannschaftskantinen überhaupt nicht angewiesen sind. DGB und ÖTV haben sich bisher auch so gut wie überhaupt nicht um die Belange der Soldaten gekümmert. Dieser Beirat wird auch noch in Unterausschüsse aufgeteilt, also ein ziemlich bürokratischer Kram, auf den die Soldaten, die es angeht, keinen Einfluß haben.

Diese "Reform", die an der Tatsache nichts ändert, daß die Kantinenpächter dick und fett werden an den Soldaten, bringt als einzige echte Neuerung den Beirat – eine neue Pfründe für die geübten Spesenjäger aus Staatsbürokratie und der Gewerkschaftsführung. Der Kampf der Soldaten gegen ein solches Kantinenwesen wird deshalb nicht mit dieser Maßnahme kleinzukriegen sein. – (c., Lüneburg)

Leutnant erzwingt Ausweiskontrolle

Elmshagen/Kassel. Am 6. Oktober hat ein Offizier der Bundeswehr in Elmshagen im Rahmen einer Übung eine Straßensperre errichten lassen und selber die vorbeikommenden Zivilpersonen durch Drohungen gezwungen, ihm ihren Personalausweis vorzuzeigen. Diese Art von Übung steht in krassem Gegensatz zu den häufigen Beteuerungen von Bundeswehroffizieren, die Armee würde nicht auf den Einsatz im Inneren vorbereitet. – Im Folgenden der Bericht von Elmshagener Bürgern, der der Kasseler Militärzeitung Nr. 6 entnommen ist:

"Als wir am Nachmittag des 6. Oktober nach Hause fuhren, wurde unsere Fahrt 300 m vor dem Haus durch eine Straßenbarrikade unterbrochen. Nachdem wir angehalten hatten, kam ein Leutnant von der Bundeswehr auf uns zu und forderte uns auf, ihm die Personalausweise zu zeigen. Auf unsere Frage, was das denn soll, antwortete er mir: Dies sei eine Übung der Bundeswehr, wir befänden uns mitten im Manövergebiet. Darauf antwortete ich ihm, daß wir doch hier wohnten. Seine Antwort: Das könne schließlich jeder sagen und wenn wir ihm nicht freiwillig die Ausweise zeigen würden, dann wüßte er andere Mittel. Nachdem er die Personalausweise von vorn bis hinten studiert hatte und nichts fand, ließ er uns fahren.

Vor unserem Haus angekommen, sahen wir, daß die Bundeswehr so 'nett' war und unser Grundstück als Parkplatz benutzt hatte. Vom Jeep über VW-Passat bis LKW war alles vertreten. Vor der Garage unseres Nachbarn stand ein BW-Wagen, so daß der Nachbar seinen Wagen draußen parken mußte. Am nächsten Morgen, als die Bundeswehr abgerückt war, machte ich einen Spaziergang durch den Wald und war entsetzt über das, was ich sah: Bäume umgeknickt, Schneisen mitten in den Wald geschlagen, alles aufgewühlt und verwüstet."

Feldwebel würgt Soldaten

Leserbrief aus der Hafenkaserne Schierstein

Wiesbaden. Die Flußpionierkompanie 882 in Wiesbaden-Schierstein führte vom 17. – 20. November einen Truppenübungsplatzaufenthalt in Schwarzenborn durch.

Am letzten Tag morgens beim Wecken ist ein Kamerad von uns nicht sofort aufgestanden, weil ihm vom Tag vorher schlecht war. (Die Kompanieführung hatte an diesem Tag mehrere Flaschen Bier an jeden ausgegeben, und der Kamerad hatte abends in einer Kneipe noch weiter getrunken.) Daraufhin wurde von Hauptfeldwebel Knörzer der Befehl zur vorläufigen Festnahme des Kameraden erteilt. Der Kamerad verlangte eine Begründung, weil er keinen Anlaß dafür sah, und weigerte sich zunächst mitzukommen, ohne aber handgreiflich zu werden.

Unter Aufsicht von 2 Feldwebeln und einem Unteroffizier zog er sich schließlich an, worauf sie ihn mit Gewalt mitschleiften. Als sie die Baracke verlassen hatten, verlangte er weiterhin beharrlich eine Begründung für seine Festnahme, und sagte, er wolle nicht mitgehen. Daraufhin schleuderten sie ihn zu Boden, knieten sich auf ihn und würgten ihn am Hals.

Dann bekam er Handschellen an und wurde im Polizeigriff und stark im Gesicht blutend in eine Zelle abgeführt. Er mußte den ganzen Tag ohne Verpflegung auskommen.

Wir wenden uns mit diesem Leserbrief an die Öffentlichkeit, weil wir der Auffassung sind, daß man solch eine Behandlung nicht unwidersprochen hinnehmen darf. Wir nennen unsere Namen deshalb nicht, um uns als einfache Soldaten vor Verfolgungen zu schützen. – (4 Soldaten der Schiersteiner Kaserne)

Die französischen Soldatenkomitees können nicht zerschlagen werden

Paris. 14 Soldaten des 19. Pionierregiments, das in Besancon und in Cazaux stationiert ist, wurden festgenommen. 13 dieser Wehrpflichtigen befinden sich in Gefängnissen in der Umgebung von Paris. Diese Soldaten, die in Soldatenkomitees mitarbeiten, hatten vor kurzem in Besancon angekündigt, gewerkschaftliche Gruppen der Soldaten zu bilden. Die CFDT, die zweitgrößte französische Gewerkschaft, stellte sich hinter diesen Vorschlag. Sie erklärte ihre *"volle Unterstützung für die Bildung von gewerkschaftlichen Sektionen der Soldaten, Flieger, Matrosen, die gegen die Armee, Stützpfeiler des Kapitals, kämpfen in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Die Wehrpflichtigen sind nach wie vor Werktätige, sie dürfen nicht von ihren Kollegen in Fabriken und Betrieben isoliert werden."*

Die Soldaten sollen jetzt vor dem obersten Gerichtshof für Staatssicherheit abgeurteilt werden wegen Demoralisierung der Truppe. Die Höchststrafe dafür beträgt 10 Jahre Gefängnis. Vor einem Jahr, als die Regierung ebenfalls den Druck gegen die Soldatenbewegung verschärfte, reagierten die Soldaten mit zahlreichen selbständigen Aktionen dagegen. Bekannt wurden die Demonstrationen in Draguignan, Karlsruhe und Verdun. Damals wurden der Regierung eine Reihe von materiellen Zugeständnissen abgezwungen. Außerdem wurde erreicht, daß bis dahin eingebuchtete Soldaten freigelassen und freigesprochen wurden und gegen die Organisatoren der Bewegung wagte die Regierung damals keine Maßnahmen. Wenn die Regierung versucht, das jetzt nachzuholen, wird sie wohl erneut eins auf die Nase bekommen. – (nach Le Monde, 2.12.)

„Der Kanzler kommt"

Lüneburg. Am 21.11. besuchte Bundeskanzler Schmidt die Panzerbrigade 8. Dabei sollte es u. a. auch zu einem Gespräch zwischen Kanzler und Vertrauensmännern der Soldaten kommen. Deshalb hatten die Soldaten der 3. Kompanie des Panzerbataillon 82 ihren Vertrauensmann auf einer Mannschaftsversammlung beauftragt, den Kanzler zu fragen, weshalb die Wehrpflichtigen nicht mehr Geld bekommen. Der Vertrauensmann konnte diesen Auftrag nicht ausführen, denn Fragen durften während des Gesprächs nur die Vertrauensmänner der Offiziere und Unteroffiziere stellen, nicht die Vertrauensmänner der Mannschaften. – (aus einer Korrespondenz von C. ,Lüneburg)

Kampf um Sonderurlaub

Hamburg. Als Ausgleich für einen einwöchigen Bereitschaftsdienst und einen sich daran anschließenden dreiwöchigen Truppenübungsplatzaufenthalt forderten die Soldaten der 3. Kompanie des Jägerbataillons 162 einen Sonderurlaub von 2 Wochen. 80 Soldaten hatten auf Initiative des Soldaten- und Reservistenkomitees Hamburg diese Forderung unterschrieben, bevor der Übungsplatzaufenthalt begann. Der Kompaniechef reagierte auf diese Forderung, indem er ankündigte, in der Woche, in der der Buß- und Bettag liegt, "wird die Kompanie dichtgemacht". Außerdem räumte er die Möglichkeit ein, den restlichen Jahresurlaub im Anschluß daran zu nehmen. Die Soldaten gaben sich damit zunächst zufrieden. Aber während des Übungsplatzaufenthaltes wurde die alte Forderung durch eine neuerliche spontane Unterschriftensammlung erneut bekräftigt. Als Ergebnis gestand die Kompanieführung nach Rückkehr ganze zwei Tage Sonderurlaub zu. – (nach einer Korrespondenz von Gefr. T., Hamburg)

Sozialimperialistische Einmischung in Angola: Vorwand für den US-Imperialismus

Durch die massive Einmischung der Sowjetunion in Angola ist der anderen Supermacht, den USA, erst wieder Gelegenheit verschafft worden, offen auf diesen Kampfplatz imperialistischer Rivalität zu treten. Kissinger erklärte vor einer Versammlung amerikanischer Kapitalisten, dem "Wirtschaftsclub", daß er die Sowjetunion vor ihrer "Politik der Einmischung" warne und daß sie "noch eine Gelegenheit für eine Politik der Zurückhaltung" habe. "Aber die Zeit wird knapp; eine Fortsetzung der Einmischungspolitik muß unvermeidlich andere Beziehungen bedrohen" (FAZ, 26.11.).

Die USA könnten nicht "gleichgültig bleiben, wenn eine Macht sich durch eine Politik der Intervention in einer Region einmischt, die so entfernt von ihrem Territorium ist und ebenso ihren traditionellen Interessen fremd ist" (Le Monde, 26.11.). Tags drauf konnte sich auch Präsident Ford äußern: "Präsident Ford hat die Warnung Außenminister Kissingers an die Sowjetunion bekräftigt . . . er hoffe, daß die Botschaft Kissingers verstanden werde." (SZ, 28.11.)

Die politischen Vertreter der einen Supermacht weisen die andere darauf hin, daß Afrika "traditionelles Interesse" der USA sei. In diesem Revier sei nur ihnen die Jagd gestattet. Selbstverständlich tut Kissinger dies in der Maske des Freundes Angolas. Er träte dafür ein, "daß die Angolaner ihre eigenen Differenzen ohne ausländische Einmischung lösen sollen" (Le Monde, 26.11.). Dies ist eine offenkundige Lüge. Der US-Imperialismus war schon immer erbitterter Feind des Befreiungskampfes des angolanischen Volkes und war schon immer einer der größten Plünderer seiner Reichtümer.

Der US-Imperialismus — ein alter Feind der Freiheit Angolas

Angola ist ein großes Land, fünfmal so groß wie die Bundesrepublik, und hat sechs Millionen Einwohner. Lüstern beschreibt die "Zeit" seine Reichtümer: "Angola ist der drittgrößte Kaffeeproduzent der Welt; es verfügt über die begehrtesten Bodenschätze wie Uran, Gold, Diamanten, Kupfer, Mangan; seine Eisenerzvorkommen gehören zu den reichhaltigsten der Erde."

Vor allem aber hat es Öl: "Schon heute werden in der Enklave Cabinda täglich 150 000 Barrels gefördert und die Ergebnisse der Probebohrungen an der übrigen Küste sind vielversprechend. In Cabinda hat sich bereits der amerikanische Ölgigant Gulf Oil etabliert und in Angola selber sind die Konzessionen an die amerikanischen Firmen Occidental und Esso, die belgische Petrofina und die französische Total vergeben worden. Auch zehn südafrikanische Gesellschaften halten Anteile in dem Konzessionsgebiet der Petroangol" (30.5.). "Westliches Kapital erschloß die Reichtümer der Kolonie, es ist nicht bereit, seine Investitionen preiszugeben und deren Schöpfungen obendrein dem Zugriff der Expansionspolitik des Ostens zu überlassen" (Stuttgarter Zeitung). Das imperialistische Kapital hat diese Reichtümer "erschlossen", so wie ein Einbrecher die verschlossene Tür, um zu plündern. Portugal hat Angola kolonial unterjocht, ausgesaugt, war Statthalter für die imperialistischen Monopole. Deshalb haben die USA die Kolonialmacht in ihrem Krieg gegen das angolanische Volk stets unterstützt. Ohne diese Unterstützung wäre der portugiesische Kolonialismus bereits früher zusammengebrochen.

Zugleich haben sie versucht, die nationale Befreiungsbewegung Angolas zu infiltrieren und zu spalten. Bereits unter Kennedy wurden Kontakte zur FNLA aufgenommen und wurde versucht, diese zu gewinnen. Nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus haben die USA jedes offene Auftreten unterlassen im vollen Bewußtsein, wie verhaßt sie sind. Stattdessen haben sie in Cabinda, das von allen drei Befreiungsbewegungen als Angolas Bestandteil verteidigt wird, unter dem Mantel einer "Befreiungsorganisation" einen Putsch versucht, um Cabinda von Angola abzuspalten. Er ist kläglich gescheitert.

Über die portugiesische Regierung haben sie bis zuletzt versucht, die Unabhängigkeit Angolas zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Jetzt, nachdem die Sowjetunion sich unzweideutig einmischt, wagen sie sich wieder offen hervor. Weil aber jeder weiß, welche Absicht sie damit verfolgen, muß Kissinger gleich versichern, "daß die USA keine militärische Intervention in Angola planten" (SZ, 1.12.).

Zugleich ermuntern die USA Südafrika, seine Aggression gegen Angola fortzusetzen. Sie lassen durch das Rassistenregime, das sich jetzt öffentlich zu seiner Aggression gegen Angola bekennt, Hilferufe ausstoßen: "Der südafrikanische Verteidigungsminister Piet Botha erklärte in Pretoria, die Westmächte müßten sich bewußt werden, daß 'die Verteidigung Angolas für sie von direktem Interesse ist'. Moskau habe seine Präsenz in dem Gebiet in 'so gefährlicher Weise verstärkt', daß man darin eine direkte Bedrohung der Sicherheit der für die NATO-Länder und der meisten übrigen Länder der freien Welt lebenswichtigen Kap-Route' sehen müsse. Der Minister hob hervor, daß seine Regierung in Angola nicht an eine militärische Intervention 'im Alleingang' denke. 'Wir haben nicht die Absicht, die Schlacht der freien Welt allein zu schlagen.' Die westlichen Länder müßten 'das ihre' tun" (Welt, 29.11.).

Offen gestehen sie ein, daß sie das unabhängige Angola angreifen. "Zuständige Stellen in Pretoria erklärten, die südafrikanische Präsenz in Angola beschränke sich auf den Schutz des Staudamms Kunene und auf die Bekämpfung von Terroristen, die nach Südwestafrika eindringen wollten" (SZ, 29.11.). Der Kunene-Staudamm ist Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Kolonialmacht Portugal und den südafrikanischen Rassisten. Er sollte der Besetzung und Benutzung des Landes durch weiße Siedler dienen, die Herrschaft der Portugiesen auch im Süden Angolas sichern und zugleich Südafrika dienen, um die Unabhängigkeit Namibias zu verhindern. Nach Zerschlagung des portugiesischen Kolonialismus möchte Südafrika gern dieses Gebiet an sich reißen, es okkupieren. Seine Aggression wird jedoch bekämpft. Letzte Woche sind "vier südafrikanische Soldaten" getötet worden. (FAZ, 26.11.)

Die Supermächte verhandeln über das Geschick Angolas

Gemeinsam sind beide Supermächte die Feinde der Unabhängigkeit Angolas. Deshalb besprechen sie sich auch miteinander. Sie haben in Washington einen "vorläufigen Meinungsaustausch" (SZ, 1.12.) durchgeführt. "Die USA haben nach Angaben von Außenminister Kissinger mit der Sowjetunion über deren Verwicklung in Angola gesprochen. Auf einer Pressekonferenz in Washington sagte der Minister, er habe keine überzeugende Antwort auf seine in dieser Woche gemachten Warnungen bekommen, daß die sowjetische Intervention in dem westafrikanischen Land der Entspannung schaden könne" (FR, 1.12.).

Was haben die Sowjetunion, was haben die USA über das Geschick Angolas zu verhandeln? Nichts zeigt deutlicher ihre imperialistische Anmaßung und Politik. Zugleich zeigt sich, was sie unter "Entspannung" verstehen. Die eine Supermacht versteht darunter, daß ihr "traditionelles" Einflußgebiet unangetastet bleibt, die andere versteht darunter, daß sie darin einbrechen darf.

Die Sowjetunion kann ihre Einmischung nicht mehr verheimlichen. Sie ist inzwischen unübersehbar: In der Küstenstadt Ambriz konnte man sehen, "wie ein Konvoi von zwölf Schiffen aus Ostblockstaaten südwärts nach Luanda fuhr. Schnellfeuerkanonen und Maschinengewehre waren an Bord montiert und bemannt" (FAZ, 28.11.). "Tatsache scheint zu sein, daß auf seiten der Volksrepublik unter anderem gegen 3 000 Kubaner als Kämpfer und Experten wirken. Mehrere Hundert Russen sollen in Luanda und Brazzaville (Kongo) als Fachberater tätig sein. Sowjetische Rüstungslieferungen erfolgen auf dem Luftweg nach Henrique de Carvalho, auf dem Luft- und Seeweg nach Luanda und über Kongo-Brazzaville. Die gelieferten Waffen umfassen mindestens gepanzerte Fahrzeuge (z. B. die sich auf Rädern bewegenden Spähpanzer BRDM-2), 122-Millimeter-Artillerie, Panzerabwehrraketen sowie verschiedenste Infanteriewaffen" (NZZ, 27.11.).

Der Sozialimperialismus mischt sich offen ein

Hat die Sowjetunion bisher ihre Tätigkeit zu verheimlichen versucht, so hat sie sich jetzt offen dazu bekannt: "In einem Bericht des KP-Organs Prawda heißt es am Freitag, daß die Volksrepublik Angola immer mehr die Unterstützung und Hilfe aus den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft spüre." (FAZ, 29.11.) Damit will die KPdSU auf Erinnerungen an die Unterstützung der spanischen Republik durch die Sowjetunion oder des koreanischen Befreiungskrieges durch die Volksrepublik China anspielen. Bloß waren dies jeweils Maßnahmen sozialistischer Staaten, die in Übereinstimmung mit den Wünschen der Massen Unterstützung im Kampf gegen die faschistischen Truppen Francos bzw. gegen den Angriff des US-Imperialismus leisteten und dies auch öffentlich propagierten. Die Sowjetunion hingegen hat sich in Angola gegen die nationale Befreiung gestellt, auf Spaltung des Kampfes für nationale Befreiung gesetzt und wollte sich wie ein Dieb heimlich einkaufen.

So sind jetzt beide Supermächte öffentlich auf den Kampfplatz getreten. Einig in der Absicht, die nationale Befreiung Angolas und seine Unabhängigkeit zu verhindern. In Konkurrenz, wem es zufallen soll. Ihr Charakter als Feinde des angolanischen Volkes und als Räuber tritt um so klarer hervor.

Präsident Nyerere von Tanzania hat auf seinem Staatsbesuch in Belgien erklärt: "Der Krieg in Angola ist nicht mehr bloß ein Konflikt zwischen den Angolanern. Er ist zu einer Sache geworden, in der die Supermächte und andere industrialisierte Länder eine aktive Rolle spielen. Ohne ihre Einmischung auf den beiden Seiten hätte das angolanische Volk, mit der Unterstützung Afrikas, seine eigenen Probleme eher als jetzt möglich lösen können und hätte viel weniger gelitten. Aber die Länder, die jetzt Waffen und andere Ausrüstung an die rivalisierenden Gruppen liefern, kümmern sich nicht um die Freiheit Angolas und nicht um das Leiden seines Volkes. Sie versuchen, Angola ihrer Kontrolle zu unterwerfen und es in einen Marionettenstaat umzuwandeln, den sie zugunsten ihrer eigenen Interessen ausbeuten können. Sie versuchen, das unabhängige Angola in Zukunft mit der gleichen Wirksamkeit kontrollieren zu können, wie die Portugiesen das koloniale Angola beherrscht haben. Wir Tansanier, wir unterstützen aus dem Tiefsten unseres Herzens die Forderung der OAU, daß sich die anderen Länder nicht in die angolanische Auseinandersetzung einmischen dürfen." (Hsinhua, 27.11.) — **(hjh)**

Bürgerliche Presse über Angola:

Die imperialistischen Mächte versuchen ihre Einmischung in Angola, ihren Kampf gegen die nationale Befreiung und Einheit Angolas durch einen Nebelvorhang von Gerüchten zu verdecken. Bekannt sind die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse: Lage in Angola "verworren", Entwicklung "undurchsichtig". Etliche Mühe hat die bürgerliche Presse auf die Verbreitung des Gerüchts verwandt, daß die VR China genauso wie die imperialistischen Mächte ein Feind der Unabhängigkeit Angolas sei und ebenfalls durch Waffenlieferungen den Bruderkrieg in Angola schüre. Durch Waffenlieferungen an FNLA und UNITA unter Ausschluß der MPLA. Dem ist jetzt durch Stellungnahmen der beiden Befreiungsorganisationen selber der Boden entzogen worden.

Jorge Sangumba (UNITA) hat erklärt: "China ist nach Darstellung des UNITA-Politikers am Bürgerkrieg nicht beteiligt. Chinesische Techniker seien nach Ausbruch des Bürgerkrieges zurückgezogen worden" (SZ, 27.11.). "China habe lediglich den Befreiungskampf der Angolaner gegen die Portugiesen unterstützt" (FAZ, 27.11.). Er hat auch die Feinde Angolas genannt: "Es wäre für Angola am besten, wenn alle Supermächte unser Land verlassen" (SZ, 27.11.). Die FNLA hat erklärt, daß sie "seit längerer Zeit keine chinesischen Waffen mehr erhält" (FAZ, 26.11.).

Dies ist eine Bestätigung der revolutionären Haltung der VR China, die der chinesische Außenminister Tjiao-Guan-hua bereits vor der UNO-Vollversammlung im September erläuterte: "Alle revolutionären Völker der Welt sind bekümmert über den Bürgerkrieg in Angola. Daß Differenzen innerhalb einer nationalen Befreiungsbewegung bestehen, ist etwas ganz Normales. Die korrekte Haltung dazu ist, den verschiedenen Seiten zu raten, einig gegen die Feinde zu kämpfen und die Kolonialisten zu verjagen . . . China unterstützte schon von allem Anfang an die nationale Befreiungsbewegung Angolas. Um sie in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu unterstützen, haben wir allen drei Befreiungsorganisationen Angolas militärische Hilfe zukommen lassen. Wir waren uns über ihre Differenzen im klaren und haben ihnen ständig geraten, sich im Kampf gegen den Feind zu vereinigen. Nachdem die nationale Befreiungsbewegung Angolas mit Portugal einen Unabhängigkeitsvertrag erreicht hatte, gewährten wir den drei Organisationen Angolas keine neue militärische Hilfe mehr. Das sind die Tatsachen." (Peking Rundschau Nr. 40, S.12)

Nach den Erklärungen von FNLA und UNITA mußte flugs ein neues Gerücht in die Welt gesetzt werden. Montag, den 1.12., "enthüllte" die "Bild"-Zeitung ein "sensationelles Geheimabkommen" zwischen der sozialistischen VR China und der sozialimperialistischen Sowjetunion. "China soll sich verpflichtet haben, der Sowjetunion freie Hand in Angola zu lassen und seine Waffenlieferungen für die nationalistischen Befreiungsorganisationen UNITA und FNLA einzustellen." Was bekommt "Peking" dafür, daß es der Sowjetunion Angola "überläßt"? "Die Sowjetunion ist angeblich bereit, der Ansiedlung von Chinesen in Mozambique nichts mehr in den Weg zu stellen." Diese "Enthüllung" stammt aus Johannesburg, einer der Hauptstädte der südafrikanischen Rassisten, wird lediglich von der Springer-eigenen Nachrichtenagentur "sad" verbreitet und fand sich bloß in den Springerzeitungen "Bild" und "Welt". Für die anderen bürgerlichen Nachrichtenagenturen und Zeitungen war dies Gerücht zu durchsichtig, also unbrauchbar.

Weil die revolutionäre Politik der VR China bestätigt worden ist, kann das Gerücht über die Waffenlieferungen nicht mehr aufrechterhalten werden. So muß diese Tatsache zumindest umgebogen werden in einen Kuhhandel mit der Sowjetunion. Weshalb? Chinas prinzipielle Politik der Nichteinmischung, der Unterstützung des Kampfes gegen ausländische Subversion und Aggression, für nationale Unabhängigkeit und Befreiung, ist direkt der imperialistischen Politik entgegengesetzt und entspricht direkt den Interessen der Völker der Welt. Darum hat die Volksrepublik China auch nichts zu verbergen und kann Gerüchten die Welt zu setzen. — **(hjh)**

Gliederung der portugiesischen Armee vor dem 25. November

Zum Überblick über die Lage im portugiesischen Militär vor dem 25. November drucken wir im folgenden eine Zusammenstellung über die verschiedenen Einheiten der Armee ab, ihre politische Haltung und ihre Bewaffnung. Nach dem 25.11. sind darin wesentliche Veränderungen vorgenommen worden. Nach wie vor aber ist die nach portugiesischen Zeitungen und Gesprächen mit Soldaten vorgenommene Zusammenstellung nützlich, weil bis auf die Militärpolizei und die Fallschirmjäger in Lissabon zwar Offiziere ausgetauscht, aber keine Einheiten bisher aufgelöst wurden.

Die Streitkräfte gliedern sich in jetzt vier Abteilungen:
Landstreitkräfte — Marine — Luftwaffe — COPCON — AMI

Die Landstreitkräfte des Landes sind in vier Regionen aufgeteilt.
Militärregion Süd — Befehlshaber der Reaktionär Pezarat Correia (Neunergruppe)
Militärregion Lisboa — Befehlshaber General Otelo de Carvalho
Militärregion Mitte — Neuner-Mitglied, aber rechter Flügel, Charais
Militärregion Nord — Pires Veloso, umstrittenste Person, äußerst reaktionär.

1. In der Militärregion Süd haben wir folgende Einheiten:
a) **Kavallerie-Regiment Estremoz:** Wohl die stärkste Einheit des Landes, was Panzer angeht. Gilt als reaktionäre Einheit.
b) **Infanterie-Regiment Evora:** Mit leichten Waffen ausgerüstet, hier ist die PCP unter Offizieren und Unteroffizieren wohl gut verankert, SUV existiert.
c) **Infanterieregiment Beja:** Militärisch wenig bedeutsam, politische Haltung mir nicht bekannt.
d) **Infanterieregiment Faro:** Leichte Waffen, gilt als progressiv.
e) **Militärschule Tavira:** Militärisch wenig Bedeutung, Offizierskorps reaktionär, Soldaten sind in Bewegung und progressiv.

2. Militärregion Lissabon, gilt als stärkste Region überhaupt in den Landstreitkräften. Hier haben wir folgende Einheiten:
a) **RALIS (leichte Artillerie):** Kommandant Dinis de Almeida progressiv, wird von Rechten sehr angefeindet, man wollte ihn kürzlich zum Militärattaché in Mozambique "befördern", hat er abgelehnt. Militärisch sehr starke Truppe, gut ausgerüstet mit gepanzerten Fahrzeugen, leichter Artillerie mit guter Reichweite. Cordoc-Raketen. Vierfache Maschinengewehre auf Panzerwagen montiert.
b) **Kavallerieregiment (Schule) Santarem:** Reaktionäres Regiment, gut ausgerüstet, vor allem mit Panzern, allerdings alten. Aufklärungsabteilung existiert mit Spähwagen. Gute Ausrüstung insgesamt.
c) **Infanterieregiment Queluz:** Soll sich geweigert haben, ins AMI integriert zu werden, ausgerüstet mit Kanonen ohne Rückschlag.
d) **CIAC (Artillerieschulzentrum in Cascais):** Progressive Abteilung, mit vierfachen Maschinengewehren (Luftabwehr — aber auch für Direktschuß brauchbar) ausgerüstet. Luftabwehrtruppe.
e) **Regiment der Militärpolizei:** Progressiv, äußerst gute Ausrüstung, Panhard-Panzer sind dem Regiment aber entzogen und nach Estremoz verlagert worden.
f) **Infanterieregiment Setubal:** Steht mit Otelo verbunden.
g) **Militär-Verwaltungsschule Lumiar:** Progressiv, gilt als selbstverwaltet von der Kommission.
h) **Militär-Ingenieurschule Pontinha:** Progressiv.
i) **Militär-Materialschule Sacavem:** Hat Soldatenkommission.
j) **Infanterieschule Mafra:** Progressiv, gut funktionierende ADU.
k) **Commandos in Amadora:** Im AMI, reaktionär, gut ausgerüstet und äußerst diszipliniert.
l) **Fallschirmjäger in Tancos:** Ehemals im AMI, jetzt ausgetreten, sehr diszipliniert, wie Kommandos waren diese Truppen und die Fuzileiros der Marine die Spezialtruppen für den Kolonialkrieg. Gute Einheit, die sich dem COPCON unterstellen will.

3. **Militärregion Mitte:**
a) **Kavallerieregiment Sta. Margerita:** Gut ausgerüstet, Panzer: Patton und M-47, also alte.
b) **Infanterieregiment Viseu**
c) **Infanterieregiment Aveiro:** Hat Soldatenkommission.
d) **Infanterieregiment Caldas da Rainha**
e) **Infanterieregiment Leiria:** Zum Teil progressiv — insgesamt weiß ich nicht; es gibt SUV.
f) **Infanterieregiment Tomar**
g) **Schweres Artillerieregiment Figueira da Foz:** Soll links stehen.

4. **Militärregion Nord**
a) **RASP (Artillerieregiment des Gebirges von Pilar de Gaia):** Sehr fortschrittliche Einheit, hier wurden die Kämpfe (KVZ-Bericht) ausgetragen. Sehr gut ausgerüstet.
b) **CICAP (Schule für Militärfahrzeugfahrer):** Wurde wegen SUV-Unterwanderung geschlossen, war eine der ersten Truppen des 25. April im Norden.
c) **Kavallerieregiment Porto:** Gilt als stärkste Einheit im Norden.
d) **Infanterieregiment Braga:** Bisher politisch tot, fängt an, sich leicht zu regen, bisher aber in Mehrheit reaktionär.
e) **Militärpolizei Porto:** Gilt als reaktionär und von Pires Veloso bestimmt.
f) **Infanterieregiment Vila Real:** Links, hat sich damals schon gegen Melo-Antunes-Dokument ausgesprochen.
g) **Regiment der Bergartillerie:** Relativ gut ausgerüstet, scheint auch progressiv zu sein.
h) **Infanterieregiment Viana do Castelo:** Progressiv.
i) **Militäreinheit in Chaves:** Von PCP-Kommandant kommandiert, Truppe selbst noch wenig entschieden, es entsteht eine Kommission.

Die größte Schlagkraft hat sicherlich Lissabon. Hier sind auch die wichtigsten COPCON-Einheiten untergebracht. Das COPCON ist aus allen operativen Einheiten zusammengesetzt, also Militärpolizei, Fallschirmjäger, und kann alle operativen Einheiten sämtlicher Regionen selbständig in Bereitschaft setzen.

Mit dem AMI ist es ähnlich, auch hier aus den jeweiligen Regionen einige Einheiten, aber man weiß eigentlich gar nicht, wer nun dazu gehört, da viele Einheiten sich geweigert haben und andere austreten usw.

Luftwaffe: Wird von einem Reaktionär, Morais da Silva, angeführt. Ist nicht sehr progressiv insgesamt, es gibt aber einige progressive Schulen. Der Luftwaffenstützpunkt Beja hat eine Soldatenkommission. Die Luftwaffe ist sicherlich der Zweig, wo die Reaktion heute noch am meisten Stützen hat, daher auch die ständigen Truppenumstellungen, neue Ausrüstung usw. Dieser reaktionäre Zug der Luftwaffe ist durch gehobene Stellung der Piloten bedingt und durch kleinere Mannschaftsgruppen.

Marine: Sehr veraltete Ausrüstung. Marine hat keine Helikopter, sondern zur Marine gehört alles, was im Wasser ist, zur Luftwaffe alles, was in der Luft — also anders als bei uns oder in den USA. Marine ist das Gebiet, wo die PCP am stärksten ist, da hier seit dreißig Jahren eine Kampftradition der PCP besteht. Fuzileiros sind die Landetruppen der Marine — sind sehr schlagkräftig, aber gelten als progressiv.

Vorbereitung der Nord-Süd-Konferenz:

Die Beraubten werden stärker als die Räuber

Montag und Dienstag dieser Woche trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Rom. Dabei hat es heftigen Krach gegeben wegen des Auftretens der EG auf der "Nord-Süd-Konferenz" in Paris am 16./17. Dezember.

Die Pariser Konferenz wurde durchgesetzt von den Ländern der Dritten Welt. Noch vor ein paar Jahren wäre eine solche Konferenz undenkbar gewesen. Aber das Prinzip "Befehlen und Gehorchen" im Verkehr zwischen den Staaten der Welt gilt nicht mehr. Jetzt müssen sich die Imperialisten zu einem Dialog bereitfinden. Erst letzten Freitag ging eine Konferenz zwischen der EG und 20 Ländern der arabischen Liga in Abu Dhabi zu Ende. Die arabischen Länder verlangen ähnliche Vereinbarungen, wie sie die EG gegenüber 46 Ländern in Lome zur Stabilisierung der Rohstoffpreise machen mußte. Erstmals mußte die EG in dem Kommunique die "politische Dimension" der Verhandlungen für die Fortsetzung im Januar zugestehen.

In Rambouillet hatten die sechs größten westlichen Imperialisten eine harte Front gegen die Dritte Welt gezimmert. Sie seien entschlossen, die Energiequellen für ihre Interessen zu "sichern", keine Mühe würden sie dabei scheuen. Diese Erklärung droht, daß die sechs keinesfalls von ihren imperialistischen Absichten gelassen haben und sie ihre Absichten auch durchzusetzen gedenken.

Einer der Hauptvertreter der Imperialisten in Paris sollte neben den USA und Japan eine gemeinsame Delegation der EG sein. Über eine gemeinsame Position dazu beraten jetzt die Regierungschefs in Rom und am 9.12. wollen die Außenminister endgültig beschließen. In einem Vorbereitungspapier heißt es, die Imperialisten sollen einen **Anspruch** haben, **ausreichend** und zu **angemessenen** Preisen mit Rohstoffen versorgt zu sein. (Süddeutsche Zeitung, 2.12.75) Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 29.11. schreibt dazu: "Der EG-Mandatsvorschlag für Paris ist in der Substanz sehr vage gehalten und geht kaum über die erklärte Gemeinschaftsposition in der UNO hinaus. Jeder weitergehende Konzertierungsversuch mußte wegen wichtiger Meinungsunterschiede aufgegeben werden. Vor allem im energie- und entwicklungspolitischen Bereich haben sich einmal mehr grundsätzliche Gegensätze gezeigt." – Sozusagen in allem also, was auf der Pariser Konferenz behandelt werden soll. Die harte Front der Imperialisten ist zersplittert, bevor sie recht stand. Am meisten Ärger macht Großbritannien, das einen eigenen Sitz entgegen den ursprünglichen Abmachungen verlangt. Es sei selbst zukünftiger Ölproduzent und seine Interessen könnten daher nicht in einer gemeinsamen EG-Delegation vertreten sein.

Das ist ein Erfolg der Länder der Dritten Welt. Letzten Sonntag hat der "entwicklungspolitische Sprecher" der CDU Todenhöfer im Fernsehen erklärt, das hätte man verhindern müssen, daß in Paris über die Weltwirtschaftsordnung insgesamt verhandelt wird. Man hätte besser die Frage der Rohstoffe und des Erdöls getrennt von den anderen Fragen. Jetzt aber würde die Dritte Welt die Ölfrage benutzen können, um insgesamt Zugeständnisse zu erzwingen. – Ganz recht, Herr Todenhöfer. Es geht gar nicht darum, daß es Länder mit und Länder ohne Rohstoffe gibt. Die USA zum Beispiel sind ein sehr rohstoffreiches Land. Trotzdem beuten sie die Naturreichtümer fremder Länder aus. Es geht darum, daß es unterdrückte und unterdrückende Länder gibt – oder wie es der Herr Todenhöfer ausdrückte: "Wir müssen uns die Grenzen offen halten." Die Frage der Rohstoffe ist bloß deshalb so wichtig geworden, weil es das einzige wirtschaftliche Faustpfand ist, das die unterdrückten Staaten sich erkämpft haben und in der Hand halten.

Seit einigen Monaten sind die Imperialisten auf die Idee gekommen, eine "Vierte Welt" zu erfinden, um einen Keil zwischen die Staaten der Dritten Welt zu treiben. Viel Erfolg haben sie damit bisher nicht gehabt. Großbritannien hat über den Commonwealth zu intrigieren versucht, jene Länder sollten auf seiten der Dritten Welt Sonderrechte für die Pariser Konferenz für sich beanspruchen. Auch das war offensichtlich ein Schlag ins Wasser. Die Imperialisten müssen es sich gefallen lassen, daß die Länder der Dritten Welt durch Nutzung der Hoheitsrechte über die Rohstoffe, die einige von ihnen besitzen, der hemmungslosen Ausbeutung aller unterdrückten Länder durch die Imperialisten einen Schuß vor den Bug geben.

Für die Imperialisten sieht es da anders aus. Ihre Konfrontation gegenüber der Dritten Welt hat die Stärkung gegenüber den imperialistischen Konkurrenten zum Inhalt. So will nun Großbritannien plötzlich als "zukünftiges Ölland" seine Interessen ohne die EG wahrnehmen. Und auch die kleineren EG-Staaten sind ihren großen Partnern nicht sehr wohl gesonnen. Schließlich wurden sie auf Rambouillet kurzerhand ausgesperrt.

Die Imperialisten haben Magendrücken vor dem Gang nach Paris. Um das Beste daraus zu machen, haben sie in Rambouillet ihr Raubtiergebiß gezeigt und die größten versuchen besonders intensiv, eine Einheit herzustellen, deren Inhalt Unterdrückung und Ausbeutung der Völker ist. Hysterisch reagieren sie deshalb jetzt, da diese Einheit nicht zustandekommt. Bundeskanzler Schmidt hat in Rom eine "leidenschaftliche Rede" an seine Partner gehalten. Und er hat Großbritannien gedroht, es möge sich erinnern, daß es immer noch auf die EG angewiesen sei.

Der irische Regierungschef sagte zu Wilson, er müsse sich entscheiden, ob er in Europa bleiben oder zu den Ölländern gehen wolle. Und Kanzler Schmidt ergänzte, die BRD werde die nächste Ölkrise überstehen, Großbritannien aber wohl kaum. Der Krach war so heftig, daß teilweise die Sitzungen unterbrochen werden mußten. Am Dienstag Abend schließlich mußte Großbritannien nachgeben und auf eine eigene Delegation in Paris verzichten. Doch der Kitt über diesem Riß wird sehr haltbar nicht sein. – **(fb)**

Preisen mit Rohstoffen versorgt zu sein. (Süddeutsche Zeitung, 2.12.75) Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 29.11. schreibt dazu: "Der EG-Man-
rialisten auf die Idee gekommen, eine "Vierte Welt" zu erfinden, um einen Keil zwischen die Staaten der Dritten Welt zu treiben. Viel Erfolg haben sie
und auf eine eigene Delegation in Paris verzichten. Doch der Kitt über diesem Riß wird sehr haltbar nicht sein. – (fb)



Italien: Arbeiter besetzen Innocenti

Mailand. In der vergangenen Woche haben die 4 500 Automobilarbeiter von Innocenti, das zum britischen Konzern Leyland gehört, das Werk besetzt. Sie reagierten mit dieser Aktion auf die Ankündigung von British Leyland, das italienische Zweigwerk stillzulegen und alle Beschäftigten auf die Straße zu setzen. Anfang Oktober war bereits ein "Sanierungsplan" des Managements in Umlauf gesetzt worden, der die sofortige Entlassung von 1 500 Belegschaftsmitgliedern vorsah sowie die sofortige Abschaffung der Arbeitspausen, der innerbetrieblichen Sozialversicherung für Altersvorsorge und Unfall und die Verdoppelung der Preise in der Werkskantine. Die Metallarbeitergewerkschaft lehnte umgehend diesen Plan ab. Manager Percy Plant reagierte mit der Androhung der Schließung des Werkes. Daraufhin traten alle Arbeiter der Metall- und Maschinenindustrie in Stadt und Provinz Mailand in einen halbtägigen Streik. An einer Massenkundgebung in Lambrate, dem Stadtteil, in dem das Werk liegt, nahmen über 50 000 Arbeiter teil. Dort kündigten Sprecher des Fabrikrates bereits die Besetzung des Werkes an, falls British Leyland mit den Entlassungen beginnen würde. Seitdem wurden Verhandlungen wegen einer Übernahme durch den italienischen Staatskonzern Alfa Romeo mit der Regierung geführt, die bisher ohne Ergebnis geblieben sind. Der Korrespondent der österreichischen marxistisch-leninistischen Zeitung "Klassenkampf" schreibt schließlich: "Weiter haben die Angriffe bei Leyland-Innocenti am Vorabend des Abschlusses der neuen Kollektivverträge exemplarischen Charakter. Die Kapitalisten setzen auf einen harten Kurs, um den Arbeitern alle Errungenschaften der Kämpfe der letzten Jahre wieder zu entreißen." (Alle Informationen aus: Klassenkampf, Nov 1975)

Osttimor: FRETILIN erklärt Unabhängigkeit

Die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit von Osttimor (FRETILIN) hat am 28. November die Unabhängigkeit dieses formell noch unter portugiesischer Verwaltung stehenden Gebiets in Südostasien erklärt. Die portugiesische Regierung hat dazu erklärt, sie sei über diesen Schritt nicht unterrichtet worden und habe auch bis jetzt nicht auf die Souveränität über den östlichen Teil der Insel Timor, deren westlicher Teil zu Indonesien gehört, verzichtet. Gegen die Unabhängigkeit Osttimors, das rund 600 000 Einwohner hat, ist Indonesien. Australien zeigt sich ebenfalls daran interessiert. Weil aber die FRETILIN die Kontrolle über die Insel im bewaffneten Befreiungskampf gegen die portugiesischen Kolonialherren im vergangenen Sommer durchgesetzt hatte, sind Verhandlungen zwischen der Kolonialmacht Portugal und Australien und Indonesien über die Insel bisher nicht zustandegekommen. Ohne Einfluß blieben bisher auch die Aktionen von Gruppen und politischen Organisationen, die offen für den Anschluß an Indonesien eintreten. (Nach: Le Monde, 30. November/1. Dezember)

Spanien: Die Politik mit der Amnestie

4 000 Häftlinge sollen in Spanien aufgrund der von Juan Carlos verfügten Amnestie freigelassen worden sein. 600 Menschen wurden dagegen aus politischen Gründen verhaftet und ins Gefängnis gesteckt seit der provisorischen Übernahme der höchsten Staatsgewalt durch Juan Carlos I. Bei den freigelassenen Häftlingen handelt es sich vielfach um solche, die nicht aus politischen Gründen inhaftiert wurden. Ohnehin sind von der Amnestie alle politischen Häftlinge ausgenommen, die sich wegen "Terrorismus" oder aufgrund der im August erlassenen "Antiterrorismus-Gesetze" in Haft befinden. Das ist ein großer Teil aller politischen Häftlinge, deren Zahl mit 15 000 angegeben wird. Am Samstag, dem 25.11. wurde der Führer der "Arbeiterkommissionen", Marcelino Camacho, sowie 5 weitere führende Mitglieder entlassen. Die Arbeiterkommissionen sind die Gewerkschaftsorganisation, die sich die spanische Arbeiterklasse in der Illegalität geschaffen hat. Sie sind nach wie vor verboten. Camacho hatte maßgeblichen Anteil am Aufbau der Arbeiterkommissionen. Er wurde 1973 zu 20 Jahren Haft verurteilt, weil er an einer Sitzung der Leitung der Arbeiterkommissionen teilgenommen hatte.

Er befand sich seit 1967 fast ununterbrochen in Haft, nachdem er nach dem Bürgerkrieg bereits zwei Jahre in einem Konzentrationslager des Franco-Regimes zubringen mußte. Das spanische Regime versucht mit der Freilassung dieses populären Gewerkschafters, seine Politik mit der Amnestie abzudecken. Aber M.s Camacho hat bei seiner Freilassung erklärt: "Der Kampf geht weiter . . . Der Kampf für eine wirkliche Amnestie muß fortgesetzt werden."

Syrien erreicht, daß der UNO-Sicherheitsrat unter Anwesenheit der PLO verhandelt

New York. Das Hin und Her um die Verlängerung des Mandats für die Stationierung der UNO-Truppen auf den Golan-Höhen an der Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Syrien endete mit einer sechsmonatigen Verlängerung und einem politischen Erfolg Syriens. Der UNO-Sicherheitsrat wird am 12. Januar die Diskussion über das Nahost-Problem fortsetzen einschließlich der Palästina-Frage. Dabei sollen alle in diesem Zusammenhang verabschiedeten UNO-Resolutionen überprüft werden. Für diese Debatte sollen die Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO eingeladen werden, wie aus einer Zusatzerklärung des UNO-Sicherheitsrates zum Beschluß über die Verlängerung der Truppenstationierung hervorgeht. Die UNO-Vollversammlung hatte am 10. November beschlossen, daß Vertreter der PLO zu allen Verhandlungen hinzugezogen werden müssen, deren Gegenstand das Nahost-Problem ist. Unter dem Druck dieses Beschlusses der Vollversammlung mußten die US-Imperialisten auf ihr Veto-Recht gegen die Zusatzerklärung verzichten.

Genscher-Reise nach Israel

Bonn. Im Rahmen des viertägigen Besuchs von Außenminister Genscher im Zionistenstaat Israel werden nicht nur neue Kreditvereinbarungen getroffen, sondern eine aus Vertretern der Bundesregierung und der zionistischen Regierung zusammengesetzte Kommission zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen wird gegründet. Die Gründung dieser Kommission bringt zum Ausdruck, welch große Bedeutung der Zionistenstaat als imperialistischer Brückenkopf für die Bundesregierung und westdeutsche Bourgeoisie hat.

Diktat der Banken für New York

Die US-Regierung hat entschieden, der Stadt New York jährlich mit einem Kredit von 2,5 Mrd. Dollar über ihre Finanzschwierigkeiten hinwegzuhelfen. Die Gelder werden bereitgestellt für die Monate jeweils, in denen die Stadt keine oder nur geringe Einnahmen hat. In den übrigen Monaten muß der Kredit zurückgezahlt werden.

Die Banken hatten zuvor die Finanzkrise ausgelöst, weil sie nicht länger bereit waren, der Stadt Kredite zu geben. Verbunden mit der jetzt von der US-Regierung angekündigten Finanzhilfe ist ein "Sanierungsplan" der Stadt, der weitere Massenentlassungen, Verringerung der Sozialleistungen sowie drastische Steuererhöhungen vorsieht. Von einem solchen Plan hatten die Banken die Weiterführung ihrer Geschäftsbeziehungen mit der Stadt New York abhängig gemacht. Im Umweg über die Bundesregierung haben sie ihren Plan jetzt zur Ausführung gebracht. (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.11.)

Berichte über die Klassenkämpfe in

Island droht mit NATO-Austritt

Um seine Souveränität über die seit dem 15. Oktober geltende 200-Seemeilen-Wirtschaftszone durchzusetzen, hat Island jetzt gedroht, aus der NATO auszutreten. Wenn die britische Regierung und die britischen Fischereikonzerne nicht die isländische Hoheit über die 200-Meilen-Zone anzuerkennen bereit sind, wird Island die NATO-Rats-Tagung am 10. Dezember boykottieren. Der isländische Ministerpräsident erklärte gegenüber der Presse, er habe sich lange geweigert, von "Krieg" zu sprechen, "aber nachdem Großbritannien Kriegsschiffe in isländische Hoheitsgewässer entsandt hat, um illegale Fischereien zu schützen, kann ich nicht mehr anders".

Schulbehörde läßt Oman-Plakat entfernen

Schulbehörde läßt Oman-Plakat entfernen

Bremen. Während der Solidaritätswoche für das um seine Befreiung kämpfende Volk von Oman haben auch viele Schüler und Lehrer dieses Thema an ihrem Arbeitsplatz auf die Tagesordnung gesetzt. Sichtbares Zeichen dafür: In vielen Bremer Schulen wurden die Plakate der Nahost-Komitees aufgehängt und über die Ziele der PFLO diskutiert. Die Schulbehörde schritt sofort ein: Der Schulleiter des Schulzentrums Ellener Feld z.B. wurde angewiesen, das Plakat sofort zu entfernen, da dies eine "KBW-Angelegenheit" sei.

Doch warum sollte die Tatsache, daß auch der KBW den Kampf des Volkes von Oman unterstützt, für die Kollegen ein Grund sein, sich dieser Anordnung zu beugen? Sie hielten nicht still und verlangten eine inhaltliche Begründung der Behörde für die Entfernung der Plakate. Diese Begründung ist bisher nicht erfolgt.

Wiesbaden. Am Freitag, 28. November, fand in Wiesbaden-Biebrich eine erfolgreiche Veranstaltung des KBW in Zusammenarbeit mit dem Nahost-Komitee Frankfurt statt, die von ungefähr siebzig bis achtzig Menschen besucht wurde. 7 50 DM wurden auf der Versammlung gesammelt.

Frankfurt. Am 27.11. führten das Nahostkomitee und die Confoederation Iranischer Studenten/Nationale Union (CISNU) eine Oman-Solidaritätsveranstaltung durch. Rund 450 Menschen waren ins Haus Dornbusch gekommen. Der Film "Die Stunde der Befreiung ist gekommen" fand große Zustimmung und wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.In der anschließenden Saalsammlung wurden dann insgesamt 1 763,62 DM gesammelt. Damit hat sich der vom Nahostkomitee Frankfurt gesammelte Geldbetrag auf knapp 4 000 DM erhöht. – **(m., Nahostkomitee Frankfurt)**

Berichtigung

Westberlin. Nicht die britische Militärpolizei hat zwölf Menschen festgenommen bei ihrem Vorgehen gegen die Oman-Solidaritätsbewegung, sondern die Verhaftungen wurden von der Westberliner Polizei vorgenommen. Der Korrespondent der KVZ hatte es gerade andersherum dargestellt in der KVZ Nr. 47.

Imperialismus - faulender, sterbender Kapitalismus

In Zeiten des Aufschwungs der kapitalistischen Produktion melden sich bürgerliche Ideologen zu Wort, die vor weiterem "Wachstum" warnen. Ihr Gejammer ist die bürgerliche Reaktion auf folgende Tatsache, die Marx in seiner Schrift "Das Kapital" aufgezeigt hat: "**Die kapitalistische Produktion entwickelt (. . . .) nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.**" (Kapital I, S. 529f.) Die bürgerliche Öffentlichkeit mußte in den letzten Jahren diese unleugbare Tatsache eingestehen: "Umweltschutz" und "Humanisierung der Arbeitswelt" wurden zu Schlagworten. Ihnen zuliebe sollte freiwillig auf "industrielles Wachstum" verzichtet werden.

Die Krise der kapitalistischen Produktion zeigt aber, daß der Kapitalismus, der die Produktivkräfte nur entwickeln kann durch Vernichtung der Springquellen des Reichtums, überhaupt die Fähigkeit verliert, die Produktivkräfte zu entwickeln. An die Stelle des Gejammers über die Folgen des "industriellen Wachstums" tritt der Zweifel, ob der Kapitalismus überhaupt noch in der Lage ist, das industrielle Wachstum zu sichern. Unter der Überschrift: "Vor einer Wende? " schreibt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem monatlichen Konjunkturbericht:

"**Der Aufschwung will und will nicht kommen. Seit über einem Jahr verharrt die Wirtschaft nun schon in dem jetzigen Zustand der Erstarrung, und noch immer ist die Aussicht auf ein Ende des Weges durch dieses tiefste und kälteste Konjunkturtal der Nachkriegszeit kaum mehr als eine vage Hoffnung. Wann die Wende kommen wird, weiß niemand zu sagen. Selbst berufene Künder der Zukunft werden vorsichtiger, nachdem sich frühere Verheißungen stets als trügerisch erwiesen haben. Jetzt sagen die Forschungsinstitute voraus, daß die Arbeitslosigkeit noch für ein ganzes Jahr an der Millionengrenze verharren werde. Wahrscheinlich werden sie recht behalten. Es ist nicht nur die schlimmste, es ist auch die längste Rezession.**" (10.11.)

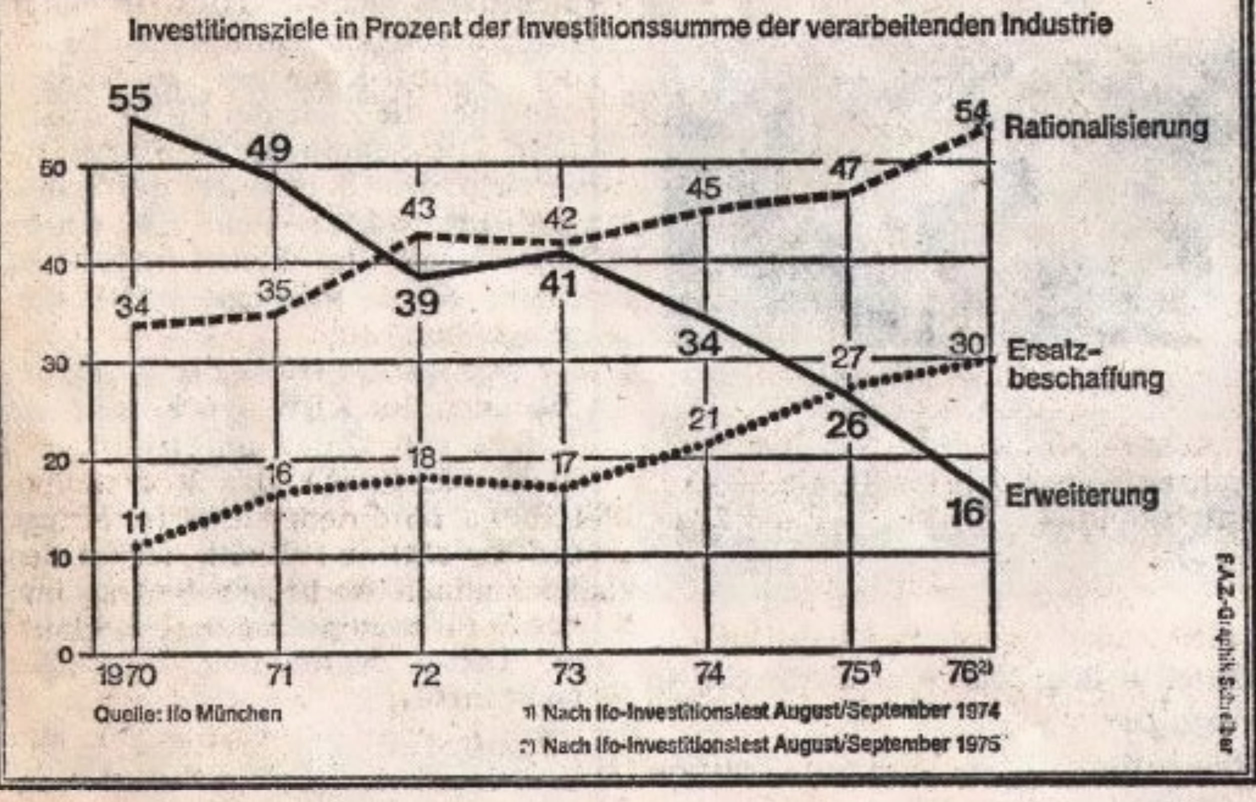


Schaubild 1

Je mehr sich die Wirtschaft "im Tal" befindet, desto inbrünstiger erheben die bürgerlichen Ideologen ihre Blicke nach oben. Nicht die Bourgeoisie beherrscht die Gesetze der kapitalistischen Produktion, sondern sie wird von den Gesetzen der kapitalistischen Produktion beherrscht. Das macht sie fromm. Die Arbeiterklasse muß anders auf die schreienden Widersprüche des Kapitalismus und die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion reagieren: Sie, die kein Privateigentum an den Produktionsmitteln besitzt, kann nicht nur das Privateigentum als Wurzel der Widersprüche und des Elends der kapitalistischen Produktionsweise erkennen. Sie kann es auch beseitigen.

Fortschritt – nur in der Kunst der Schweißauspressung

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion hängt ab von den Investitionen der kapitalistischen Privateigentümer, und deren Investitionslust und Investitionsbereitschaft hängt ab von den zu erwartenden Profiten und insbesondere der Rate des Profits auf das eingesetzte Kapital. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Investitionen selber bringt zu Tage, daß der Profit und die Investitionslust der Kapitalisten als Motor der Entwicklung der Produktivkräfte immer heftiger zu stottern beginnt. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein Kapitalistenvertreter an die Öffentlichkeit tritt und jammert, der Staat solle doch durch diese oder jene Maßnahme die Investitionslust der Kapitalisten wieder hervorkitzeln und die Arbeiter sollten durch Lohnverzicht ihm, dem "Unternehmer", die Lust an der Ausbeutung versüßen. Die Herren Unternehmer, auf die die Gesellschaft angeblich im eigenen Interesse angewiesen ist, gleichen altersschwachen, aber geilen Lustgreisen, die erst in Schwung gebracht werden wollen, bevor sie was zustandebringen.

Und was haben sie zustandegebracht in den letzten Jahren? Untersuchen wir, was sie mit dem Kapital gemacht haben, das sie sich durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse angeeignet haben. Die Investitionen der Kapitalisten lagen 1974 bereits 40 % unter dem Niveau von 1970. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betrugen die Anlageinvestitionen der Industrie 1970 27,4 Milliarden, 1974 nur noch 15,8 Milliarden. "1975 würden sie kaum die Hälfte von 1970 erreichen." (FAZ, 6.11.)

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet nach den Ergebnissen seines jüngsten Investitionstests für 1976 "in der verarbeitenden Industrie mit einem nochmaligen Sinken der realen Investitionen um etwa sechs Prozent". (FAZ, 27.10.) Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums haben die Investitionen zwischen 1955 und 1973 jährlich um 7,1 % zugenommen, im Zeitraum zwischen 1971 bis 1975 dagegen um jährlich 3,8 % abgenommen. (Süddeutsche Zeitung, 21.11.)

Dienten 1970 noch 55 % der Investitionen der Erweiterung der Produktion, also der Errichtung neuer Produktionsanlagen, so dienen 1975 von der um die Hälfte gesunkenen Investitionssumme nur noch 26 % der Erweiterung der Produktion. Der Anteil der Ersatzinvestitionen ist von 11 % auf 27 % gestiegen. Den Hauptanteil der Investitionen bilden jetzt die "Rationalisierungsinvestitionen", die von 34 % 1970 auf 47 % 1975 gestiegen sind. Nach allen Schätzungen der bürgerlichen Wissenschaftler wird sich diese Tendenz gerade so wie der Rückgang der Investitionen auch 1976 fortsetzen, und zwar verstärkt. (Siehe Schaubild 1) Die "Rationalisierungsinvestitionen" dienen ausschließlich der Verbesserung der Schweißauspressung. Sie werfen Arbeiter aus der Produktion und auf die Straße und verschärfen die Ausbeutung derjenigen Arbeiter, die in der Produktion gehalten werden.

Der wachsende Anteil der Rationalisierungsinvestitionen an den Investitionen insgesamt bedeutet keineswegs eine zunehmende Modernisierung der Produktionsstruktur. Im Gegenteil. "Industrieanlagen überaltert", meldet die bürgerliche Presse (FAZ, 6.11.). Die Altersstruktur der Industrieanlagen in der BRD hat sich seit 1960 beträchtlich verschlechtert. Waren 1960 noch 41 % der Industrieanlagen nicht älter als fünf Jahre und 32 % elf Jahre alt und älter, so hat sich dieses Verhältnis 1974 gerade umgekehrt: Nur noch 30 % der Industrieanlagen sind fünf Jahre alt und jünger, 45 % sind elf Jahre alt und älter. (Siehe Schaubild 2). Gleichzeitig sind die vorhandenen Kapazitäten im Durchschnitt nur zu 75 % ausgelastet. (Schaubild 3) Das hohe Lied auf den Unternehmer, das gegenwärtig in der bürgerlichen Presse besonders laut erklingt, dient offensichtlich nur der Vertuschung der Tatsache, daß die Kapitalisten längst aufgehört haben, Agenten des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein, wie die wirtschaftliche Krise erneut drastisch beweist.

Wenn die Kapitalisten in den letzten Jahren immer weniger investiert haben und ihre Investitionen in wachsendem Umfang nur noch der Verbesserung der Schweißauspressung gedient haben, heißt das nicht, daß die Kapitalisten weniger Geld zur Verfügung gehabt hätten. Statt es in die Produktion zu stecken, hat es die Kapitalistenklasse anderweitig verwandt: für steigenden Luxus, für Spekulationen jeder Art, ob in Devisen, Grundstücken oder Staatsanleihen, und für den Kapitalexport. All diese angenehmen Verwendungsarten von Geldmassen durch die Kapitalisten sind jedoch gefährdet, wenn ihre Grundlage, die industrielle Produktion und die Ausbeutung der Lohnarbeit in der materiellen Produktion, zu erliegen droht. Daher jetzt das Gejammer über den Rückgang der Investitionen.

Die Jagd nach Profiten konnte weder die industrielle Produktion noch die Investitionen in ausreichendem und wachsendem Umfang gewährleisten. Industrielle Produktion und die Entwicklung der Investitionen sind eingebrochen und stagnieren. Jetzt wollen die Kapitalisten zum Jagen getragen werden. Dafür verschärft der Staat die Ausplünderung der Massen und schüttet die abgepreßten Gelder als Prämie unter die Kapitalisten aus. Dafür sollen und müssen die Arbeiter eine Verschlechterung ihrer Lebenslage hinnehmen.

Wird die Jagdlust der Kapitalisten erhöht durch die Erhöhung der Profite, dann, so versprechen sich die bürgerlichen Ideologen, werden irgendwann auch mal wieder die Investitionen steigen und die Arbeitslosigkeit wird sinken.

Ist das nicht eine freche Verhöhnung der Arbeiterklasse? Die produzierende Klasse soll der aneignenden Klasse die Ausbeutung noch möglichst schmackhaft machen, damit die Ausbeutung bis zur nächsten Krise wieder besser funktioniert.

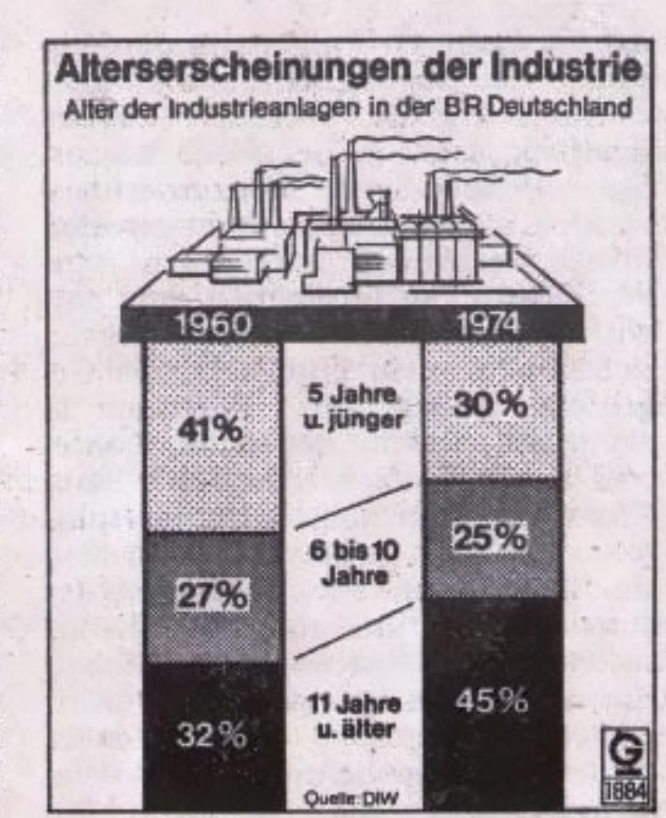


Schaubild 2

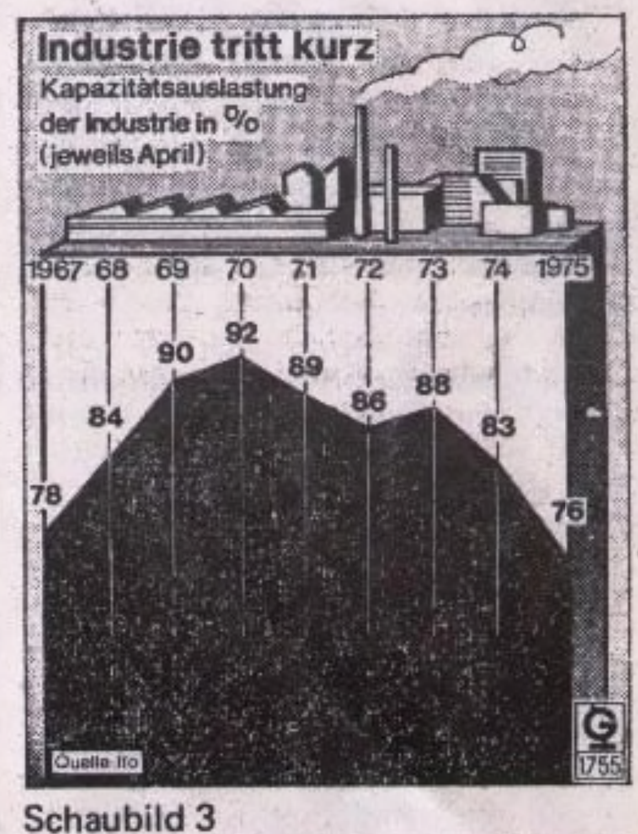


Schaubild 3

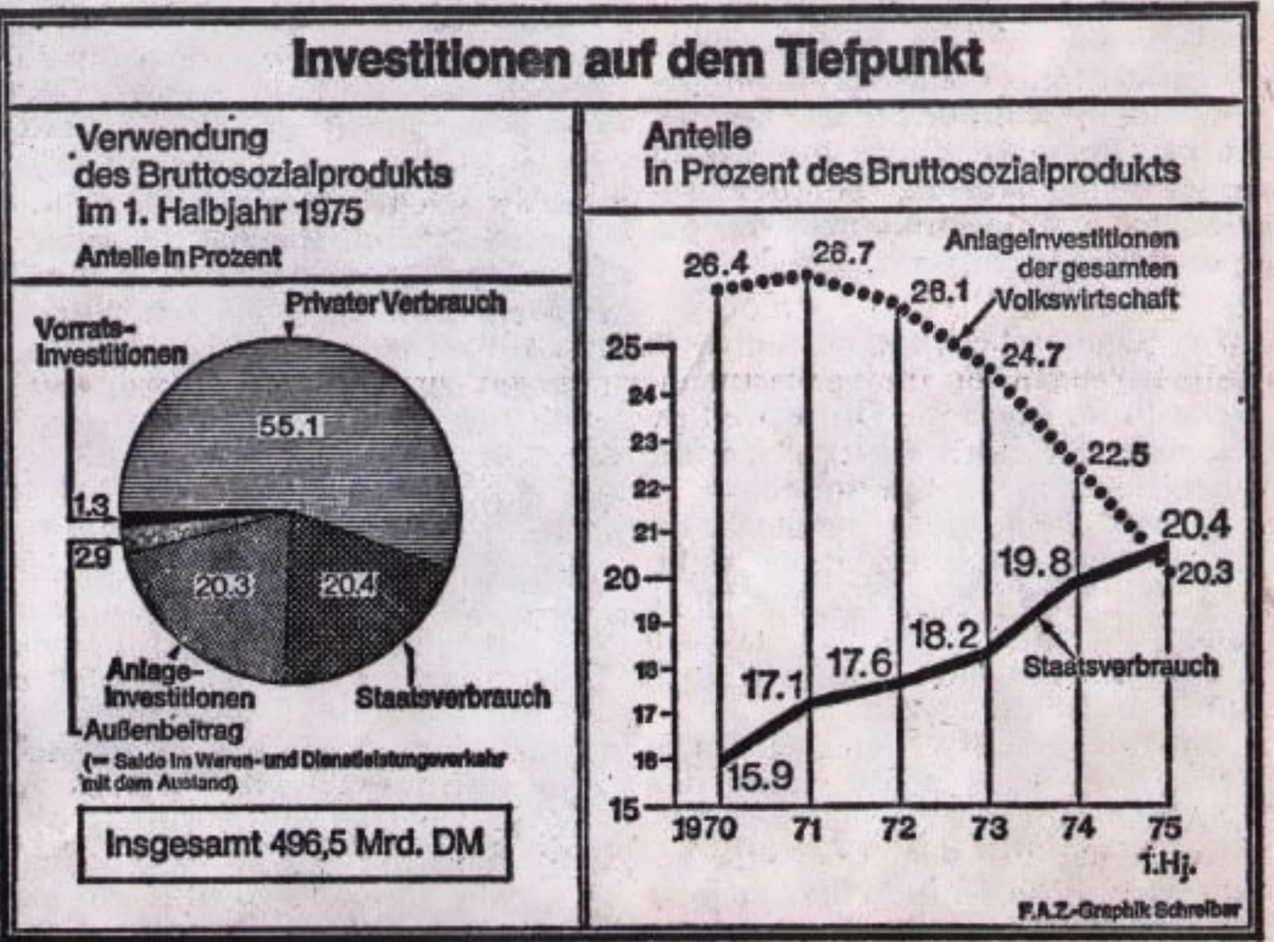


Schaubild 4

Versumpfung der gesellschaftlichen Produktion und Wucherung der staatlichen Bürokratie

Wird die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus gehemmt und werden in der Krise direkt Produktivkräfte vernichtet, so geht mit dieser wachsenden Unfähigkeit des Kapitalismus, die Produktivkräfte zu entwickeln und die gesellschaftliche Produktion voranzubringen, die Wucherung der staatlichen Bürokratie Hand in Hand. Wo der einzige Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung besteht, muß vor allem die staatliche Unterdrückung der Lohnarbeiter fortschreitend entwickelt werden. Je lauter die Ideologen der Kapitalisten den Liberalismus und die freie Marktwirtschaft beschwören, um so deutlicher zeigt sich die Tendenz des bürgerlichen Staates, die Gesellschaft zu verschlingen. Ein Zeichen dafür ist das Verhältnis zwischen den Investitionen für produktive Tätigkeiten und der Entwicklung des Staatsverbrauchs. In dem Maße wie die Investitionen seit 1970 zurückgingen und der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen gegenüber den Erweiterungsinvestitionen zunahm, hat der Anteil des Bruttosozialverbrauchs gegenüber dem Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt zugenommen. Mit 20,4 % übertrifft er heute bereits den Anteil der Investitionen. (vgl. Schaubild 4)

Auch diese Entwicklung bejammern die Ideologen des Kapitalismus heute bei jeder Gelegenheit. Sie vertuschen bewußt, daß die Wucherung der staatlichen Bürokratie nicht Ursache, sondern Folge der Tatsache ist, daß der Kapitalismus immer weniger in der Lage ist, die gesellschaftliche Produktion zu garantieren. Die kapitalistische Hülle der gesellschaftlichen Produktion wird immer löchriger, und um die Löcher zu stopfen, besitzt die Bourgeoisie kein anderes Mittel als den bürgerlichen Staatsapparat.

Auf Grundlage des Klassengegensatzes, der die bürgerliche Gesellschaft spaltet, kann dies auch gar nicht anders sein: "**Der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums entspricht das ständige Anwachsen des Staatsapparates. Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie und notwendiges Produkt der kapitalistischen Klassengesellschaft, verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgreifender werden die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben. Teilweise nimmt der Staat die Produktion in eigene Regie und wird selbst zum Kapitalisten. Gleichzeitig gewinnt der staatliche Unterdrückungsapparat zunehmend Vorrang vor allen anderen Seiten der Staatstätigkeit. Der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst.**" (Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland)

Das Gejammer über die Entwicklung der staatlichen Bürokratie von seiten der Bourgeoisideologen ist scheinheilig. Sind es nicht sie, die nach Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates (harmlos "Staatsverbrauch" genannt) schreien? Sind es nicht die Kapitalisten, die mit Hilfe des Staatsapparates die Volksmassen ausplündern und für ihre Geschäfte aufkommen lassen?



Schaubild 5

Wenn die Kapitalisten und ihre Ideologen über den Staatsverbrauch jammern, dann läuft dies nur darauf hinaus, daß sie die den Massen geraubten Steuergelder und die vom Staat verwalteten Versicherungsgelder, also einen Teil des Lohnes, direkt in die Verfügung der einzelnen Kapitalisten und Monopole bekommen wollen. Das ist der Sinn des Geschreis. Es ist Kriegsgeschrei.

Während die Kapitalisten in den letzten Jahren im Inland immer weniger investiert haben, haben sie die Investitionen im Ausland erhöht.

Export der Widersprüche

Auf seine inneren Widersprüche reagiert der Kapitalismus mit ihrem Export. Das Kapital, ausgepreßt aus der Arbeiterklasse des eigenen Landes, wird exportiert, wenn es verspricht, im Ausland profitabler angelegt werden zu können. Gingen die Investitionen in der Bundesrepublik seit 1971 drastisch zurück, so haben sich im gleichen Zeitraum die Direktinvestitionen im Ausland verdoppelt und seit 1966, der ersten bedeutenden Krise der Nachkriegszeit, fast vervierfacht. Beliefen sie sich 1966 noch auf 10 Milliarden, so belaufen sie sich heute auf 36,8 Milliarden. (Siehe Schaubild 5) Die Kapitalisten behaupten, sie müßten das Kapital ins Ausland exportieren, weil in der Bundesrepublik die Lohnkosten zu hoch seien. Immerhin waren die Löhne dafür niedrig genug, daß die Kapitalisten aus den Arbeitern 36,8 Milliarden auspressen konnten, um sie im Ausland anzulegen und ihre Ausbeutung über den Erdball auszudehnen.

Schon immer hat es das Kapital auf fremde Märkte getrieben, um sich aus Waren in klingende Münze zu verwandeln. Der Warenexport zieht den Kapitalexport nach sich, wenn der Markt gehalten werden soll und sobald die Produktion an Ort und Stelle profitabler erscheint oder wenn arbeitsintensive Produktionsmethoden in Niedriglohnländern Profitraten versprechen, die im eigenen Land nicht mehr erzielt werden können. Allemal jedoch exportiert der Kapitalist mit seinem Kapital auch die Widersprüche des Kapitalverhältnisses.

Fortsetzung S. 15

Fortsetzung: „Imperialismus..."

"In der Epoche des Imperialismus sind der Weltmarkt und die Weltwirtschaft aus Tendenzen zur Wirklichkeit geworden. Der Weltmarkt wird zum Schauplatz der unablässigen Gegensätze und Spannungen zwischen den Kapitalistengruppen, die große internationale Kapitale zusammenfassen und um die ökonomische Aufteilung der Welt kämpfen. Der Kapitalexport wird zum entscheidenden Hebel der ökonomischen Expansion. Da die territoriale Aufteilung der Welt bereits abgeschlossen ist und sich die kapitalistische Produktion in den einzelnen Staaten ungleichmäßig entwickelt, treibt der Kampf um Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären unvermeidlich kriegerische Auseinandersetzungen hervor." (Programm des KBW)

Das Kapital, das den Weltmarkt und die Weltwirtschaft verwirklicht und damit die Widersprüche in den kapitalistischen Ländern auf die ganze Welt ausdehnt, schafft gleichzeitig als den Gegenpol der imperialistischen Bourgeoisie das internationale Proletariat, mit dessen Kampf sich der Widerstand der unterdrückten Völker verbindet. Kapitalexport ist kein Mittel, die Widersprüche des Kapitalismus zu überwinden, sondern Mittel, diese Widersprüche zu verallgemeinern.

Die Entwicklung der Investitionen zeigt sowohl Ermattungstendenzen als auch Tendenzen zur verstärkten Expansion. Beide Tendenzen zeigen die schwindende Lebensfähigkeit des westdeutschen Kapitalismus, denn es ist kein Zeichen von Jugendfrische, sondern von Greisenhaftigkeit, wenn der Kapitalismus im Innern stagniert und das Kapital deshalb verstärkt ins Ausland strebt. Es ist ein Zeichen dafür, daß die Produktivkräfte in Westdeutschland so weit entwickelt sind, daß Produktionsverhältnisse, in denen der Profit der Kapitalisten den Antrieb der gesellschaftlichen Produktion bildet, längst zur Fessel von Produktion und Kultur geworden sind. In den anderen imperialistischen Ländern ist es nicht anders. Vergleichsweise steht der westdeutsche Kapitalismus sogar noch gut da.

Imperialismus – Kapitalismus in Todeskrämpfen

Die Lebensfähigkeit des Kapitalismus nimmt in dem Maße ab, wie sich der tendenzielle Fall der Profitrate durchsetzt. Dieser tendenzielle Fall der Profitrate ist aber nur die andere Seite der Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus. Der Antrieb des Kapitalisten bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion ist der Profit. Der Profit kann aber nur entstehen aus der Ausbeutung der **lebendigen** Arbeit. Dem Kapitalisten zählt freilich nicht der Profit als solcher. Was für ihn zählt, ist der Profit bezogen auf das ganze eingesetzte Kapital, ist die Profitrate. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte nimmt jedoch der Teil des Kapitals, der für Maschinerie usw., also die Produkte **früherer** Arbeit, aufgebraucht werden muß, im Verhältnis zu dem Teil des Kapitals, der für die Ausbeutung der lebendigen Arbeit, d. h. den Kauf von Arbeitskraft aufgebracht wird, tendenziell zu. Entsprechend fällt die Profitrate tendenziell, das heißt der aus der lebendigen Arbeit ausgepreßte Profit bezogen auf das gesamte eingesetzte Kapital.

In dem Maße, wie der Kapitalismus lebendige Arbeit durch Maschinerie ersetzt, und unter dem Druck der Konkurrenz bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als dies zu tun, verringert er gleichzeitig die Antriebskräfte der kapitalistischen Produktion, die Profitrate. Karl Marx hat dieses Gesetz, das sich nur als Tendenz durchsetzt im ständigen Auf und Ab des industriellen Zyklus, entdeckt und formuliert. Es ist **"in jeder Hinsicht das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehen".** (Marx)

Das Jammern der Kapitalisten über den "Rückgang der Erträge" (Schaubild 6) spiegelt die Wirkung dieses Gesetzes geradeso wider wie die zahlreichen Versuche, seiner Wirkung entgegenzuarbeiten. Monopolkapitalismus und Imperialismus sind nichts als ein besonderes Stadium des Kapitalismus, in dem die Versuche, dem Untergang des Kapitalismus entgegenzuarbeiten, bereits zur vorherrschenden Tätigkeit der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates geworden sind.

"Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus geht einher mit dem Schwinden seiner Fähigkeit, die Produktivkräfte weiter zu entfalten. Seine Aufschwungsphasen erkauft sich der monopolistische Kapitalismus durch langandauernde Krisen und durch Kriege, in denen massenhaft Werte vernichtet werden, durch ständig steigende Rüstungslasten. Die Blüte einzelner Industrien geht einher mit der Stagnation in anderen Zweigen und Verödung ganzer Regionen, bis zur Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ist sterbender Kapitalismus und geht in Fäulnis über. Die Bourgeoisie – revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus – wird durch und durch reaktionär. Ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Profits stellt sie in Widerspruch zum gesellschaftlichen Fortschritt, der mit der schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte verknüpft ist. Gleichzeitig wird sie mehr und mehr überflüssig zur Organisierung der Produktion und tritt diese Funktion an bezahlte Agenten ab, während sie selbst sich in einen schmarotzenden Auswuchs am Körper der Gesellschaft verwandelt, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler." (Programm des KBW)



Schaubild 6

Das Schaubild zeigt die Entwicklung des Profits bezogen auf den Umsatz und nicht die Entwicklung des Profits bezogen auf das eingesetzte Kapital. In der Tendenz dürften sich diese Entwicklungen jedoch entsprechen. Untersuchungen über die Entwicklung der Profitrate sind mir nicht verfügbar.

Die gegenwärtige Krise des westdeutschen Kapitalismus scheint eine Illustration auf diese Passage des Programms des KBW zu sein. Tatsächlich ist diese Passage nur eine zusammenfassende Würdigung der Entwicklungstendenz des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase. Der Charakter des Imperialismus tritt in der gegenwärtigen Krise erneut deutlich zutage, nachdem die Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal die Jugendfrische des Kapitalismus in Westdeutschland zu beweisen schien. In Wirklichkeit war die Wiederaufbauphase und der Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg nur eine vorübergehende Erscheinung, die den Charakter des Imperialismus verdecken, aber nicht ändern konnte.

Der Imperialismus ist sterbender Kapitalismus, der in Fäulnis übergeht. Aber dieser lebendige Leichnam, der bereits bei Lebzeiten zu stinken beginnt, kann nicht sanft entschlummern, sondern nur nach einer Serie von Krisen verschiedenster Art und einer Reihe von Aufständen der Arbeiterklasse und des Volkes durch die proletarische Revolution ins Grab gestoßen werden. – (js)

Antwort an die „Rote Fahne"

Widersprüche und Gegensätze zwischen Imperialisten sind geschickt auszunutzen, um die Imperialisten aufeinanderzuhetzen

Die "Rote Fahne" – Zentralorgan der Gruppe Rote Fahne (KPD) – beschuldigt in ihrer Nummer 46 die KVZ der "Provokation gegen die Volksrepublik China" und der "chinafeindlichen Äußerung". Anlaß dazu ist ein Artikel in der KVZ 44 anläßlich der Schmidtschen Chinareise und darin die folgende Passage: "Die Außenpolitik der Volksrepublik China unterstützt diese Entwicklung (der Verschärfung innerimperialistischer Widersprüche – W.M.) nach Kräften. Sie behauptet nicht, die Widersprüche zwischen den Imperialisten und insbesondere zwischen den beiden Supermächten ließen sich ausgleichen, sondern legt dar, daß diese Widersprüche zum Zusammenstoß führen müssen. Sie nutzt die Widersprüche zwischen den Imperialisten aus, um sie aufeinanderzuhetzen."

Die "Rote Fahne" regt sich besonders über die Formulierung auf vom "Aufeinanderhetzen" der Imperialisten. Das sei die Sprachregelung der *"Soldschreiber des Sozialimperialismus"*, welche die Leitung der Kommunistischen Partei Chinas schon immer als "Kriegstreiber" bezeichne. *"Die chinesischen Genossen wollen niemand aufeinanderhetzen, sie wollen keinen Krieg schüren, sie kämpfen für den Frieden. Aber sie sind Leninisten und analysieren, daß solange Imperialismus und Sozialimperialismus bestehen, Kriege unvermeidlich sind"*, schreibt die "Rote Fahne".

Aufeinanderhetzen der Imperialisten – "Grundregel bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus"

Im Dezember 1920 hielt Lenin vor der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR (B) eine Rede, in der er anläßlich der Frage von Konzessionsvergaben an imperialistische Mächte die Grundsätze darlegte, die verfolgt werden müssen in der Außenpolitik eines sozialistischen Landes, solange die imperialistischen Mächte – wenn sie alle vereinigt wären – stärker sind als das oder die sozialistischen Länder. **"Das Wesentliche"**, schreibt Lenin, **"... ist die Regel, die wir nicht nur theoretisch erfaßt, sondern auch praktisch angewandt haben, und die für uns lange Zeit, bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus die Grundregel bleiben wird, nämlich daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinander hetzen muß. Solange wir nicht die ganze kapitalistische Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an die Regel zu halten, daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen den Imperialisten geschickt ausnutzen muß. Hätten wir uns nicht an diese Regel gehalten, so hingen wir alle längst zum Vergnügen der Kapitalisten an diversen Bäumen."** (Werke Band 31, S. 435) Und etwas später: **"Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, diese Feindschaft der Kapitalisten auszunutzen, um sie aufeinander zu hetzen."** (S. 439)

Lenin steht ja wohl nicht in Gefahr, als "Soldschreiber des Sozialimperialismus" verdächtigt zu werden und die KVZ wird sich hoffentlich nicht erneut die Beschuldigung einer "Provokation gegen die Volksrepublik China" zuziehen, wenn sie Lenin zitiert. Festhalten kann man auf jeden Fall, daß Lenin keineswegs Furcht hatte, als Friedensfeind dazustehen, wenn er sagte: Die imperialistischen Kriegstreiber muß man gegeneinander hetzen. Ausdrücklich rät er:

"Gegenwärtig stehen wir zwischen zwei Feinden. Ist es unmöglich, sie beide zu besiegen, so muß man es versuchen, die Kräfte so zu gruppieren, daß die beiden untereinander in Streit geraten, denn wenn zwei Diebe sich streiten, ist der Ehrliche der lachende Dritte." (S. 437) Als ehrlichen Dritten aber bezeichnete Lenin die junge Sowjetmacht, weil sie kein imperialistischer Dieb war, sondern ein Land der Diktatur des Proletariats, das die proletarische Weltrevolution auf seine Fahnen geschrieben hatte und das dabei alle imperialistischen Widersprüche ausnutzte und das keineswegs die Träume kleinbürgerlicher Pazifisten teilte vom Frieden zwischen den imperialistischen Mächte. Der jungen Sowjetmacht ging es vor allem um den Sieg der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker über die imperialistischen Räuber und nicht um Frieden mit den Räubern, noch setzte sie wie der kleinbürgerliche Pazifismus auf Frieden zwischen den Räubern. Frieden, den kann es erst geben nach Niederschlagung der Räuber. Bis dahin gibt es Atempausen, in denen die ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Völker sich auf neuen Angriff vorbereiten: **"Sobald wir stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."** (S. 437)

Verschärfung der imperialistischen Widersprüche

Nicht anders denkt heute die Kommunistische Partei Chinas darüber. Im Politischen Bericht des Zentralen Komitees an ihren IX. Parteitag ist 1969 ausgeführt worden: **"Vorsitzender Mao stellte vor kurzem fest: 'Was die Frage des Weltkrieges betrifft, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert! Dies erklärt sich daraus, weil in der Welt der gegenwärtigen Epoche vier große Widersprüche existieren: der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten; der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits. Die Existenz und Entwicklung dieser Widersprüche wird unweigerlich zur Revolution führen.'"** (Dokumente des IX. Parteitages der KP Chinas, S. 94f.)

Die letzte Feststellung, daß alle diese Widersprüche unweigerlich zur Revolution führen, gilt für alle vier Widersprüche, auch für den zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie für den Widerspruch unter den imperialistischen Staaten. Seit Lenin aber ist ein für allemal klargestellt, in welcher Weise Revolutionäre die vom Imperialismus hervorgetriebenen grundlegenden Widersprüche behandeln, nämlich so, daß "man vorwärts gehen sollte zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn (den Imperialismus) erzeugten Widersprüche" und nicht "rückwärts zu deren Abstumpfung". (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Band 22, S. 292)

Die Politik der Volksrepublik China dient der Revolution

Heißt das nun, daß die Revolutionäre Kriegstreiber sind? Offenbar nicht. Der Imperialismus bringt den Krieg hervor. Aufgabe der Revolutionäre ist es, dafür zu sorgen, daß nicht die Arbeiterklasse und die Staaten, in denen sie die Herrschaft ausübt, vom imperialistischen Krieg vernichtet werden, sondern die Imperialisten, die den Krieg vorbereiten und anzetteln, selber. Deshalb muß man die Widersprüche zwischen ihnen vertiefen und sie aufeinander hetzen.

Warum ist der "Roten Fahne" diese einfache Wahrheit so schrecklich? Weil sie nicht wahrhaben will, daß die Außenpolitik der Volksrepublik China der Revolution dient. Die "Rote Fahne" will die Außenpolitik der Volksrepublik China dem kleinbürgerlichen Pazifismus schmackhaft machen, indem sie diese auf die alte Bürgerweisheit herunterbringt: "Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt." Die Volksrepublik China und die dort herrschende Arbeiterklasse sind aber nicht verfolgte Lämmer, die den Wolf fürchten, sondern Teile der Weltarmee des Proletariats und gegenwärtig sein Vortrupp im Kampf. Sie wollen nicht einfach in Frieden ihr Haus bestellen, sondern einen möglichst großen Beitrag zur Weltrevolution leisten. Auch mit ihrer Außenpolitik tun sie das. Diese zersplittert und schwächt die imperialistischen Gegner, indem sie die Sache der staatlichen Unabhängigkeit und der nationalen Befreiung fördert. Sie schafft damit den Völker Raum für die Revolution, in China selbst bei der Festigung der Diktatur des Proletariats und den ausgebeuteten Klassen in allen Ländern der Welt.

Indem die Politik der Volksrepublik China im Frieden und im Krieg an der Revolution festhält., leistet sie zugleich einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der ja nur durch die Revolution beseitigt werden kann. Die Kommunistische Partei Chinas wird nicht müde, die Völker der Welt darauf hinzuweisen, daß nur die Revolution den imperialistischen Weltkrieg verhindern kann. Und das bedeutet für die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in den imperialistischen Ländern, daß der einzig richtige Weg für sie bei der Vorbereitung gegen den Krieg darin besteht, die Revolution vorzubereiten. Wenn die "Rote Fahne" sich das klarmachen würde, könnte ihr auch nicht mehr das Mißgeschick unterlaufen, indirekte Lenin-Zitate für eine Provokation der Volksrepublik China zu halten. – **(wm)**

Djinggangschan. Das Djinggang-Gebirge in der Provinz Kiangsi ist in der Geschichte der chinesischen Revolution von großer Bedeutung, denn hier wurde durch den Zusammenschluß der Truppen von Mao Tsetung und Schu Dö die chinesische Rote Arbeiter- und Bauernarmee gebildet und in den Jahren 1927/28 von den Volksmassen das erste befreite Gebiet Chinas errichtet. Die in verstreuten Dörfern lebenden armen Bauern und unteren Mittelbauern litten unter der Herrschaft der feudalen Grundherren unvorstellbares Elend. Sie waren bereit, sich um die Kommunistische Partei zusammenzuschließen und zum Kampf zu erheben. Das undurchdringliche Gebirge mit den riesigen grünen Wäldern eignete sich vorzüglich zum Aufbau eines revolutionären Stützpunktes. Trotz der heute an beiden Seiten der Landstraße angelegten weiten Felder und Plantagen und der oft auffallend schönen Ortschaften gehört das Djinggang-Gebirge immer noch zu den "harten Gebieten" in China, wohin es revolutionäre Jugendliche aus den Städten zieht. Große Massen von Jugendlichen sind in den vergangenen Jahren dem Aufruf des Genossen Mao Tsetung gefolgt und nach der Beendigung der Mittelschule für zwei und mehr Jahre aufs Land gegangen, um auf diese Weise dazu beizutragen, die Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Bauern und zwischen Hand- und Kopfarbeit einzuschränken. Viele von ihnen kamen dabei zu dem Entschluß, für immer auf dem Land zu bleiben. Was sie hierzu veranlaßt, wie sie in den Dörfern leben und arbeiten, warum die Reaktionäre die Arbeit der Jugendlichen auf dem Land lügnerisch als "Zwangsarbeit" bezeichnen, was für Schwierigkeiten und Erfolge sie haben – das erfuhr der Korrespondent der KVZ in einem Gespräch mit einem Genossen, der 1968 in einer Gruppe von 51 Schanghaier Rotgardisten in die landwirtschaftliche Produktionsbrigade Ciao Tung kam, die sich mitten im Dinggangschan befindet. In der Brigade gibt es 300 Arbeitskräfte. Der Genosse ist 29 Jahre alt und kürzlich in die Kommunistische Partei Chinas aufgenommen worden.

Ein junger Chinese erzählt, warum Jugendliche aufs Land ziehen.

Den Bauern helfen und von ihnen lernen

Entschlossen, die rote Fahne zu tragen und die Revolution weiterzuführen

Genosse, kannst du erzählen, wie du ins Djinggang-Gebirge kamst?

Wir waren 51 Absolventen von Schanghaier Mittelschulen und kamen 1968 in die Landwirtschaftsbrigade Ciao Tung. Wir hatten alle schon vor der Kulturrevolution die Mittelschule abgeschlossen und hatten vor, in die Universität zu gehen. Keiner von uns hatte die Idee, auf dem Land zu leben. Aber durch die Erfahrungen in der Großen Proletarischen Kulturrevolution entschlossen wir uns, die revisionistische Linie von Liu Schao-tschi zu bekämpfen. Wir erkannten, daß es in der Frage der Heranbildung der Jugendlichen einen erbitterten Kampf zwischen den zwei Linien und den zwei Klassen gibt. Die revisionistische Linie zielte darauf ab, die Schulabsolventen zu Beamten zu machen und zu Trägern des Revisionismus von Liu Schao-tschi. In der Kulturrevolution erhöhte sich unser politisches Bewußtsein und wir wollten uns im Sinne der Lehre des Vorsitzenden Mao mit den Arbeitern und Bauern verbinden. Genosse Mao Tsetung rief uns dazu auf, in die harten Gebiete zu gehen. Er sagte, je härter die Arbeit ist, desto größer ist unsere Pflicht, sie zu verrichten. Er sagte, wir müssen uns mit den 500 Millionen Bauern verbinden. Die Rotgardisten stellten Anträge, aufs Land gehen zu können. Der Jüngste von unserer Gruppe war damals 17 Jahre. Ich war 22. Wir kamen aus elf Schulen und waren eine Kampfgruppe. Alle waren entschlossen, nicht in Schanghai zu bleiben und nicht in Fabriken zu gehen, sondern aufs Land. So kamen wir im August 1968 hierher.

Wie seid ihr von den Bauern der Brigade empfangen worden? Waren sie gleich begeistert bei eurer Ankunft?

Die Begrüßung hier ist für uns unvergeßlich. Die Bauern legten einen Weg von zehn Kilometern zurück, um uns zu begrüßen. Wir wurden mit Gongs und Musik wie Verwandte empfangen. Sie hatten für uns Schweine geschlachtet und Käse hergestellt. Die Bauern hießen uns willkommen, denn es gibt hier verhältnismäßig wenig Bevölkerung, aber viel bebaubaren Boden. Um uns die richtige Richtung zu weisen, gaben sie uns sogleich eine Klassenerziehung. Sie sprachen mit uns über das Elend in der alten Gesellschaft und die Unterdrückung durch die Grundherren. Diese Berichte helfen uns, leichter mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Wir kamen aus Schanghai und hatten anfangs Schwierigkeiten bei der landwirtschaftlichen Arbeit, zum Beispiel längere Zeit Lasten zu tragen. Als wir in Schanghai waren, gingen wir täglich auf breiten Straßen, nun auf schmalen Pfaden. Das ist natürlich eine große Umstellung, deshalb mußten wir auch Umwandlungen in unseren Köpfen vollziehen. Mit der Unterstützung der Bauern überwanden wir die Schwierigkeiten.

Du sagtest, ihr wolltet auf jeden Fall aufs Land und nicht in Fabriken gehen. Warum?

Wir wollten nicht in die Fabrik, weil wir von der Kulturrevolution erzogen worden waren. Wir waren Rotgardisten und wollten das tun, was am schwersten war. Wenn wir in China den Sozialismus aufbauen wollen, dann müssen wir zuerst auf dem Land fortgeschrittene Verhältnisse schaffen. Damals hatten wir als Rotgardisten eine große Reise im Land gemacht und hatten festgestellt, daß die Dörfer uns nötig brauchten. Wir hatten auch dieses Gebiet bereist und wußten, daß wir nicht nach Ruhm und Gewinn jagen dürfen, sondern dort arbeiten müssen, wo die gefallenen Helden gearbeitet haben.

Die Lügen der Reaktionäre

Die antikommunistische Propaganda im Ausland behauptet oft, ihr würdet nicht freiwillig aufs Land gehen.

Wir sagen: Bei uns sind nicht nur Flüsse und Berge umgewandelt worden, sondern – am wichtigsten – auch die Menschen. Wir denken und handeln mit den armen Bauern und unteren Mittelbauern. Die Klassenfeinde wie die Lin-Biao-Clique haben versucht, die Tatsache, daß die Jugendlichen aufs Land gehen, in Mißkredit zu bringen und zu beseitigen. Lin Biao hatte unsere Arbeit Zwangsarbeit genannt und so versucht, die Politik der Partei zu sabotieren, um die Jugendlichen als Werkzeuge der Bourgeoisie zu mißbrauchen. Es gab auch Behauptungen, die Jugendlichen seien auf dem Land nicht von Nutzen. In der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist offenbar geworden, welcher Zweck mit solchen Behauptungen verfolgt wurde. Wir haben uns an der Kampagne beteiligt und diese Unsinnigkeiten widerlegt. Wir kommen freiwillig aufs Land, um mit den Bauern zu arbeiten. Die armen Bauern helfen uns politisch und im Leben sehr. Sie beauftragen uns mit wichtigen Aufgaben. Fünf von uns wurden in die Kommunistische Partei aufgenommen, und über zehn sind Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes geworden. Die armen Bauern vertrauen uns, und wir haben zum Teil verantwortliche Positionen in der Produktionsbrigade, in der Parteizelle usw. Einer von uns ist der Leiter des Parteikomitees der Brigade. Wie könnte man all das als Zwangsarbeit bezeichnen? Lin Biao griff uns an, weil sein Standpunkt der des Großgrundbesitzers und Ausbeuters war. Nach Konfuzius war es nur das "gemeine Volk", das sich mit der Landwirtschaft beschäftigte; und Lin Biao folgte Konfuzius. Wir jedoch werden unser Leben lang auf dem Land bleiben, um das Land zu verändern.

Daß die Jugendlichen aufs Land gehen, ist wichtig für die Verringerung der drei großen Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Bauern, Hand- und Kopfarbeit und zur Verhinderung von Revisionismus und Reaktion. Liu Schao-tschi und Lin Biao waren als Vertreter der Bourgeoisie und der Grundherren bestrebt, die Unterschiede zu erweitern. Wir müssen den Weg der Verbindung mit den Arbeitern und Bauern gehen. Die Partei und die Volksmassen unterstützen diese Sache. Heute wird vom Staat jedes Jahr ein Plan ausgearbeitet, wieviele Jugendliche jährlich aufs Land oder in die Fabrik gehen können. Die Schüler in den Mittelschulen werden in dem Geist erzogen, nach der Beendigung der Schule in die Gebiete zu gehen, wo besonders Arbeitskräfte gebraucht werden. Im allgemeinen werden sie dann für die verschiedenen Gebiete eingeteilt. Aber es gibt Schulabsolventen, die den Wunsch haben, in ihre Heimatkommune zu gehen oder dorthin, wo die Bedingungen besonders schwierig sind. Solche Wünsche werden nicht selten erfüllt.

Mit den Bauern gekämpft und gearbeitet

Was für Arbeiten haben die Jugendlichen aus Schanghai in den vergangenen Jahren in der Brigade gemacht? Wie werdet ihr eigentlich bezahlt, nach dem gleichen Punktesystem wie die Brigadebauern?

Wir werden nach dem gleichen System wie die Brigadebauern bezahlt. Wir haben mit den armen Bauern in den vergangenen Jahren gekämpft und uns an den Bewegungen beteiligt. Wir haben auch bei den Bewegungen zur Säuberung der Klassenreihen mitgemacht und wir sehen jetzt klar über die Verhältnisse im Dorf. Wir versuchten einmal auf dem Feld den Anbau einer neuen Reissorte. Der Stengel dieser Sorte ist ziemlich kurz und kann deshalb vom Wind nicht geknickt werden. Ein Reaktionär äußerte über unser Experiment, daß wir damit keinen Erfolg haben würden. Nicht einmal Stroh für die Pferde würde dabei herauskommen. Er wollte uns entmutigen. Die armen Bauern dachten über unsere Versuche anders. Das ist der Kampf zwischen den zwei Linien. Wenn wir etwas Neues versuchen und dabei Fortschritte erzielt werden, freuen sich die armen Bauern. Wir erkannten, daß der Reaktionär nicht nur diesen Versuch sabotieren wollte, sondern daß ihm die ganze Richtung nicht paßte, denn die neue Reissorte würde den Sozialismus weiterbringen. Durch die Kämpfe und die Kritik an der These, der Klassenkampf sei schon erloschen, wurde unser revolutionärer Wille nur fester. Alle sind Mitglieder der Volkskommune, deshalb machen wir alles zusammen mit den Bauern.

Wir haben in der Brigade Bewässerungsanlagen gebaut. Wir haben innerhalb von drei Wintern eine Elektrostation errichtet. In der Schule hatten wir nur Buchwissen; jetzt arbeiten wir mit den Bauern und lernen von ihnen. Im Winter ist es im Djinggang-Gebirge sehr kalt, aber die armen Bauern fürchten die Kälte nicht. Als wir einen Staudamm bauten, sprangen sie in das eisige Wasser, um Löcher in den Fels zu bohren. Wir lernten auch dies von ihnen. Zwei unserer Genossen wurden nach dem Bau der Elektrostation zur Ausbildung als Elektriker eingeteilt. Sie machten in der Stadt eine kurze Lehre und legten dann im Dorf die Leitungen. Da wir keine Schrauben und Muttern hatten, haben wir sie aus Eisenabfällen selber hergestellt. Wir sparten dabei eine Menge Geld. Als die Station in Betrieb gesetzt wurde, saßen die Bauern unter elektrischem Licht und freuten sich. Eine derartige Freude haben wir in der Stadt oder in der Schule niemals miterleben können, das können wir erst hier. Wir haben uns an vielen Arbeiten beteiligt. Genossen von uns arbeiten in der Wettervorhersagestation der Brigade. Bei praktischen Arbeiten wie Düngerherstellung, Insektenbekämpfung usw. konnten wir unser Buchwissen sinnvoll anwenden. Wir bestellen mit den Bauern gemeinsam die Felder und wir haben mit ihnen auf dem Berg Bäume gefällt und den Boden für den Bau von Häusern gestampft. Wir werden weitere Gebäude für das Kollektiv bauen, zum Beispiel eine Kantine, kleine Fabriken.

Ihr wollt kleine Fabriken aufbauen?

Ich sagte schon, daß wir Schrauben und Muttern hergestellt haben. Diese Produktion werden wir weiterführen. Wir wollen ein Unternehmen zur Holzverarbeitung aufbauen und eine kleine Maschinenfabrik. Wir haben in Ciao Tung Maschinen zur Getreideverarbeitung, zur Futterherstellung, wir haben Traktoren. Dafür brauchen wir Reparaturwerkstätten. Arbeiter aus den Städten helfen uns durch die Lieferung von Einzelteilen und leisten andere praktische Hilfe. Unsere Traktoren werden für Bodenbestellung, Transport, Verarbeitung usw. benutzt. Darum müssen wir für die Traktoren die verschiedensten Maschinenteile herstellen können. In Zukunft werden wir auch eine Reihe von Gerätetypen für die Ernte, Bestellung usw. selber herstellen.

Was meinst du, wenn du sagst, Arbeiter aus den Städten helfen euch? Hat die Brigade zu bestimmten Fabriken regelmäßigen Kontakt?

Wir stehen mit bestimmten Fabriken und Institutionen in Verbindung. Das geschah zum Beispiel so: 1973 kam eine neue Gruppe von 31 Jugendlichen in diese Brigade. Die meisten von ihnen sind Kinder von Arbeitern aus drei Städten. Von den Vätern arbeiten welche in einer Druckerei, einem Transportunternehmen, einer Kohlengrube usw. Die Väter kümmern sich natürlich weiter um ihre Kinder und besuchen sie manchmal hier. So entsteht eine Verbindung zwischen der Brigade und den Arbeitsstellen der Väter. Beispielsweise liefert uns die Druckerei politische und andere Bücher und Papier. Wenn wir in dieser Richtung etwas brauchen, wenden wir uns an sie. So bekommen wir bestimmte industrielle Produkte, und manche Fabriken stellen speziell für uns ein bestimmtes Maschinen- oder Geräteteil her oder reparieren etwas für uns. Krankenhäuser bilden für uns Barfußärzte aus und versorgen uns mit Medikamenten. Diese Art der Verbindung von Brigade und Fabriken ist eine gute Form der Verbindung von Arbeitern und Bauern. Die Eltern der Jugendlichen sind Arbeiter, und die Brigadebauern besuchen von Zeit zu Zeit die Eltern in der Stadt.

Neue Erscheinungen im Bildungswesen

Habt ihr bestimmte Lehraufgaben in der Brigade? In einer anderen Brigade nicht weit von hier erzählten mir junge Genossen, die auch aus der Stadt kamen, daß sie zum Beispiel in den Arbeitspausen Schreiben und Lesen unterrichten.

Ja, wir haben die Aufgabe, Schreib- und Leseunterricht zu geben. Wir verbinden dabei den Unterricht mit der Propaganda für die Linie des Vorsitzenden Mao. Beispielsweise hat eine Genossin von uns einen Fernkurs in Politik und marxistischer Theorie gemacht. Und jetzt arbeitet sie als Lehrerin in der Abendschule, unterrichtet Politik und marxistische Theorie und in Verbindung damit Lesen und Schreiben. Wir haben auch Bühnenprogramme ausgearbeitet, bei denen die Zuschauer immer verschiedene neue Schriftzeichen kennenlernen. Wir bemühen uns auch, den Bauern Kenntnisse über den wissenschaftlichen Anbau zu vermitteln. Dabei lernen wir viel von den Bauern. Die Genossen, die in der Abendschule tätig sind, arbeiten tagsüber mit den Bauern in der Landwirtschaft. Zuerst waren sie abends müde. Aber als sie sahen, wie fleißig die Bauern am Tag und dann noch abends waren, mußten sie ihre Müdigkeit vergessen und stellten fest, daß sie mehr machen konnten. Das heißt, sie haben eine ideologische Umwandlung erfahren.

Wir haben nicht nur vom Bewußtsein der Bauern gelernt, sondern auch von ihren Erkenntnissen. Einer von uns arbeitete in der Wetterstation. Die Bauern berichteten ihm, daß wenn die oberste Schicht der Reissuppe vom Wind getrennt wird, daß das Wetter dann bald klar und hell wird. Oder: Wenn die Vögel in den Berg fliegen, wird das Wetter schön, fliegen sie jedoch vom Berg herunter, wird es bald regnen.

Eine Genossin ist Barfußärztin. Sie behandelt die Bauern und lernt von ihnen viel über Heilkräuter. Die Bauern kennen viele Kräuter, die für medizinische Zwecke wichtig und leicht zu finden sind. In diesem Jahr kamen Professoren und Arbeiter aus Hochschulen und Fachschulen aus Schanghai und anderen Städten, um uns bei der Ausbildungstätigkeit zu unterstützen. Es kamen welche aus einer Textilschule, einer Maschinenbau-Hochschule, Musik-Hochschule usw. Es kamen auch Genossen, die Schulungen über bestimmte politische Fragen leiteten oder Kurse abhielten über Wetterkunde, Aussaat, revolutionäre Kultur, Insektenbekämpfung und ähnliches. Es kommen auch Techniker und Werktätige aus den verschiedensten Praxisbereichen.

Es gibt in dieser Hinsicht drei Formen des Lehrens und Lernens: Erstens Lehrer kommen aus Städten in die Brigade und leiten bestimmte Kurse; zweitens Jugendliche aus der Brigade fahren in die Städte zu den Lehrern, diskutieren bestimmte Fragen mit ihnen oder nehmen dort an Kursen teil; drittens werden auch Fernkurse gegeben. Professoren in den Städten haben spezielle Lehrbücher für uns geschrieben und hier verteilt. Sie besuchen uns regelmäßig und helfen uns auch zum Beispiel bei Maschinenreparaturen. Dies sind natürlich alles neue Erscheinungen im Bildungswesen. Früher arbeiteten die Lehrer nur in der Stadt. Jetzt gehen sie ins Dorf und machen sich dort vertraut mit den Verhältnissen. Dies wirkt wiederum erzieherisch auf sie, und sie revolutionieren sich dadurch. Alles was wir hierbei lernen, steht unmittelbar in Verbindung mit unserer Arbeit in der Brigade. Wir können das Gelernte sofort praktisch anwenden oder in unserer Brigade-Abendschule selber einen entsprechenden Kurs daraufhin einrichten.

Machen die Jugendlichen die regelmäßigen politischen Schulungen zusammen mit den Bauern oder sind eure Schulungen getrennt?

Wir haben immer gemeinsame Schulungen. Die armen Bauern geben in den entscheidenden politischen Diskussionen die Anleitung. Von ihnen haben wir selbstverständlich sehr viele Kenntnisse über die Landwirtschaft. Man kann sagen, daß die Bauern unsere Lehrer sind. Zugleich bringen auch wir ihnen Verschiedenes bei. Wir haben bei den Bauern Propaganda gemacht über die Bedeutung der Diktatur des Proletariats. Da die alten Bauern oft weder lesen noch schreiben können, haben wir ihnen die Zeitungen vorgelesen und ihnen dabei unsere Ansichten erklärt. In der letzten Zeit haben wir viel diskutiert über den Aufruf des Vorsitzenden Mao, die Theorie über die Diktatur des Proletariats zu studieren. Die alten armen Bauern und untern Mittelbauern können diese Weisung am besten verstehen und uns belehren, da sie die beiden Gesellschaften erlebt haben und Vergleiche ziehen können.

Sozialistische Bauern

Gibt es das Problem, daß sich Jugendliche, auf Grund dessen, daß sie aus der Stadt kommen und eine weitergehende Schulausbildung hinter sich haben, klüger als die Bauern dünken?

Ja, solche Vorstellungen finden sich manchmal in den Köpfen. Beispielsweise meinten manche Jugendliche beim Studium der erwähnten Weisung des Vorsitzenden Mao, daß sie die Weisung besser verstanden hätten. Manche glaubten auch, sie würden besser arbeiten als die Bauern und mehr leisten und müßten deshalb höher bezahlt werden. Natürlich sind solche Meinungen falsch. Einige Jugendliche haben bei dieser Arbeit eben noch Verständnisschwierigkeiten und sehen die Unterschiede zwischen uns und den Bauern nicht. Wir helfen solchen Genossen, den Abstand zwischen uns und den Bauern festzustellen und zu verringern.

Genosse, eine letzte Frage. Du hast die Stadt verlassen und arbeitest nun seit über sieben Jahren auf dem Land. Fühlst du dich als Bauer?

Ich fühle mich als Bauer. Als ich kürzlich meinen Aufnahmeantrag für die Partei schrieb, schrieb ich bei "soziale Lage": Bauer. Warum schrieb ich so? Weil ich eine ähnliche wirtschaftliche Stellung wie ein Bauer habe. Ich bin ein neuer sozialistischer Bauer und ich bin sehr stolz darauf. Konfuzius hatte behauptet, daß sich nur das "gemeine Volk" mit Landwirtschaft beschäftigen solle, und er verachtete die Landwirtschaft. Wir aber sind anders. Wir haben ein sozialistisches Bewußtsein, und wir sind keine Eigentümer mehr, sondern wenn wir Getreide produzieren, arbeiten wir für die Gemeinschaft. Die Landwirtschaft ist die Grundlage der Volkswirtschaft. Unsere Arbeit ist ein Beitrag für die Konsolidierung der proletarischen Diktatur; und wir haben festgestellt, daß wir beim Aufbau des Sozialismus mitwirken. In der Brigade studieren wir auch die Lage in der Welt. Uns ist klar geworden, daß von der Sowjetunion Satelliten den Himmel geschossen wurden, die rote Fahne jedoch herunterfiel. Die Landwirtschaft in der UdSSR befindet sich auf Grund der Machtübernahme durch die Revisionisten in einer schlimmen Lage. Sie gehen dort den kapitalistischen Weg. Für uns ist die landwirtschaftliche Produktion die Grundlage der Volkswirtschaft, und wir gehen den sozialistischen Weg. Wir produzieren Getreide und werden damit das Gesicht des Landes ändern und einen Beitrag für die Menschheit leisten. Wir haben festgestellt, daß wir auf dem Lande viel zu tun haben, und wir können hier unsere Kräfte voll zur Geltung bringen. – (Uwe Kräuter, zur Zeit Djinggangschan/von der Red. gekürzt)